



SÄCHSISCHE
LANDESZENTRALE FÜR
POLITISCHE BILDUNG



**zwei
tausend
23**

Jahresbericht

Inhalt

JAHRESRÜCKBLICK

Ein Jahr zwischen Aufbruch, Krisen und Herausforderungen	4
--	---

POLITISCHE KULTUR

Demokratie und Freiheit verteidigen	28
In Resonanz: Gemeinsames Demokratie-Wochenende im Leipziger Gewandhaus	33
Unfrieden im Weihnachtsland	37
„Meinungsfreiheit bedeutet nie Widerspruchsfreiheit“	40
Zwickau und der NSU	42
„Fahnenwörter wie Freiheit“	46

MEDIEN

„Als Journalist treibt es mich an, selbst Zeuge zu sein“	52
Desinformation als Herausforderung für die Demokratien der Gegenwart	56
„Kinder und Jugendliche haben den Durchblick!“	60

EUROPA

Europa lebt von Austausch und persönlicher Begegnung	64
Tschechisch-deutsche Radtour	68
„Ich kann was verändern“	71
Warum Sachsen eine Europäische Akademie braucht	76
Impressum	83



Ein Jahr zwischen Aufbruch, Krisen und Herausforderungen

Von Roland Löffler

Das politische Jahr 2023 begann mit dem Beitritt Kroatiens zum Euro- und Schengenraum am 1. Januar. Im Jahreslauf folgten rund um die Welt neue Klima-Negativ-Rekorde und klimabedingte Extremwetterereignisse. Im Herbst spitzte sich die Migrationsdebatte in Deutschland erneut zu und führte zu Kontrollen an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzen, um Schleuserkriminalität einzudämmen. Auf den Straßen und im Internet offenbart sich bei diesem Thema abermals die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Diese ist nach der Corona-Pandemie, der stagnierenden Wirtschaft bzw. der steigenden Inflation ohnehin skeptisch. Sie verliert Vertrauen in Politik, staatliche Einrichtungen, Parteien und die Medien. Dies ist ein Befund des Sachsen-Monitors 2023. Neue Entwicklungsstufen der Künstlichen Intelligenz einerseits und andererseits Desinformation und Populismus erschweren zunehmend die Orientierung in Politik und Gesellschaft.

Zwei außenpolitische Konflikte beschäftigten die Welt und auch die politische Bildung im Jahr 2023: Der Krieg in der Ukraine setzte sich fort. Am 4. Januar beispielsweise meldet der ukrainische Generalstab den nächtlichen Beschuss ukrainischer Städte durch Russland mit mindestens 110 Raketen. Die angekündigte ukrainische Gegenoffensive hatte im Verlauf des Jahres 2023 begrenzten Erfolg, der Widerstandsgespräch der Ukraine blieb jedoch unge-

brochen. Ein Ende des Krieges ist bis heute nicht absehbar. Weltweit, somit auch in Deutschland, gab es intensive Diskussionen über die Erweiterung bzw. Verstärkung der Waffenlieferung an die Regierung in Kiew. Ebenso wurden Stimmen laut, speziell in Ostdeutschland und in Sachsen, die auf schnelle Friedensverhandlungen und auf Landverzicht auf Seiten der Ukraine drängten. Diese Position wurde weder in der transatlantischen Gemeinschaft noch in der Ukraine positiv aufgenommen.

Am 7. Oktober 2023 erschütterte der Terrorangriff der Hamas auf Israel die Welt. In der Folge griff Israel den Gazastreifen an, um die von der Hamas genommenen Geiseln zu befreien und die islamistische Terrororganisation zu vernichten. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes ist der Krieg keineswegs beendet. Nur ein Teil der Geiseln konnte befreit werden. Zugleich diskutiert die internationale Staatengemeinschaft intensiv über die Art und die Maßnahmen des israelischen Vorgehens im Gaza-Streifen.

Ohne Zweifel war 2023 ein Jahr der Zäsuren, der neuen Komplexität und Unübersichtlichkeit, ein Jahr mit weiteren Stresstests für unsere Gesellschaft. Statt der erhofften Entspannung aus dem Krisenmodus verschwammen klassische Konfliktlinien, neue kamen hinzu und gewannen an Schärfe.

Auch 2023 war ein Jahr mit „gewaltigen humanitären Bedürfnissen“. Laut Internationalem Roten Kreuz gab es weltweit mehr als 100 bewaffnete Konflikte. So jähzte sich am 24. Februar 2023 der kriegerische Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine.

Es geht wieder bergauf

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist die Relevanz der politischen Bildung mehr als deutlich. Die Herausforderungen für die Profession lassen sich nicht leugnen, die Nachfrage nach Erklärungen und Orientierungen, nach Schulungen, Austausch und neuen Vernetzungsmöglichkeiten wächst. Trotz oder wegen der Krisen, aber auch schlicht aufgrund des Endes der pandemiebedingten Restriktionen lässt sich für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ein klares Fazit ziehen: Es geht wieder bergauf.



Das SLpB-Infomobil beim Tag des Offenen Regierungsviertels in Dresden



Wie in den vorhergehenden Jahresberichten eingehend beschrieben, hat sich die SLpB auch in den von zahlreichen Lockdowns geprägten Corona-Jahren nach Kräften darum bemüht, der sächsischen Bevölkerung ein attraktives Angebot zu unterbreiten – besonders durch Online-Angebote. Die Nutzungszahlen des Jahres 2022, gerade nach der pandemischen Zeit, waren – wie bei vielen Kultur- und Bildungseinrichtungen – ernüchternd: Trotz unseres hochgefahrenen Veranstaltungsprogramms kamen gerade einmal 11.253 Teilnehmende zu uns. 2023 hatten die Sächsinnen und Sachsen dagegen wieder Interesse an Dialog, Aktivitäten und einer Auseinandersetzung mit politischer Bildung. Bei den 370 Veranstaltungen zählten wir im Jahr 2023 rund 23.500 Menschen.

Unser neu gestalteter Stand auf der, erstmals nach drei Jahren wieder abgehaltenen, Leipziger Buchmesse, den wir in guter Tradition gemeinsam mit der Landeszentrale Sachsen-Anhalt betreiben, unsere Präsenz beim Tag der Sachsen in Aue-Bad Schlema sowie beim Tag des Offenen Regierungsviertels in Dresden und beim Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Reichenbach im Vogtland riefen ein großes Echo hervor. Rechnet man auch die Einzelveranstaltungen und Konferenzen dazu, so erreichte die Zahl der durchschnittlich Teilnehmenden mit 63 Personen pro Veranstaltung endlich wieder Vor-Corona-Niveau. 2022 kamen im Mittel nur 33 Menschen zu unseren Veranstaltungen.

Dezentralisierung: Regionen im Fokus

Wir sind sehr froh, dass dieses Wachstum mit unserem strategischen Ziel eines Ausbaus der landesweiten Angebote einherging. Möglich war das dank etablierter und ausgebauter Partnerschaften. Die Landeszentrale kooperierte 2023 mit mehr als 100 Partnereinrichtungen. Ein besonderes Gewicht kommt beim Ausbau landesweiter Angebote unserem Projekt „Kontrovers vor Ort“ (KvO) zu. Mit dieser sich nun schon über Jahre positiv entwickelten Partnerschaft mit den sächsischen Volkshochschulen und soziokulturellen Zentren können wir flächendeckend politische Bildungsangebote unterbreiten. Vertiefen wollen wir allerdings noch unsere Angebote in den Landkreisen Zwickau und Vogtland.

2023 hatte KvO das strategische Ziel, die Vernetzung mit Partnern auf regionaler und lokaler Ebene weiterzuentwickeln sowie die Angebote zu koordinieren.

Vorhandene lokale Netzwerke aus Volkshochschulen und soziokulturellen Zentren, deren Landesverbänden und zahlreichen verbandslosen Einzelpartnern wurden ausgebaut. In einigen Regionen konnten neue Netzwerke etabliert werden. Inzwischen bestehen in Görlitz, Weißwasser, Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz, Annaberg-Buchholz und Plauen sowie in den Landkreisen Zwickau und Mittelsachsen KvO-Netzwerke.

Im Berichtszeitraum erreichte „Kontrovers vor Ort“ mit 172 Veranstaltungen 3.038 Teilnehmende. Methodisch war vom klassischen Vortrag bis zum Kurzfilm alles dabei. Bei jeder einzelnen Veranstaltung wurde Wert auf Austausch und Dialog gelegt. Gänzlich neu war ein Format zu tagesaktuellen politischen Fragen, welche in geopolitischen Zusammenhängen erklärt und diskutiert wurden.



Aktuell und lebensnah. KvO startet in die neue Saison

Von Thomas Platz

Im März 2023 startete die neue KvO-Saison. Justyna David ist Referentin im Projekt „Kontrovers vor Ort – Fakten, Thesen, Argumente“, einer sachsenweiten Kooperation mit Volks hochschulen, Soziokulturellen Zentren und weiteren Partnern. KvO will besonders im ländlichen Raum Menschen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Problemen miteinander ins Gespräch bringen. Dazu waren im Frühjahr über 80 Veranstaltungen geplant. Justyna David berichtete im SLPB-Blog darüber.

In wenigen Tagen startet die neue Saison von KvO, was können die Menschen in Sachsen erwarten?

Justyna David: Wir haben wieder mehrere neue Veranstaltungsreihen geplant. Dabei war uns wichtig, dass die Themen aktuell und lebensnah sind. Ich freue mich sehr, dass wir die Buchautorin Dana Buchzik gewinnen konnten. Immer häufiger beobachten Familien und Freunde hilflos, wie sich Menschen zum Beispiel in Online-Foren radikalisieren und von ihrem persönlichen Umfeld abwenden. Diskussionen sind dann oft fruchtlos und enttäuschend. Wege, die Kommunikation und den Kontakt trotzdem aufrecht zu erhalten und so der Radikalisierung entgegenzuwirken, zeigt Buchzik im Online-Workshop „Warum wir Familie und Freunde an radikale Ideologien verlieren – und wie wir sie zurückholen können“.

Bei „Wer ist das Volk? – Auf der Suche nach den Menschen“ sind ganz „normale“ Leute unsere Experten. Clemens Kiessling und Julian Nejkow sind Politikwissenschaftler, aber auch ganz lustig. Sie befragen ihre Gäste zu Lebensgeschichten, persönliche Herausforderungen und Einschätzung der politischen Lage.

Unbedingt erwähnen möchte ich noch die Reihe „Lass uns gemeinsam die Krise bewältigen“. Dabei geht es um die Auswirkungen des Klimawandels auf unser persönliches Leben und wie wir damit umgehen können. An der Reihe beteiligen sich Experten von der TU Dresden und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. Mit Prof. Bernd Klauer können wir über Dürren und vorausschauendes Wassermanagement sprechen. Mit Prof.

Dominik Möst richten wir unseren Blick auf Energieversorgung und mit Heinrich Zozmann auf Strategien der Klimaanpassung.

Nicht alles ist neu, welche erfolgreichen Angebote der letzten Saison haben Sie im neuen Programm?

Justyna David: Ich freue mich, dass wir unsere Kooperation mit dem Filmverband Sachsen e.V. weiterführen. Im Programm „Sächsische Shorts“ präsentieren wir sieben Kurzfilme aus Sachsen. Nach der Aufführung können Besucherinnen und Besucher mit den Filmemachern über ihre Eindrücke sprechen.

Immer noch aktuell – obwohl wir uns wünschen würden, dass sie der Vergangenheit angehören – sind unsere Veranstaltungen zu den Themen Krieg in der Ukraine und Extremismus.

Das Projekt KvO hat sich zum Ziel gesetzt, politische Bildung besonders in die ländlichen Regionen zu tragen. Wie geschieht das von Dresden aus? Und wo gibt es KvO im kommenden Semester?

Justyna David: KvO ist eigentlich ein Netzwerk. Unser Kern-Team besteht aus zwei Personen, ohne Partner wäre das Projekt nicht möglich. Inzwischen arbeiten wir mit über 30 Partnerorganisationen zusammen. Mit denen entwickeln wir in Ideenkonferenzen die Angebote. Bei der Umsetzung geht es nicht ohne die Partner, ihre Räume und ihre Vernetzung vor Ort.

So können wir in ganz Sachsen unterwegs sein. Wirklich kreuz und quer. Die Veranstaltung „Wenn Algorithmen entscheiden – wie frei sind wir noch?“ läuft in Plauen und in Hoyerswerda, mit „Ist Sport politisch?“ sind wir zwischen Weißwasser und Borna unterwegs. Alle Orte und Termine sind auf unserer Webseite, es ist unmöglich alle aufzuzählen.

Sie sind seit über drei Jahren im KvO-Team und haben viele Veranstaltungen persönlich begleitet. Welche Formate kommen besonders gut beim Publikum an?

Justyna David: Auf jedem Fall die mit Beteiligungsmöglichkeiten, wo das Publikum seine Meinung äußern und mitdiskutieren kann. In der Corona-Zeit



Justyna David ist Referentin im Projekt „Kontrovers vor Ort – Fakten, Thesen, Argumente“. Im Interview berichtet sie über die neue KvO-Saison.
Foto: SLPB

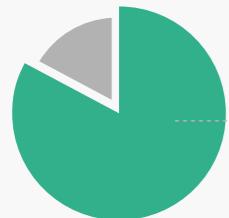
haben wir sehr gute Erfahrungen mit Online-Veranstaltungen gemacht. Wir sind dann zwar nicht persönlich vor Ort, aber an diesen Formaten können auch Menschen teilnehmen, die sich abends im ländlichen Raum nicht mehr auf den Weg machen würden. Auch in diesem Semester bieten wir wieder zwei Online-Workshops.

Gibt es ein Angebot in diesem Frühjahr, auf das Sie sich ganz persönlich freuen?

Justyna David: Mein persönliches Anliegen ist die Reihe in Kooperation mit dem Landesfrauenrat

„Wir können das! Frauen in die Kommunalpolitik“. Wir möchten Frauen motivieren, sich politisch zu engagieren, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und für Wahlämter zu kandidieren. Wenn wir das mit dieser Reihe schaffen, dann hat sich der große Aufwand für mich gelohnt.

SLpB-Veranstaltungen in Kooperation



290 Veranstaltungen / 78,4%

- wurden mit Kooperationspartnern durchgeführt
(286 Veranstaltungen / 83,1 %)

Die SLpB kooperierte 2022 mit 100 Partnern (103):

// Afropa e.V.
// AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte
// Aktion Zivilcourage e.V.
// Alter Gasometer e.V.
// Bautzen gemeinsam
// Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration / Frauenbeauftragte Landkreis Meißen
// Behördenzentrum DR Leipzig
// Bischof-Benno-Haus
// Bistum Dresden-Meissen
// Brigitte-Reimann-Stadtbibliothek, Hoyerswerda
// BSZ Gastronomie, Dresden
// Bundespolizei
// CWE mbH
// Demokratiezentrum Meerane
// Der Sächsische Ausländerbeauftragte
// Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Sachsen;
// Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen
// Diakonie Erzgebirge e.V.
// Die Buntmacher*innen
// Dippoldiswalde
// Erich Kästner Haus für Literatur e.V., Dresden
// Europa-Haus Leipzig e.V.
// Europäische Akademie Otzenhausen
// Europa Union Sachsen
// EUROPE DIRECT Dresden
// Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Dresden-// Klotzsche
// Evangelisch-Lutherisches Kirchspiel Heidebogen
// Freunde der evang. Kirche Lauta-Stadt e.V.
// Förderverein Putjatinhaus e.V.,
// Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.
// Gewandhausorchester
// Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Leipzig
// Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Zwickau
// Großenhain

// Hammer Weg e.V.
// Hauptzollamt Dresden
// Hillersche Villa gGmbH, Zittau
// Hochschule der sächsischen Polizei (FH)
// Hole of Fame e.V.
// Johannstädter Kulturtreff e.V.
// John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie JoDDiD
// Jungagiert e.V.
// Junge Europäische Föderalisten Sachsen
// Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meissen
// Kompetenzzentrum für Gemeinwesen und Engagement e.V.
// Koordinierungsstelle Medienbildung
// Kulturbüro Sachsen e.V.
// Kulturfabrik Hoyerswerda
// Kulturinitiative Zwenkau e.V.
// Kulturtino Zwenkau
// Landespolizei
// Landesfilmdienst Sachsen e.V.
// Landesfrauenrat Sachsen e.V.
// Landesverband Soziokultur Sachsen e.V.
// Lehrerausbildungsstätte Annaberg
// Leipziger Buchmesse
// Leipziger Städtische Bibliotheken
// Martin-Luther-King-Zentrum Werdau
// Medienkulturzentrum Dresden
// Mediennetzwerk Lausitz
// Pastoralkolleg der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
// Pöge-Haus e.V.
// Polizeidirektion Leipzig
// Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
// Sächsischer Volkshochschulverband
// Sächsisches Landesamt für Schule und Bildung
// Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

// Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen

// Second Attempt e.V.

// Seniorenkolleg Plauen

// SKZ Dresden

// Soziokulturelles Zentrum Alte Brauerei Annaberg e.V.

// Soziokulturelles Zentrum Die Villa Leipzig

// Soziokulturelles Zentrum Malzhaus e.V.

// Stadtwerkstatt-Bürgerwiese e.V.

// Steinhaus Bautzen

// Technische Universität Chemnitz

// Telux SKZ

// Treibhaus e.V. Döbeln

// Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.

// Universität Leipzig

// Verbindungsbüro Prag

// Verein Bürgerschaft Hellerau e.V.

// Verein(t) für Wittichenau e.V.

// Volkshochschule Chemnitz

// Volkshochschule Dreiäckereck

// Volkshochschule Dresden

// Volkshochschule Erzgebirgskreis

// Volkshochschule Görlitz e.V.

// Volkshochschule Hoyerswerda

// Volkshochschule Landkreis Leipzig

// Volkshochschule Leipzig

// Volkshochschule Meißen

// Volkshochschule Mittelsachsen

// Volkshochschule Nordsachsen

// Volkshochschule Sächsische Schweiz-

Osterzgebirge e.V.

// Volkshochschule Vogtland

// Volkshochschule Zwickau

// Willkommen in Bautzen e.V.

Zwickau

Gremientätigkeiten

Das Jahr war zudem von der Mitarbeit vieler Kolleginnen und Kollegen in unterschiedlichsten Kommissionen, Beiräten und Gremien geprägt. Wir freuen uns, dass unsere Expertise mehr und mehr gefragt ist und wir zukunftsweisende konzeptionelle Prozesse mitgestalten können. Wir beraten andere

Institutionen, sind in die Vergabe von Fördergelder und Preisen eingebunden, arbeiten an Expertisen und Berichten mit. Jenseits der Veranstaltungs-, Online- und Publikationsarbeit gelingt es auch in diesen Kontexten, Anliegen der politischen Bildung zu profilieren oder zu vertiefen.

Ausstattung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

1.610.000 €

Budget operatives Geschäft in den Bereichen Veranstaltungen, Online-Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen
(1.493.000 €)

42.000 €

Einnahmen

(80.000 €)

32

Beschäftigte



Die Daten in Klammer sind, wenn nicht anders ausgewiesen, die Vergleichswerte von 2022.

Öffentlichkeitsarbeit



32 (41)
Pressemitteilungen



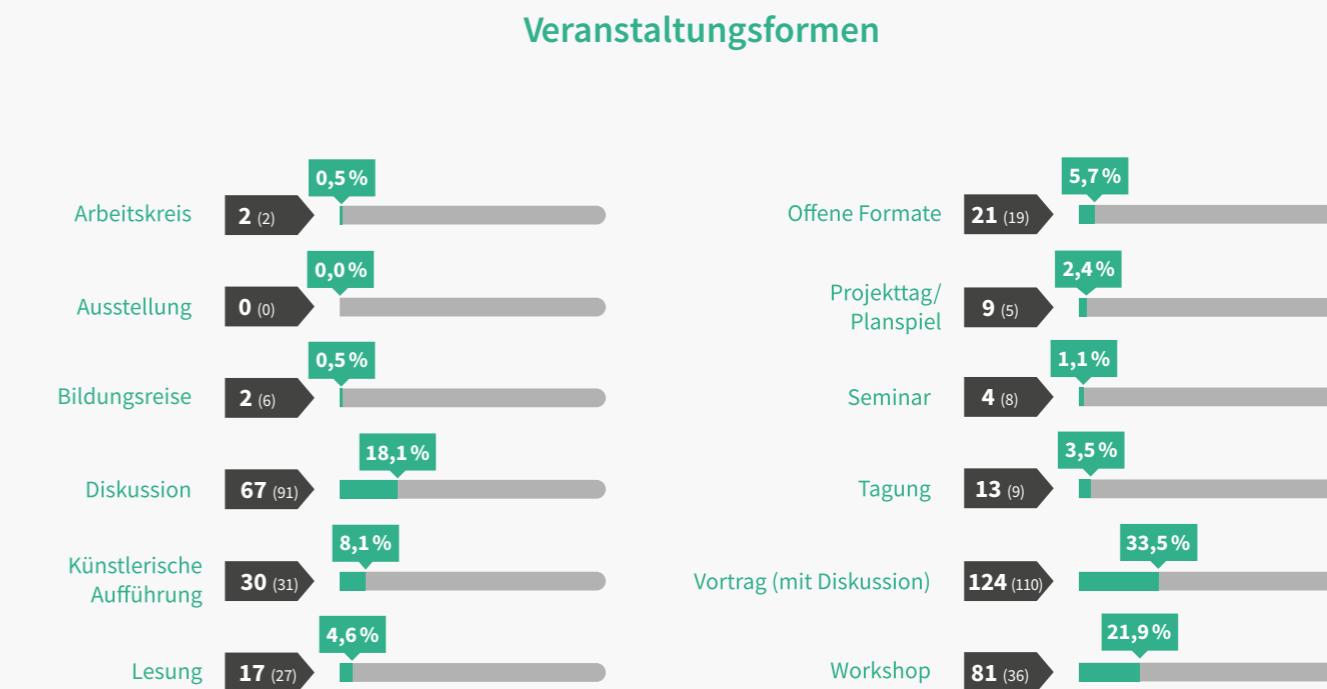
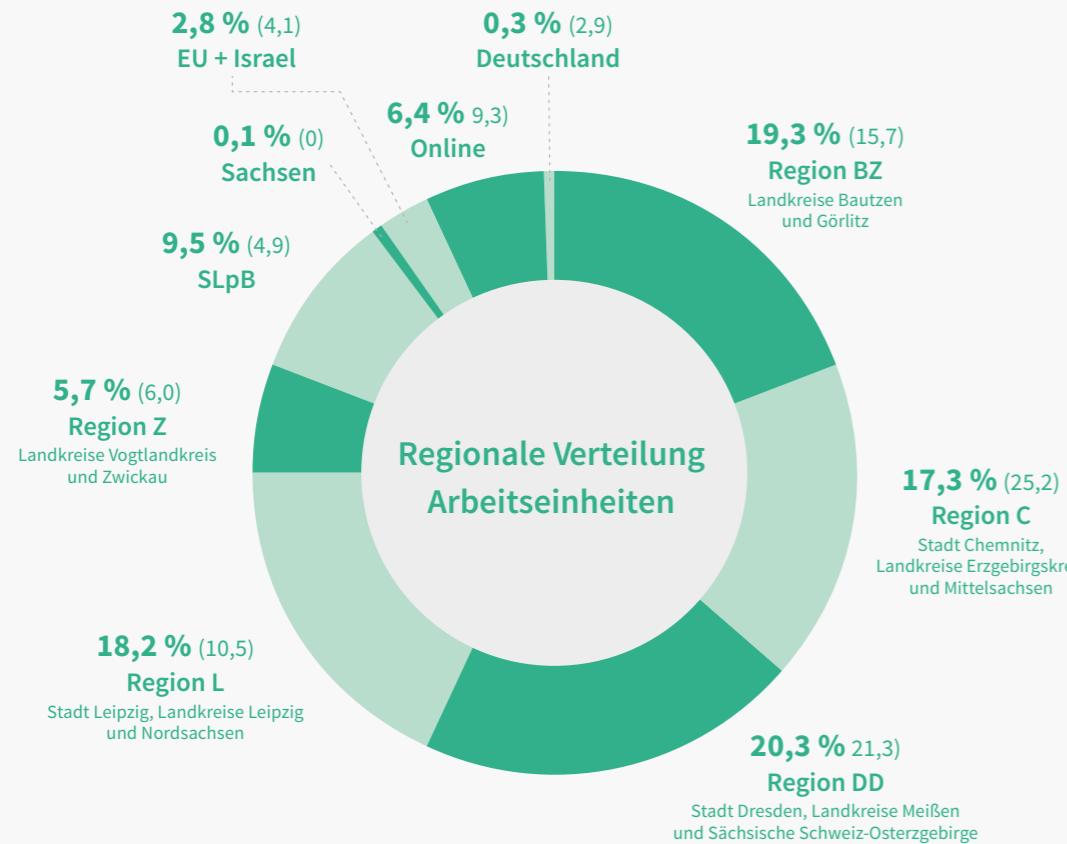
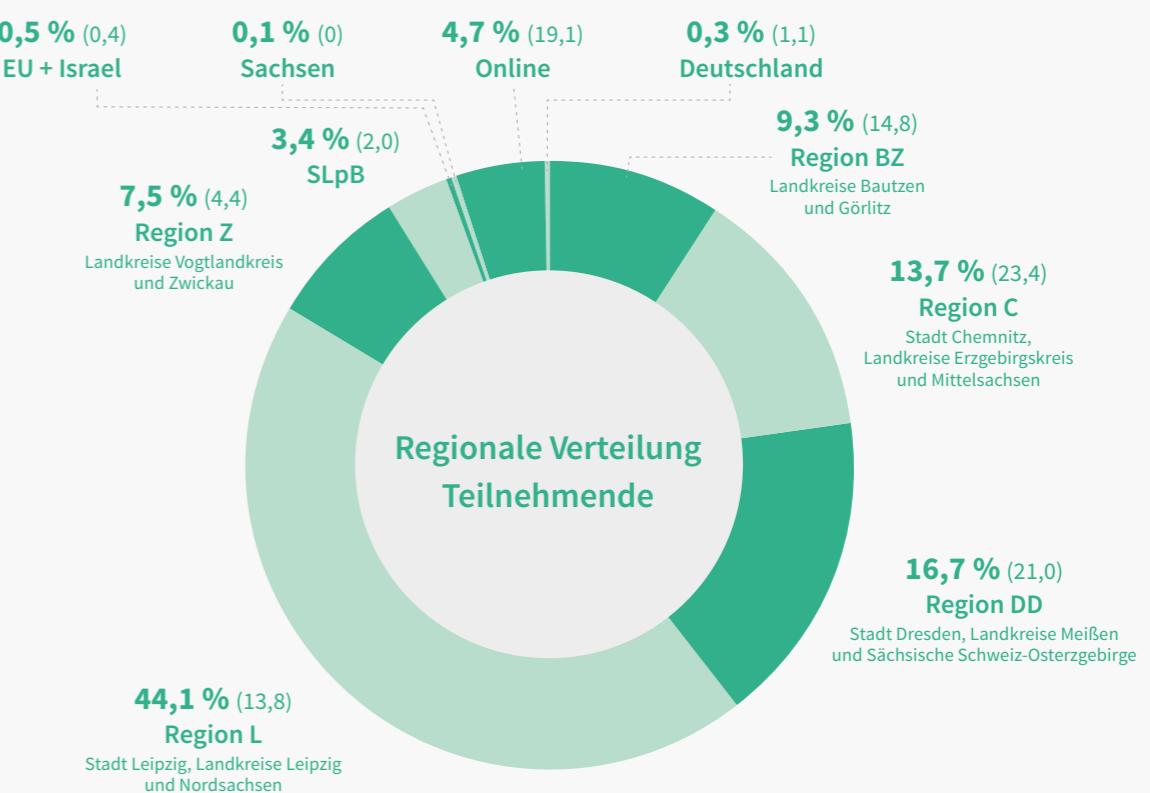
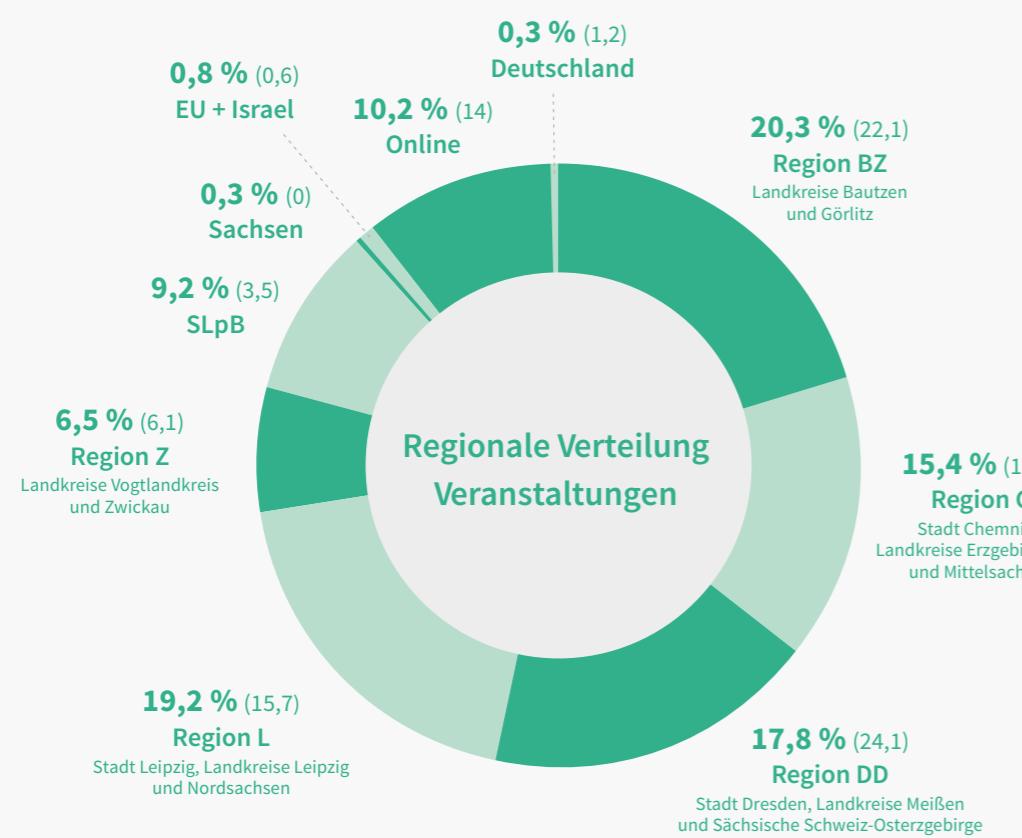
37 (35)
digitale Anzeigen



30 (50)
Anzeigen



36 (53)
Blogbeiträge



Thematische Schwerpunkte

Die Angebote der Landeszentrale hatten 2023 einen starken Fokus auf die Themenbereiche politische Kultur, Medien und Europa. Zentral waren Fragen der politischen Kultur, über die im vergangenen Jahr am intensivsten bei 37 Prozent aller Veranstaltungen diskutiert. Ein Beispiel ist hier die Partnerkonferenz zur Frage nach der „Krise der westlichen Wertegemeinschaft“, die sich mit Herausforderungen für Demokratie und politische Bildung befasste

und damit die Gedanken der Partnerkonferenz 2022 zur Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung variierte und fortführte. 2023 fragten wir nicht nur in erster Linie nach außen- und sicherheitspolitischen Konzepten, sondern nach den ethisch und politischen Grundlagen, die uns in Europa verbanden. Gäste aus Tschechien, Großbritannien und Finnland brachten wertvolle internationale Akzente in unsere deutsche und sächsische Debatte ein.

Innenpolitik und Engagementpolitik

Ein weiterer Aspekt der politischen Kultur dominierte 2023 die Schlagzeilen. Leidenschaftlich wurde über die Protestkultur zwischen „Montagsdemos“ und Klimaklebern diskutiert. Demonstrationen sind ein wichtiger Teil der Demokratie und grundgesetzlich garantiert. An vielen Orten der Welt – ob im Iran, in Russland oder China – zahlen Menschen einen hohen Preis, wenn sie demonstrieren. In der Reihe „Kontroverse Proteste – Wenn Demonstrationen für gesellschaftlichen Zündstoff sorgen“ informierte die SLPB über aktuelle Protestbewegungen, ihre Protestformen und ihre Auswirkung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie.

Politische Kultur wird von den Akteuren geprägt. In der sächsischen Kommunalpolitik dominieren Männer. In den Kreistagen liegt der Frauenanteil zwischen 14% und 21%. Diese Unterrepräsentation zu hinterfragen und Frauen für die Kommunalwahlen 2024 zu interessieren, war Ziel einer überparteilichen Veranstaltungsreihe mit dem Landesfrauenrat. Peer-to-Peer-Vermittlung, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Motivation und viele praktische Tipps kamen an jenen Abenden zur Sprache und zeigten auf, wie Frauen den Weg zur Kandidatur finden können.

Die sächsischen oder die in Sachsen tätigen Sicherheitsbehörden sind zu wichtigen Partnern im Bereich der Multiplikatorenschulung geworden. Mit Landespolizei sowie die sächsischen Dienststellen von Bundespolizei und Zoll wurde die Zusammenarbeit ausgebaut, was sich in 22 Veranstaltungen niederschlug, die auch vom KvO-Team betreut wurden.

„Alles wieder gut?“ Mit mehr als 80 Teilnehmenden erwies sich die Tagung zu „Wiedergutmachungsdienssten, Täter-Opfer-Ausgleich und Restorative

Justice im sächsischen Justizsystem“ als ein wichtiges Vernetzungssangebot. Ehrenamtlich oder hauptamtliche Tätige im Justizvollzug, Fachleute aus der Arbeit mit Opfern und Tätern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch die sächsische Justizministerin Katja Meier tauschten sich zwei Tage zu Wiedergutmachungsmaßnahmen in der sächsischen Justiz aus. Das Thema ist angesichts der verschiedenen Perspektiven kontrovers. Über einstimmend wurde aber eingeschätzt, dass Gerechtigkeit nicht automatisch mit möglichst harten Strafe geschaffen wird, sondern mit dem Versuch, erlittenes Unrecht wiedergutzumachen.

Unsere Rolle als Moderatorin umstrittener Debatten kamen wir etwa im Winter 2022/2023 in Zwickau nach. Wir wurden von der Stadt und dem Bündnis für Demokratie eingeladen eine Reihe zu begleiten zur Fragestellung „Wie will die Zwickauer Stadtgesellschaft mit dem NSU-Komplex umgehen?“ Diese erinnerungskulturelle wie innenpolitische bedeutsame Frage des Umgangs mit der rechtsterroristischen Gruppe, die längere Zeit unentdeckt in Zwickau wohnte und von dort zu Morden und Überfällen in ganz Deutschland reiste, ist in der westsächsischen Stadt umstritten. Unsere Aufgabe war es, zu einem sachlichen Austausch der verschiedenen Positionen beizutragen. Nach fünf Abenden blieb festzustellen, dass die Meinungen zur Zukunft der städtischen Erinnerungskultur weiter konträr blieben, eine grundätzliche Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex erkennbar war und das Echo der Stadtgesellschaft positiv ausfiel: So intensiv habe sich die Stadt schon lange nicht mehr mit unterschiedlichen Positionen auseinandergesetzt.

Die Befassung mit rechtsextremen Strukturen und der Reichsbürgerszene in Sachsen haben wir 2023



„Restorative Justice“ ist eine alternative Form der Konfliktregelung. Diese bezieht Opfer, Täter und die Gemeinschaft in die Suche nach Lösungen ein. Angestrebt werden Wiedergutmachung, Versöhnung und Vertrauensbildung. Die Konferenz in Meißen zeigte ein starkes Interesse bei Teilnehmenden aus Sachsen und dem ganzen Bundesgebiet.



Teilnehmerinnen der Veranstaltungsreihe „Wir können das! Frauen in die Kommunalpolitik“.

weiter intensiv betrieben. Sie fand sowohl bei Angeboten für Multiplikatoren als auch bei Veranstaltungen für breite Bevölkerungskreise ein breites Echo.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und Reichsbürgern muss neben inhaltlichen Fragen auch auf einem anderen Feld geführt werden: Mit dem Erwerb von Immobilien insbesondere im ländlichen Raum festigen diese Gruppen ihre Strukturen in Sachsen. Zivilgesellschaft und Verwaltungen sind alarmiert. Neben Informationsveranstaltungen

Europa und Internationales

Ein großer Themenblock unseres Veranstaltungspportfolios – rund 20 Prozent – spiegelten die aktuellen Konflikte in Europa und Nahost wider. Vor dem Hintergrund der großen internationalen Herausforderungen streben wir an, diesen Bereich der europapolitischen Bildung weiter auszubauen. Die 1. Trinationale Vernetzungstagung war für die Landeszentrale einen Höhepunkt des Jahres. Dass sich rund hundert Akteure aus Bildung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung aus Polen, Tschechien und Deutschland zum fachlichen Austausch in unserem Hause trafen, hat es in dieser Intensität noch nie gegeben.

Ins europäische Ausland führten uns eine Studienreise nach Tschechien sowie eine grenzübergreifende Fahrradtour zum Angedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai. Unsere lange geplante Studienreise nach Israel mussten wir aufgrund des schrecklichen Terrorangriffs der Hamas

am 7. Oktober 2023 kurzfristig absagen. Es bleibt abzuwarten, wann sich die Sicherheitslage wieder so stabilisiert hat, dass ein Besuch in Israel und Palästina wieder vertretbar sein wird. Wir reagierten auf die Situation in Nahost mit einer Linkssammlung zur aktuellen Entwicklung auf unserer Website und kamen zwischen dem 7. Oktober und Mitte Dezember 680 Bestellungen zu Büchern über Israel, Palästina und den Nahost-Konflikt nach. Die plötzliche Nachfragesteigerung in diesem Themenbereich zeigte den hohen Orientierungsbedarf in der Bevölkerung an.

Ebenfalls eine Innovation: Unser neuer Podcast 6xTschechien, den wir gemeinsam mit einem freien Journalisten und Radio Prag International erarbeiten – und der auf allen gängigen Plattformen spannende Analysen zur Innen- und Außenpolitik unseres Nachbarlandes bietet.



Ist Tschechien ein Land ohne Religion? Diese Frage war Thema einer Bildungsreise im September 2023 nach Prag. Auf dem Programm stand auch ein Rundgang durch das Jüdische Viertel. Dabei berichtet Tomas Kraus vom Vorstand der Föderation der jüdischen Gemeinden in Tschechien über Geschichte und aktuelle Situation der Jüdinnen und Juden in Tschechien. Foto: privat

Geschichte

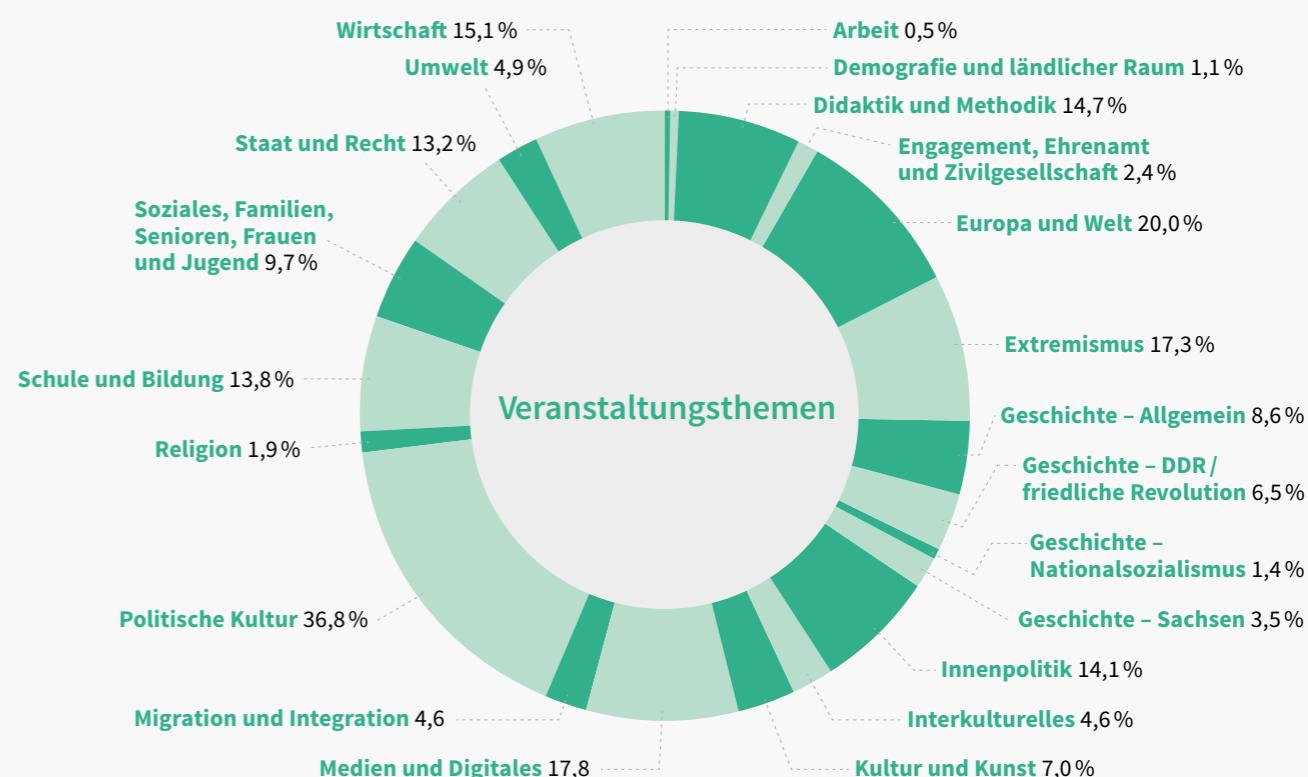
Die Tradition des Schreibwettbewerbes wurde auch 2023 fortgeführt. Zum Thema „Mut machen“ gingen 102 Beiträge ein. Eingeladen waren Menschen, die sich ehrenamtlich für andere Menschen einsetzen, ihre persönlichen Geschichten vom Engagement, den damit verbundenen Herausforderungen und Begegnungen aufzuschreiben. Diese Berichte mögen ermutigen und inspirieren. Für 2024 ist die Veröffentlichung der besten Beiträge in Form eines Lesebuchs geplant.

2023 befassten sich viele unserer Angebote mit Fragen der politischen Kultur. Ein zentraler Aspekt ist dabei der Umgang mit anderen Meinungen. Im Mittelalter wurden Abweichler des Irrglaubens bezeichnet, nicht selten getötet und als „Ketzer“ gebrandmarkt. Der stigmatisierende Begriff hält sich bis heute. Ebenso die gesellschaftliche Relevanz abweichender Meinungen. In der Reihe „Brauchen wir Ketzer? Stimmen gegen die Macht“ diskutierten der Publizist und Schriftsteller Marko Martin mit Referatsleiterin Dr. Eva-Maria Zehrer über non-konforme Autorinnen und Autoren sowie den Gewinn, den Debatten aus ihrem Widerspruch zogen.

Stefan Heym, Primo Levi, Anna Seghers oder Friedrich Torberg wagten den Widerspruch, weil sie sich um die Gesellschaft sorgten.

Was verbindet das Moskauer Hotel Lux mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953? Zuerst war das ehemalige Hotel Zufluchtsort für hunderte vor den Nazis geflüchteten Sozialdemokraten und Kommunisten aus ganz Europa. Einige stalinistische Säuberungswellen später war es kommunistische Kaderschmiede und einer Art Hauptquartier der „Weltrevolution“. Hier wurden Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Markus Wolf im stalinistischen Dogmatismus ausgebildet, dessen politische Konsequenzen auch der Juni 1953 verdeutlichte.

Die internationale und nationale Vorgeschichte des Volksaufstandes des 17. Juni 1953 behandelte ein mehrtagiges Seminar zum 80. Jahrestag. Herausgearbeitet wurde die Bedeutung des Aufstandes für die DDR, aber auch für die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und im „Ost-Block“. Eine besondere Qualität des Seminars war die gemischte deutsch-deutsche Teilnehmerschaft, ihr differenziertes Vorwissen und der sehr intensive Austausch.



Medienbildung und Medienkompetenz: Ein Arbeitsfeld mit wachsender Bedeutung

In unserer Mediengesellschaft korrespondiert politische Kultur eng mit dem Thema der Medienbildung. Ohne Medienkompetenz ist der Einzelne schnell in der unübersichtlichen Welt des Internets verloren und möglicherweise für populistische Erklärungen anfällig. Neben klassischen Veranstaltungen und zahlreichen Online- und Print-Publikationen zum Thema Medien sind der Wettbewerb um den „Goldenen Erklärbären“ und Workshops zu Strategien gegen Desinformationen von Demokratiefeinden besonders herauszuheben.

2023 kursierten Bilder vom Papst in poppiger weißer Jacke, Donald Trump bei seiner Festnahme im Kampf mit New Yorker Polizisten oder der russische Präsident Putin auf Knien vor dem chinesischen Staatschef Xi. Alle Bilder waren täuschend echt, alle Bilder waren „Fakes“, alle Bilder waren mit künstlicher Intelligenz (KI) erstellt. Im selben Jahr wurde mit Chat GPT erstmals ein mächtiges KI-Tool für die breite Bevölkerung zugänglich und löste damit eine breite Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen dieser Technologie aus. Die SLPB reagierte mit der Veröffentlichung eines Themen-Spezial zum Thema KI und Automatisierung und beschäftigt sich mit dem Thema KI in zahlreichen Veranstaltungen.

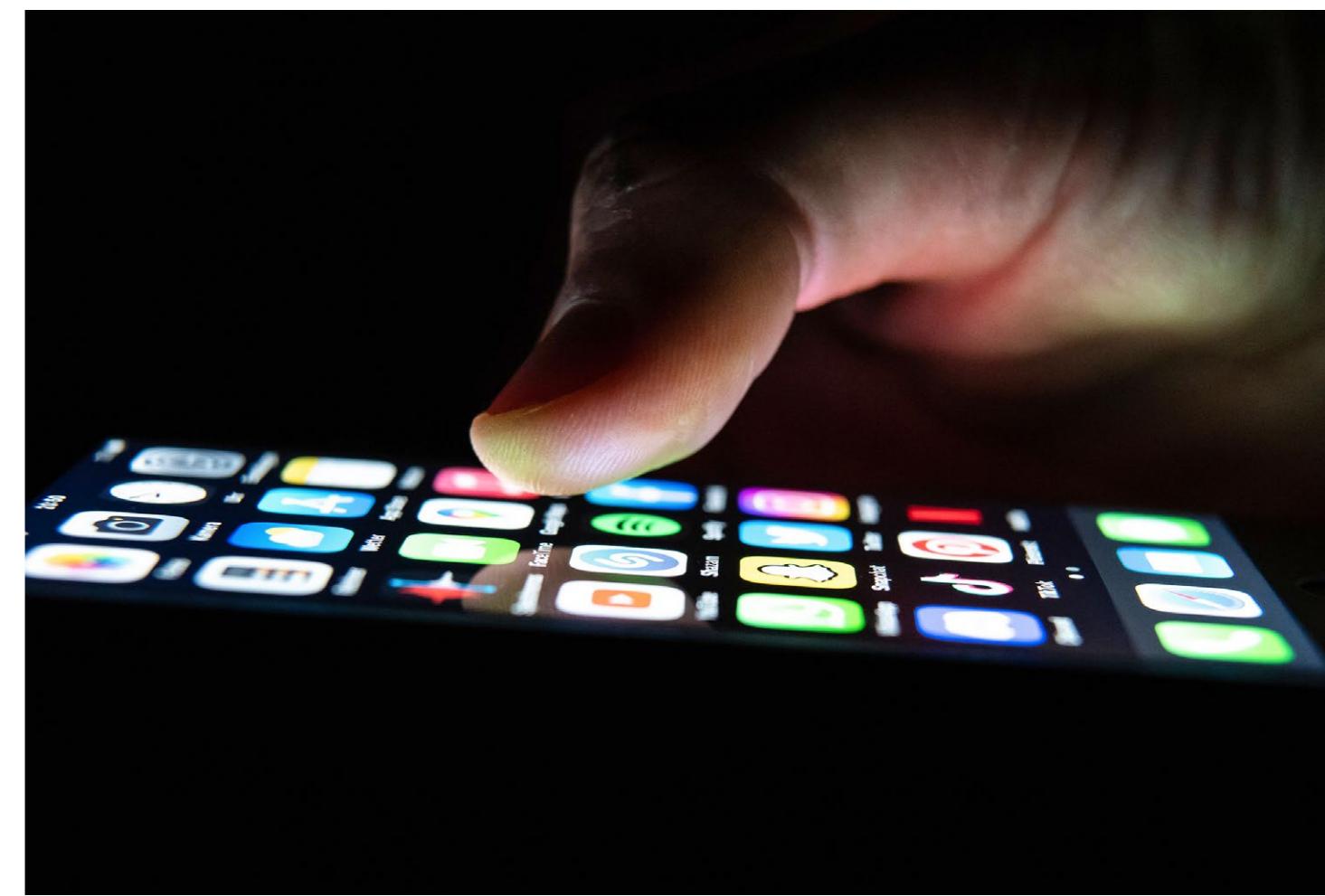
Dies zeigt: Der Bedarf an politischer Medienbildung und Resilienz-Angeboten im Umgang mit Nachrichten ist ungebrochen. Einen besonderen Höhepunkt des Jahres 2023 stellte deshalb die Veranstaltungsreihe „Auf der Suche nach der Wahrheit. Wie arbeiten Journalisten in Kriegsgebieten?“ mit dem vielfach ausgezeichneten Journalisten Arndt Ginzel dar. In Weißwasser, Hoyerswerda und Bautzen wurde jeweils eine Dokumentation des Journalisten aus dem Ukraine-Krieg gezeigt und anschließend mit dem Publikum diskutiert. Auf anschauliche Weise konnte Arndt Ginzel dabei den Zuhörenden vermitteln, wie wichtig und zugleich enorm schwierig eine unabhängige Berichterstattung aus Kriegs- und Krisen-gebieten ist und dass sie im besten Falle auch zur Aufklärung von Kriegsverbrechen beitragen kann.

Angesichts der allgemeinen Nachrichtenlage im Jahr 2023 war das Thema Resilienz im Umgang mit belastenden Medieninhalten von besonderer Bedeutung. Unter dem Motto „Keine Angst vor schlechten Nachrichten“ haben die SLPB und die Sächsische Landesmedienanstalt (SLM) ein gemeinsames Förderprogramm auf den Weg gebracht,

durch das erwachsene Mediennutzende in ihrem Umgang mit belastenden medialen Informationen und Nachrichten gestärkt werden sollen. In eine ähnliche Richtung ging auch der gemeinsame Fachtag der Koordinierungsstelle Medienbildung (KSM), der VHS Leipzig und der SLPB, der unter dem Motto stand „Resilienz statt Resignation. Wie wir mit Medienbildung Krisen begegnen können“. Hier wurde eine Vielzahl von Projekten vorgestellt, die Menschen helfen, resilenter im Umgang mit emotionalisierenden Nachrichten zu werden.

Der Umgang mit dem Phänomen Desinformation stellt ein weiteres wichtiges Thema des Jahres 2023 dar. Russland zum Beispiel führt seinen Krieg gegen westliche Demokratien auch im Netz. Mit realen und virtuellen Influencern, Whistleblowern und vermeintlich unabhängigen Experten bei gleichzeitigen Fälschungen der Webseiten etablierter Medien bedroht die russische Propaganda die Zukunft unserer liberalen Ordnung. Russland ist nicht der einzige Akteur auf dem Feld der Desinformation.

Dabei sind verlässliche Informationen in Zeiten unübersichtlicher und komplexer werdender Probleme für das Gelingen des demokratischen Meinungswettstreites grundlegend. Wie aber finden wir raus, auf welche Information wir uns verlassen können? Diese Frage haben wir in unterschiedlichen Formaten und mit verschiedenen Zielgruppen diskutiert. Das Spektrum reichte dabei von der Schulklasse bis zum akademischen Fachpublikum, von der Faktenchecker-Werkstatt bis zum Erklärvideo-Wettbewerb.



Medienkompetenz ist ein zentraler Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe in unserer Mediengesellschaft. Die Medienbildung nimmt daher einen immer höheren Stellenwert in der politischen Bildung ein. IMAGO / Silas Stein

Projekt wtf

Viel los war 2023 auch bei wtf, dem Jugend-Projekt der Landeszentrale rund um Medienkompetenz und politische Bildung durch das junge Menschen erfahren, mit welchen medialen Mitteln sie sich für ihre Interessen stark machen können. Wie hängen die Themen Klima und Ernährung zusammen? Mit dieser Frage haben sich Schülerinnen und Schüler der Oberschule Seiffhennersdorf in einer wtf-Projekwoche beschäftigt: Fünf Tage lang haben sie mit Unterstützung von Aktion Zivilcourage e.V., Umweltzentrum Dresden e.V. und jungagiert e.V. eine eigene Kampagne erarbeitet – inklusive Logo, Riesenplakat und einem Video. Außerdem wurde eingekauft, gekocht und heftig diskutiert. Auch auf der Leipziger Buchmesse war das wtf-Team vertreten und gestaltete dort eine Fotobox-Aktion

als Bestandteil des Messestandes von BpB und SLPB. Auf 521 Fotos stellten die Messebesucher und -besucherinnen dar, wofür sie ihre demokratischen Superkräfte nutzen. Kräftig gewachsen ist auch die von einer Jugendredaktion gestaltete Website des wtf-Projekts.

Website und Social Media

Die Besuchszahlen der SLPB-Website haben sich im Jahr 2023 stabil entwickelt. Bei 317.529 Besuchen konnten wir Informationen über politische Inhalte und die Angebote der Landeszentrale weitergeben.

Ein Schwerpunkt der Seitenpflege lag im letzten Jahr im Bereich der Barrierearmut unserer Website. Umfangreiche technische Anpassungen wurden vorgenommen und mehr als 300 Unterseiten redaktionell an die spezifischen Anforderungen der Barrierearmut angepasst. Zum Teil wurden diese Unterseiten auch inhaltlich aktualisiert und neu strukturiert.

Der thematische Fokus lag 2023 auf den großen Themen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Jahres. Die Seite zum Ukraine-Krieg erfuhr eine regelmäßige Aktualisierung. Die neuen Inhalte der SLPB-Website spiegeln die aktuellen Entwicklungen im Bereich Digitalisierung und Netzpolitik wider.

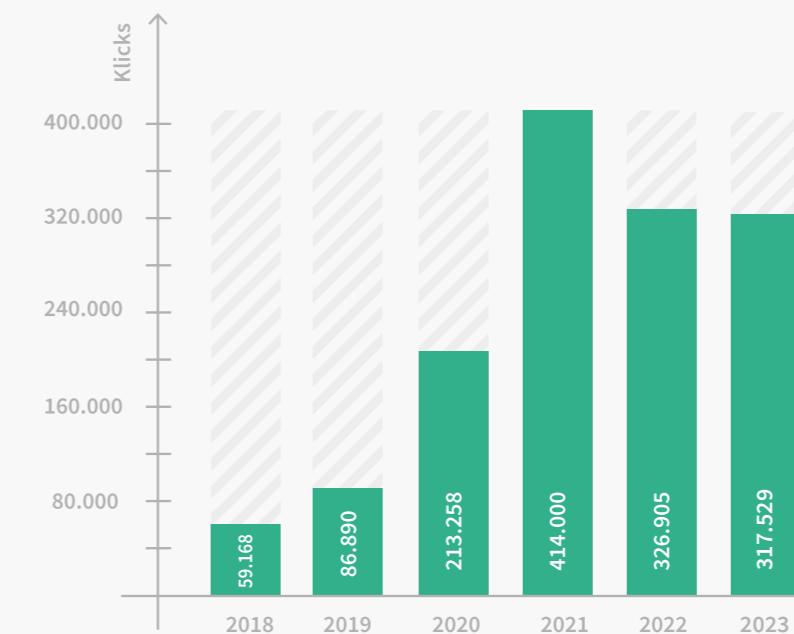
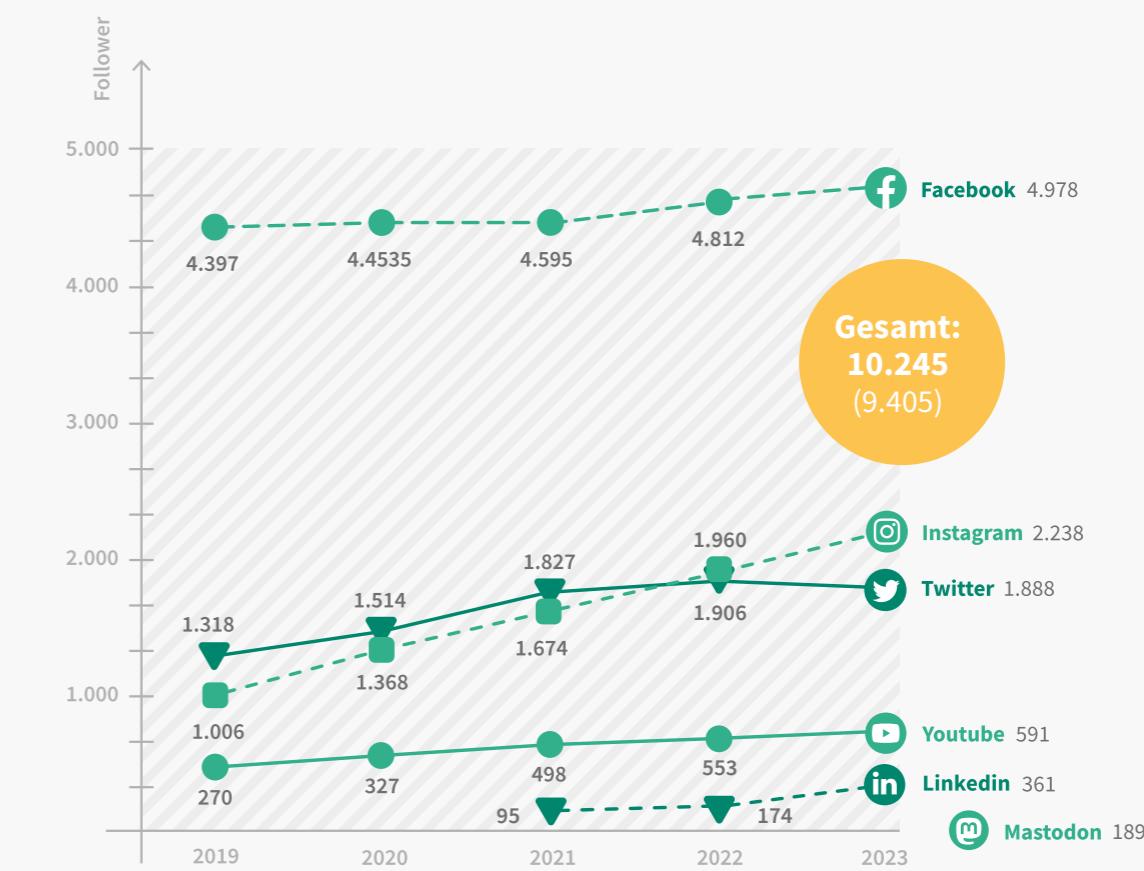
Unter der Überschrift „Web3 und der Traum von einer dezentralen Gesellschaft“ beschäftigte sich eine dreiteilige Reihe von Blogartikeln mit neuen Phänomenen des Internets etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen. Ein umfangreiches Dossier widmete sich den gesellschaftlichen und politischen Dimensionen des Themas der Künstlichen

Intelligenz. Im Bereich Social Media erinnerten 19 kleinere Redaktionsprojekte an historische Ereignisse und informierten über deren gegenwärtige Relevanz.

Einen fachlichen Schwerpunkt sehen wir als Landeszentrale für politische Bildung in den Bereichen Medienkompetenz und Medienbildung. Unsere Angebote dazu sollen einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung leisten. Vor diesem Hintergrund haben wir das Netzwerk X (vormals Twitter) zum 31. Dezember 2023 verlassen. X hat sich zu einem Desinformations-Netzwerk entwickelt. X ist eine Plattform für antisemitische, rassistische und populistische Inhalte und bietet so auch einen Nährboden für entsprechende Einstellungen. Das alles widerspricht unseren Werten und dem, was wir als Träger der politischen Bildung vermitteln möchten, womit der Verbleib auf dieser Plattform für uns nicht länger vertretbar war.

Auch ohne X ist die Anzahl der Netzwerke, in denen wir aktiv sind und über die man uns erreichen kann, im letzten Jahr gestiegen. Zu unseren Kanälen bei Instagram, YouTube, Facebook, Mastodon und LinkedIn kam noch Threads hinzu.

Social Media



Publikationen und Bücherzentrum

Das Jahr begann mit einem Schock: Am 17. Januar 2023 gegen 5:00 Uhr früh wurde in das Bücherzentrum im Schützenhof eingebrochen. Zwei Eingangstüren an der Rückseite des Gebäudes und zwei Türen im Innenbereich wurden erheblich beschädigt. Offenbar um Spuren zu verwischen, wurden zwei Feuerlöscher im Bürroraum und im Arbeitsbereich der Bibliothek entleert. Während der Bibliotheks-

bestand weitgehend unversehrt blieb, musste ein Teil der Technik (Computer, Drucker u. ä.) sowie weiteres Material aufgrund der Schäden entsorgt werden. Der schwere Einbruch war ansonsten erfolglos, da sich im Bücherzentrum keine anderen Werte befunden hatten. Die Polizei konnte einen Tatverdächtigen ermitteln, gegen den Anklage erhoben worden ist.

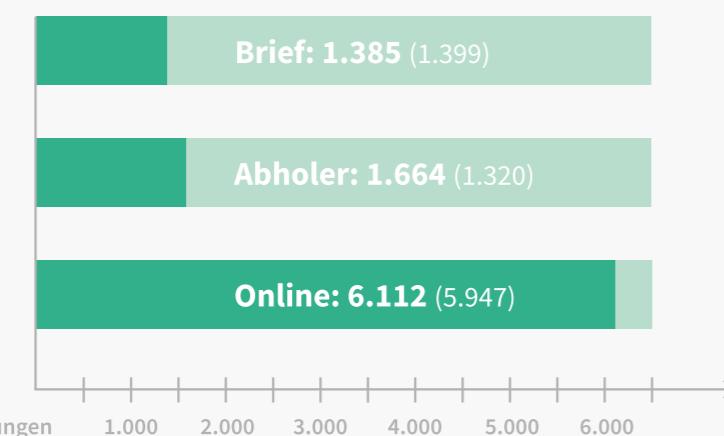
Nachfrage gestiegen

Bei der Nachfrage nach Publikationen entwickelte sich das Jahr positiv, denn in fast allen Bereichen waren Zuwächse zu verzeichnen. Im Jahr 2023 gab es insgesamt 9.161 Einzelbestellungen von Publikationen (2022: 8.666). Hierunter waren 1.664 Abholer in der Ausgabestelle des Bücherzentrums (2022: 1.320), 6.112 Personen, die ihre Bestellung online auslösten (2022: 5.947) und 1.385 Briefbesteller (2022: 1.399). In absoluten Zahlen wurden 2023 insgesamt 109.113 Publikationen abgegeben (2022: 97.821) und 104.699 Publikationen neu

angeschafft (2022: 75.452). Bei 98 Veranstaltungen der Landeszentrale (oder mit Beteiligung der Landeszentrale) wurden Bücher aus dem Publikationsprogramm für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereitgestellt (2022: 122).

Zusätzlich konnten im Jahreslauf 16 Besuchergruppen mit 333 Personen im Bücherzentrum begrüßt werden. Sie erhielten Informationen über das Angebot und die Aufgaben der Landeszentrale und nutzten die Buchausgabe.

Anzahl der Einzelbestellungen von Publikationen



Bestellte Publikationen (Stück): 109.113 (97.821)

Neu angeschaffte Publikationen (Stück): 109.113 (97.821)

Besserer Service durch Umbau der Logistik

Nach längerer Vorbereitung erfolgte im Sommer eine logistische Neustrukturierung des Paketversandes und der Buchlagerung. Das Versandlager der SLpB in der JVA Dresden wurde aufgelöst und mit dem Hauptlager bei einem neuen Dienstleister zusammengeführt. Seitdem liegen Paketversand, Versandlager und Hauptlager in einer Hand. Weiterhin wird die Ausgabestelle in der Schützenhofstraße regelmäßig mit Publikationen beliefert. Die Maßnahmen brachten den erwünschten Erfolg: die Abläufe konnten vereinfacht werden und die durchschnittlichen Bearbeitungs- und Lieferzeiten je Bestellung haben sich deutlich verkürzt.

Nach mehreren Jahren corona-bedingter Zwangspause fand im April wieder die Leipziger Buchmesse statt. Die SLpB präsentierte sich an einem Gemeinschaftsstand mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. An allen vier Messestagen wurden die Angebote der SLpB sehr gut angenommen. Hierzu zählten eine Fotobox, das Online-Spiel „Dein Sachsen“ und etwa 6.000 Publikationen von der Sachsenkarte über die Landesverfassung bis zur historischen und politischen Literatur.

Erfolgreiche Eigenpublikationen

Insgesamt war das Jahr 2023 durch neue Veröffentlichungen geprägt, die als Eigenpublikation oder in enger Kooperation mit Autoren und Verlagen erschienen sind. Hierzu zählen die landesgeschichtlichen Werke von Prof. Dr. James Retallack (University of Toronto) „Das rote Sachsen“ und von Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl (Universität Kiel) „Sachsen 1923“, die „Landeskunde kompakt“ von Dr. Nikolaus von Wolff sowie „Wirtschaft in Sachsen“, herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Ragnitz (ifo Institut Dresden). Von diesen vier Werken wurden insgesamt 3.731 Exemplare bestellt. Zu den weiteren „Rennern“ im Programm zählen insbesondere wieder Publikationen für ein jüngeres Publikum (Dein Sachsen, Survival Guide) und gleichzeitig mit spielerischem Charakter (z.B. Länderpuzzle, Memo-Spiel).

Beliebteste Bücher 2023

Allgemeines Angebot



Bestellte Exemplare

1	Dein Sachsen. Das Land und seine Verfassung	2.456
2	Und jetzt? Der Survival Guide fürs Leben nach der Schule	2.407
3	Länderpuzzle Freistaat Sachsen	1.703
4	Logbuch politische Bildung	1.430
5	Die Geschichte der Welt – Ein Atlas	1.326
6	Sachsen. Landeskunde kompakt	1.279
7	Europa. Die Geschichte eines Kontinents	1.136
8	Das Deutschland-Memo-Spiel	1.059
9	Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt	1.036
10	Die neue Weltordnung	1.030

Neue Bücher. Brandaktuelle und ungelöste Problemthemen

Von Thomas Platz

Das Publikationsverzeichnis der SLPB für das zweite Halbjahr 2023 ist erschienen. Dr. Joachim Amm war maßgeblich an der Zusammenstellung beteiligt. Er verrät, welche neuen Bücher im Angebot sind und was er persönlich gern liest.

Das neue Publikationsverzeichnis ist da. Was können die Leserinnen und Leser erwarten?

Dr. Joachim Amm: Auch beim neuen Verzeichnis gilt wieder: Unser Anspruch ist es, alle wichtigen Bereiche der Politik im Publikationsangebot abzubilden, von der sächsischen Kommunalpolitik bis hin zu internationalen Themen. Natürlich dürfen dabei auch Grundinformationen über die Verfassungsorgane und den politischen Prozess in Deutschland, Sachsen und Europa nicht fehlen, denn das ist ein Kernelement unseres Bildungsauftrags. Gleichzeitig greifen wir aber sehr gern brandaktuelle und ungelöste Problemthemen auf, vom Krieg in der Ukraine über den Extremismus bis hin zum Klimawandel, weil es hierfür eine große Nachfrage gibt. Schließlich wird unser Programm durch interessante historische Titel und durch Bücher zur Praxis und Methodik der politischen Bildung im engeren Sinne abgerundet. Unter den gut 200 Publikationen unseres Programms sind diesmal 25 Neuzugänge.

Welche Titel sind neu. Um welche Themen geht es?

Dr. Joachim Amm: Die Palette der neuen Titel reicht vom bunten Kinderbuch „Bestimmen sein. Wie Elvis die Demokratie erfand“ über „Wirtschaft in Sachsen“ und „Top Secret. Mord in staatlichem Auftrag“ bis hin zum farbig illustrierten historischen Weltatlas „Die Geschichte der Welt“, um nur einige der Neuzugänge zu nennen. Ein Band zur „Digitalisierung“ ist ebenso dabei wie ein neues „Ukraine“-Buch und der „Atlas des bedrohten Planeten“. Die historischen Titel befassen sich unter anderem mit der Migration nach Sachsen („Gekommen, um zu bleiben“) sowie mit verschiedenen Aspekten des Nationalsozialismus. Außerdem geht es um die Globalisierung, um den Nahostkonflikt, um Menschenrechtspolitik und und... Erwähnenswert ist vielleicht noch, dass wir diesmal – was nicht so häufig vorkommt – gleich zwei Theoriebände neu im Angebot haben, nämlich „Politische Ideen im Wandel der Zeit“ und „Soziologische Theorien“.

Gibt es einen Titel, der dir* in der Programmgestaltung besonders ans Herz gewachsen ist oder dich besonders beschäftigt hat?

Dr. Joachim Amm: Zu unterscheiden ist ja grundsätzlich zwischen den von uns übernommenen Verlagspublikationen, die man auch im Buchhandel kaufen kann, und den Eigenpublikationen, bei denen es meist um sächsische Themen geht, zu denen sich auf dem Buchmarkt ansonsten wenig findet. Unter den Verlagspublikationen gefällt mir – neben dem Atlas „Die Geschichte der Welt“ – auch der Band „Die Zukunft der Demokratie“ von Herfried Münkler besonders gut, weil er die oft beschworene Bedrohung der Demokratie mit klugen Gedanken gut leserlich diskutiert. Bei den Eigenpublikationen liegt bei mir ganz klar „Wirtschaft in Sachsen“ auf Platz 1, weil ich das Zustandekommen dieses Bandes selbst intensiv betreut und begleitet habe.

Für alle, die jetzt neugierig geworden sind: Wie bekomme ich denn die SLPB-Bücher?

Dr. Joachim Amm: Man kann die Bücher auf drei Wegen bekommen: Entweder per Online-Bestellung über unseren Webshop oder durch postalische Bestellung mittels Bestellschein oder durch Selbstabholung in der Landeszentrale während der Öffnungszeiten unseres Bücherzentrums. Wer per Post bestellen möchte, sollte sich vorher unser Publikationsverzeichnis samt Bestellschein besorgen. Bis zu fünf Bücher pro Halbjahr sind für alle in Sachsen Lebenden kostenlos zu beziehen. Für diejenigen, die noch mehr lesen möchten, gilt eine nach Titelanzahl gestaffelte Bereitstellungspauschale. Auch Interessierte außerhalb Sachsen können bestimmte – in der Regel sachsenbezogene und anderweitig nicht erhältliche – Publikationen von der Landeszentrale beziehen.

Es ist Ferienzeit. Welche Titel nimmst du mit in den Urlaub?

Dr. Joachim Amm: Aus unserem Publikationsangebot werde ich das oben schon erwähnte Münkler-Buch mitnehmen und zusätzlich die aktuelle sächsische Landeskunde, die sich zwar schon seit einem halben Jahr in unserem Angebot befindet, aus der ich aber gleichwohl immer noch und immer



Immer wieder interessant: Die aktuelle Sächsische Landeskunde in den Händen von Joachim Amm.

wieder Interessantes über Sachsen erfahren. Ansonsten nehme ich in den Urlaub noch zwei oder drei Musikzeitschriften mit, aber die gibt es ja bekanntlich nicht im Angebot der Landeszentrale.

* Interviewter und Interviewer kennen sich seit längerem und sind per du.

Bestellte Standardtitel



Weiterentwicklungskonzept verabschiedet

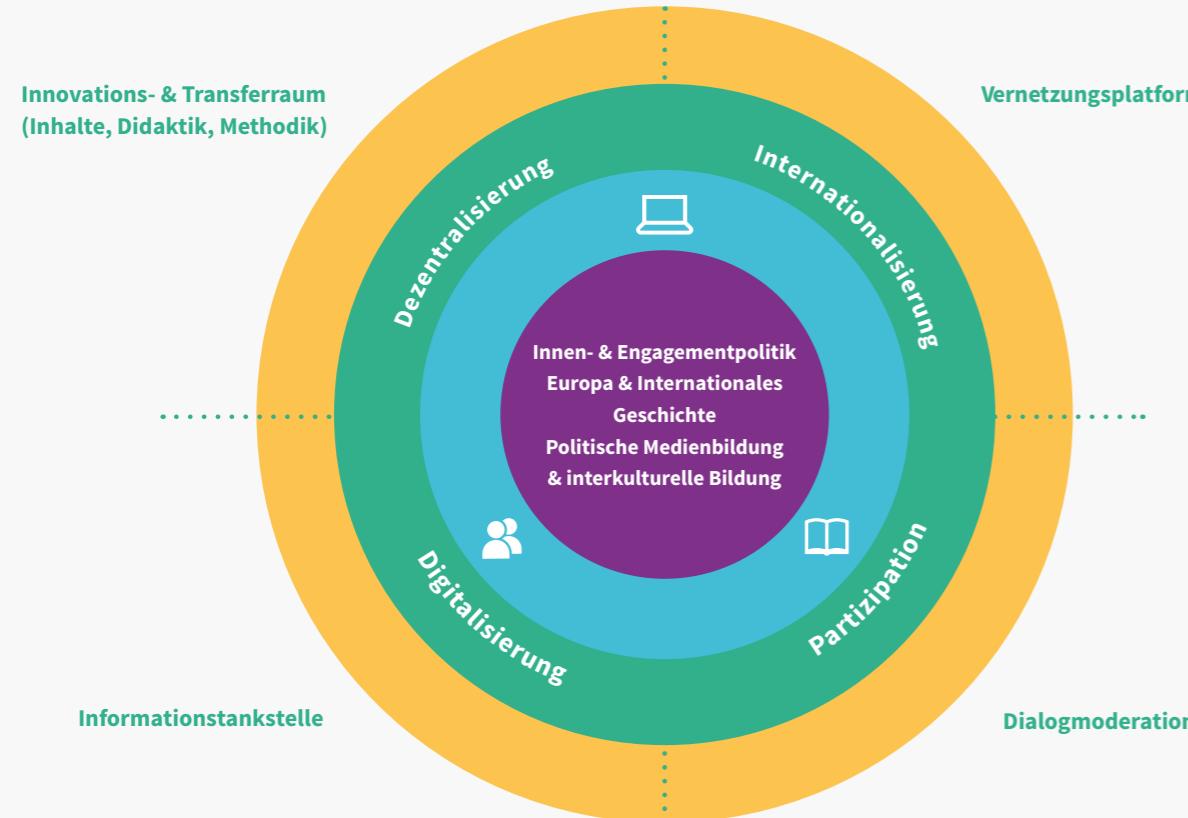
Nach einem intensiven, mehrstufigen Prozess hat das Sächsische Kabinett im Herbst 2023 das Weiterentwicklungskonzept der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung die kommenden fünf Jahre zur Kenntnis genommen. Ausgangspunkt war der Koalitionsvertrag, der eine strukturelle und

personelle Stärkung der SLPB vorsah, um sie für ihre Aufgabenerfüllung zukunftsorientiert zu machen. Dazu durchlief sie mit Begleitung der Berliner Agentur Wider Sense GmbH einen Strategie- und Organisationsentwicklungsprozess.

Das neue Zielbild

Das Weiterentwicklungskonzept beruht auf einem neuen Zielbild:

Zielbild SLPB



Die SLPB will sich als lernende Organisation modernisieren, den aktuellen gesellschaftlichen Fragen und pädagogischen Entwicklungen stellen. Sie begleitet den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und befördert demokratische Resilienz und reflektiert die innenpolitischen wie außenpolitischen Entwicklungen. Sie arbeitet bürgernah und zielgruppenorientiert.

Sie unterstützt die vielfältige politische Trägerlandschaft, indem sie in ihrer Arbeit die Orientierung an den Qualitätsstandards der politischen Bildung vorlebt, gesellschaftliche Zukunftsthemen vorantreibt, zur Vernetzung einlädt, thematische und didaktische Entwicklungen vorantreibt. Die SLPB ist Service-Einrichtung und Impulsgeberin für die Trägerlandschaft und für breite Bevölkerungskreise.

Die Landeszentrale setzt diese Funktion um in den Rollen

- als Informationstankstelle,
- als Innovations- und Transferraum inhaltlicher, didaktischer und methodischer Trends,
- als Vernetzungsplattform,
- als Dialogmoderatorin.

Aufbauend auf ihren bisherigen Erfahrungen und Kompetenzen, öffnet sich die Landeszentrale einerseits neuen Fragestellungen und Entwicklungen. Sie konzentriert andererseits aber auch die thematische Breite ihrer Arbeit, arbeitet stärker als bisher teamübergreifend und bietet kompakte Produktpakete aus Veranstaltungen, Publikationen und Online-Formaten an. **Sie legt einen inhaltlichen Fokus auf folgende Themenfelder:**

- Innenpolitik und Zivilgesellschaft,
- Europa und Internationales,
- Geschichte,
- Politische Medienbildung und Interkulturelle Bildung.

Vier Hauptentwicklungsziele

Als Hauptentwicklungsziele hat die SLPB das Wachstum und die Wirkungssteigerung in den Bereichen Digitalisierung, Dezentralisierung, Internationalisierung und Partizipation definiert.

Für die operative Umsetzung sind bereits konkrete Maßnahmen definiert.

Dezentralisierung

- Aus- bzw. Aufbau von drei Netzwerken: Verfestigung der Projekte „Kontrovers vor Ort“ und „Schule im Dialog Sachsen“ sowie Aufbau eines neuen Projekts mit den Stadtbibliotheken zur Stärkung der Publikationsinfrastruktur
- Aufbau einer neuen Publikationslinie für junge Leserinnen und Leser
- Aufbau des Projektbüros Chemnitz

Partizipation

- Wahlforen zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen
- Moderationsschulungen
- Entwicklung eines partizipationsorientierten didaktischen Konzepts
- Entwicklung eines Inklusionskonzepts
- Einrichtung eines Kleinprojektfonds
- Neuaufbau des Arbeitsfeldes interkulturelle und interreligiöse Bildung
- Umbau, Ausbau, Umzug: Ein Haus für Demokratie, Geschichte, Bildung

Digitalisierung

- Ausbau der Online-Redaktion der SLPB
- Entwicklung eines integrierten Social-Media-Konzepts sowie eines Podcast-Konzepts
- Entwicklung zielgruppenorientierter junger Online-Angebote
- Vertiefung der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings

Internationalisierung

- Ausbau der europapolitischen Bildung und Ausbau der interkulturellen Bildung im Dreiländereck
- Projektbüro Chemnitz entwickelt Angebote zum Dialog mit Osteuropa
- SLPB arbeitet auf die Gründung einer Europäischen Akademie Sachsen als nachhaltiger Institution des Europäischen Kulturhauptstadtjahres Chemnitz 2025 hin – mit Unterstützung der Staatsregierung sowie privaten Geldgebern.

Die operative Umsetzung dieser Hauptentwicklungsziele setzt eine substantielle Erweiterung des Ressourcenportfolios der SLPB voraus.



Demokratie und Freiheit verteidigen

Interview mit TV-Star Roman Knížka

Von Michael Bartsch

Aktuell ist er als Unterwelt-Größe Kort Holm in der ARD zu sehen, er verkörperte auch schon den gestiefelten Kater, Ganoven, Liebhaber: Der 1970 in Bautzen geborene Schauspieler Roman Knížka ist aus zahlreichen TV- und Kinoproduktionen bekannt. Nun betritt er in seiner Heimat Sachsen die Bühne: mit dem literarisch-politischen Kammermusikabend „In diesem Land ...“ Deutschland 1923 – Das Krisenjahr. Gemeinsam mit dem renommierten Bläserquintett OPUS 45 lässt er das von Inflation, politischer Gewalt und kultureller Blüte geprägte Jahr lebendig werden.

© Daniel Haeker Photography

Herr Knižka, woher röhrt Ihr Faible für historische Stoffe? Ihr aktuelles Programm setzt sich mit dem Krisenjahr 1923 auseinander. Vorherige Programme haben zum Beispiel jüdische Geschichte in Deutschland thematisiert, für das kommende Jahr planen Sie eines zu 75 Jahren Grundgesetz.

Roman Knižka: Begonnen haben OPUS 45 und ich völlig anders: mit Kinderklassikern wie „Peter und der Wolf“ oder „Karneval der Tiere“. Dann wurde es immer politischer und immer aktueller. Mir wird zunehmend mehr bewusst, dass ich selbst Zeitzeuge bin – den Niedergang der DDR betreffend. Häufig werde ich deswegen in Schulen eingeladen. Dort wiederum laufen mir mitunter Jugendliche über den Weg, die meinen, Juden gebe es erst seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Das brachte einen Stein ins Rollen, und wir haben daraufhin mithilfe der phantastischen Dramaturgin Kathrin Liebhäuser das Programm zum jüdischen Leben in Deutschland entwickelt. Wir müssen wissen, wo wir herkommen und aus der Geschichte lernen, damit es eine gute Zukunft wird. Es gibt leider zu viele Kräfte in Deutschland, die dem entgegenwirken, die das Vorgestrigie in die Zukunft ziehen wollen und für ein Allheilmittel halten. Für mich persönlich spielt es auch eine Rolle, dass ich zweifacher Vater bin. Ich glaube, wenn man Kinder hat, macht man sich mehr Gedanken über die Zukunft.

Also doch eine aufklärerische, ich hätte beinahe gesagt volkspädagogische Intention?

Roman Knižka: (lacht) Keine Sorge, Unterhaltung spielt auch eine wichtige Rolle. Gepaart mit schöner Musik im passenden Kontext. Ich benutze mein Instrument, die Stimme, und wenn ein kleiner Teil des Publikums ins Konzert kommt weil „dieser Fernsehfuzzi“ heute live zu sehen ist, stört es ja nicht.

Konkreter zur Umsetzung Ihres literarisch-musikalischen Abends: Sie gehen dokumentarisch heran, lassen Zeitzeugen für sich und ihre Zeit sprechen?

Roman Knižka: Ich erwecke genannte Zeitzeugen auch zum Leben, gestalte die Lesung szenisch, gepaart mit wunderbarer Musik, die mal begleitend, mal kontrapunktisch zu den Texten steht. Ich sitze nicht bequem im Sessel, es geht schon zur Sache. Die Textauswahl ist sehr facettenreich. Es gibt jede Menge Tatsachen-Horror, Zeitungsartikel, Gedichte, Flugblätter. Manchmal versöhnt die Musik, manchmal verstärkt sie das Unbehagen noch.

„Mit dem ein oder anderen zeitgenössischen Schlager ist zu rechnen“, heißt es in der Programmbeschreibung. Ein bisschen Tingel-Tangel aus dem Cabaret kommt auch vor?

Roman Knižka: Aber ja, das gehört in die Zeit. Ich versuche mich auch selbst als Diva. Damals tauchten plötzlich Jazzbands auf, mit schwarzen Tänzerinnen und Tänzern – das galt als exotisch. Wenige Jahre später waren sie übrigens nicht mehr auf deutschen Bühnen zu sehen.

Es gab nach dem Katastrophenjahr 1923 auch einen Aufbruch oder eine Ausflucht in die sprichwörtlichen Goldenen Zwanziger, in den Hedonismus. Wollen Sie dies auch aufgreifen in dem ja nicht humorlosen Programm?

Roman Knižka: Selbstverständlich. Da muss Ironie rein, manches wird auf die Spitze getrieben. Ich fange gar an, zu singen. Vielleicht der einzige Grund, das Konzert nicht zu besuchen (lacht). Im Ernst – das Entertainment kommt nicht zu kurz! Ich mag diese Vergleiche überhaupt nicht, aber wenn es eine „Geschichtsstunde“ wäre, wäre sie enorm unterhaltsam.

Fast vergessen wird, dass 1923 der Rundfunk völlig neue Unterhaltungs-, aber auch Manipulationsmöglichkeiten eröffnete.

Roman Knižka: Ja, damit lösen wir im Konzert immer wieder Aha-Momente aus. Es kamen ja zugleich enorme technische Neuerungen. Ein ambivalentes Medienphänomen, das unbedingt zu diesem Jahr 1923 gehört.

Nach spontaner Begeisterung über die Themenwahl kamen mir dann doch Zweifel. Sind Vergleiche, gar Analogieschlüsse 1923 – 2023 zulässig, und sei es in noch so guter Absicht eines Meneckels, einer Warnung?

Roman Knižka: Um eins zu eins Vergleiche geht es uns überhaupt nicht. Die Hyperinflation von 1923 kann nicht unmittelbar mit der Inflation heute verglichen werden. Das Krisenjahr 1923 wird mitunter als „das Jahr der schlecht gelöschten Brände“ bezeichnet. Eine kluge Analyse. Hier setzen wir an, durchleben gemeinsam mit unserem Publikum dieses in Teilen verrückte Jahr und hinterfragen auch, wie gut oder schlecht die gesellschaftlichen Brände heute, 2023, gelöscht werden. Damit, das zeigt die Resonanz unseres Publikums, stechen wir nicht ins Leere. Viele aus dem Publikum melden uns zurück,

neue Denkanstöße erhalten zu haben. Andere fühlen sich bestätigt und für das ganz junge Publikum ist das meiste wirklich neu. Skeptiker sind ebenfalls herzlich eingeladen. Ich möchte nicht, dass die gastgebenden Orte ihnen die Türen verschließen. Ich bin nicht der Lehrer, der vorn steht und das Auswendiglernen anordnet, sondern ein energiegeladener Schauspieler mit ebensolchen Musikern und Musikerinnen – aus den besten Orchestern des Landes.

Warum nennen sich die fünf Sie begleitenden Musiker „OPUS 45“?

Roman Knižka: Einige der Musiker spielten vor rund 15 Jahren in Berlin gemeinsam Johannes Brahms' „Ein deutsches Requiem“, das die Opuszahl 45 trägt. Der Ensemblesname hat nichts mit dem Kriegsende zu tun, wie aufgrund der politischen Themen manchmal vermutet wird. Die Musiker spielen im Orchester der Hamburgischen Staatsoper, im Beethoven Orchester Bonn, NDR-Radiophilharmonie Hannover und in vielen weiteren Spitzenorchestern.

Die Lebensgefühle 1923 und heute könnten sich insofern ähneln, als die Ahnung von einer Welt vorherrscht, die aus den Fugen geraten ist. Es kam nach 1990 eben nicht das erhoffte Paradies, sondern eine Fülle immer größerer Konflikte.

Roman Knižka: Aus komplexen Gründen sind Menschen unzufriedener geworden als noch vor einigen Jahren. Es gibt ökonomische Gründe, Gefahren und sogar Kriege rücken näher heran. Manche zucken mit den Schultern, es wiederhole sich halt alles immer wieder. In der Mode, in der Politik, überall. Baue auf und reiße nieder, dann hast du Arbeit immer wieder. Das übertragen viele auf ein solches Jahrhundert. Andererseits haben wir, Jugoslawien ausgenommen, bis zum 24.2.2022 in Europa jahrzehntelang keinen Krieg mehr gehabt. Eine große Errungenschaft, ebenso wie die Demokratie, für deren Bewahrung OPUS 45 und ich uns beharrlich einsetzen. Leider wird es möglicherweise für uns Künstler an einigen Orten Polizeischutz geben müssen. Es wäre nicht das erste Mal – und das ist erschreckend. Wir haben auch einen Musiker bei OPUS 45, der darum gebeten hat, bei der Tour durch Sachsen von jemand anderem vertreten zu werden: Er fühlt sich als Schwarzer hier nicht sicher. Im Jahr 2023.

In Hamburg, NRW, Hessen und Reinland-Pfalz ist „In diesem Land ...“ im September schon ge laufen. Werden Sie auf der Sachsentour etwas anders machen?

Roman Knižka: Wir recherchieren vor jedem Auftritt die historischen Besonderheiten vor Ort und nehmen darauf, wenn möglich, Bezug. Bei den Konzerten in Sachsen sind wir mithilfe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung noch einen Schritt weitergegangen, haben die Tour der Geschichte angepasst, nicht umgekehrt. Wir spielen am 18.10. nicht zufällig in Freiberg. Die Reichswehr richtete dort im Oktober 1923 ein schreckliches Blutbad an. Es gab 29 Tote, darunter einen dreizehnjährigen Jungen.

Eine philosophisch-anthropologische Frage: Hat die Radikalisierung – damals wie heute – ihre Ursachen eher in den Zeitaläufen oder kommt sie aus dem Allzumenschlichen, dem zyklischen Auftauchen der Bestie in uns als angeblicher Krone der Schöpfung? Im Auf und Ab eines Zyklus liegt ja auch eine Hoffnung.

Roman Knižka: Aber dieser Funke Hoffnung sollte nicht erst dann zünden, wenn es zu spät ist. Es trostet nicht, dass wir noch nicht ganz bei zwölf Uhr sind. Die Menschheitsgeschichte hat uns doch gelehrt, dass keine Diktatur lange überlebt und noch nie den Menschen etwas Gutes gebracht hat. Gerade die hohen Zustimmungswerte rechter Parteien in meiner Heimat Sachsen motivieren mich, dran zu bleiben, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Könnte man Ihr Anliegen auch auf die Formel bringen: Löschen, bevor es brennt?

Es gilt, den Boden feucht zu halten, keine Frage. Vor diesem Hintergrund sehe ich auch die teils enormen Mittelkürzungen im Bereich der politischen Bildungsarbeit äußerst kritisch. Umso mehr freut es mich, dass die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung auch im kommenden Jahr mit uns zusammenarbeiten möchte. Thema des neuen Programms 2024 wird die Geschichte des Grundgesetzes sein.

Der Schauspieler Roman Knižka wurde 1970 in Bautzen geboren und konnte noch kurz vor dem Umbruch 1989 aus der DDR fliehen. Er wirkte in zahlreichen Fernseh- und Kinoproduktionen mit, sprach Hörbücher ein und entwickelt seit einiger Zeit gemeinsam mit den Musikerinnen und Musikern von OPUS 45 literarisch-politische Programme, mit denen das Ensemble bundesweit tourt.

„In diesem Land ...“
Deutschland 1923 – Das Krisenjahr.
Literarischer Kammermusikabend mit Schauspieler Roman Knižka und dem Bläserquintett OPUS 45 in Görlitz (17.10.), Freiberg (18.10.) und Annaberg-Buchholz (20.10.)



Roman Knižka und OPUS 45 © Daniel Haeker Photography

1923 war das schwerste Jahr der Weimarer Republik seit ihrer Gründung. Politische Krisen und Umbrüche sowie dramatische Schlagzeilen prägten die Zeit: „Franzosen und Belgier besetzen das Ruhrgebiet.“ „Inflation – der Kurs der Mark fällt immer schneller!“ „Adolf Hitler putscht in München.“ Gleichzeitig erlebte die Republik eine Zeit kultureller Blüte: Rilkes „Duineser Elegien“ erschienen, Brecht sorgte für Theaterskandale und der deutsche Stummfilm florierte.

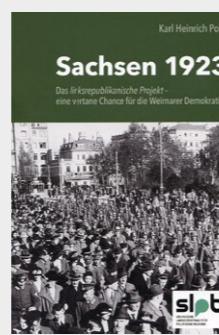
„1923 war ein Krisenjahr, das den Zeitgenossen und Zeitgenossinnen jahrzehntelang in Erinnerung blieb“, so Werner Rellecke, Referatsleiter für Publikationen der SLPB. „In Sachsen marschierten im Oktober Reichswehrtruppen ein, um gegen die SPD-KPD-Regierung vorzugehen. Zuvor war es unter anderem in Annaberg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken gekommen. Die Reichswehr versuchte auf brutale Weise, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was zum Beispiel in Freiberg Ende Oktober in einem Blutbad

mit 29 Toten endete. Schließlich scheiterte Hitler im November in Bayern mit seinem Putschversuch.“

Der in Bautzen geborene Schauspieler Roman Knižka und das Bläserquintett OPUS 45 boten mit ihrem literarischen Kammermusikabend „In diesem Land ...“ Deutschland 1923 – Das Krisenjahr 1923 eine atmosphärisch dichte Zeitreise: Anhand literarischer Texte, Presseberichte und politischer Reden erleben wir Zeitgeschichte hautnah, tauchen ein in die schillernde Atmosphäre der 1920er Jahre. Auf musikalischer Ebene weitererzählt wird diese spannende und sinnliche Reise in die Vergangenheit durch Musik für Bläserquintett, mal begleitend, mal kontrapunktisch zur Lesung. Zu hören sind u.a. Werke von Carl Nielsen, Paul Hindemith und Hanns Eisler.

Der Abend stellte uns auch vor die Frage: Sind wir genau 100 Jahre später in einer vergleichbar drastischen Dynamik der politischen Krise? Rechtspopulistische Strömungen und Parteien gewinnen an Einfluss – in Deutschland und Ländern wie Italien, Ungarn und Frankreich. Eine Pandemie, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, eine spürbare Inflation und eine Energiekrise erschüttern derzeit das Leben der Menschen in Europa und weltweit. Können wir aus dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie Erkenntnisse für uns heute ziehen und Wege aus der Krise finden? „Die Erinnerung an diese dramatische Zeit verdeutlicht, dass Radikalisierung und politische Gewalt stets die Feinde der Demokratie sind“, so Werner Rellecke.

Die drei gut besuchten Abende und die begleitenden Kurzveranstaltungen in Schulen fanden ein breites Publikum. Intensive Diskussionen am Büchertisch nach den Vorführungen oder Debatten in den Schulen zeigten, dass Opus 45 den Ton der Zeit getroffen hatte. Vertiefte Informationen bietet das Buch des aus Sachsen stammenden, aber in Kiel lehrenden Historikers Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl, das in unserem Hause bestellbar ist.



Im Angebot der SLPB: Pohl, Karl Heinrich: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Göttingen 2022.

In Resonanz:

Gemeinsames Demokratie-Wochenende im Leipziger Gewandhaus

Von Lisa Kuner

Vielstimmigkeit zulassen und aufeinander eingehen: „Resonanz“ stand als Motto und Leitbegriff über dem diesjährigen Demokratie-Wochenende, mit dem das Gewandhausorchester vom 8.-10. September 2023 die neue Spielsaison eröffnete. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLPB) gestaltete als Kooperationspartner am Samstag die zwei Podiumsdiskussionen zu „Dissonanz“ und „Resonanz“ mit spannenden Gästen. Das öffentliche Interesse war groß: Über 250 Menschen kamen ins Foyer des Gewandhauses, viele brachten sich aktiv in die Diskussion ein.

„Denken Sie, es gibt heute in der Gesellschaft mehr Dissonanz als früher?“, fragt Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale (SLPB). Als Moderator lässt er das Publikum abstimmen. Grün oder rot – ja oder nein? Das Publikum bejaht: Konflikte und gesellschaftliche Spannungen sind allgegenwärtig, viele spüren sie immer stärker. Auch auf die zweite Frage Roland Löfflers: „Braucht Gesellschaft Dissonanz?“ hält die große Mehrheit die grüne Seite des Programmheftes hoch. Auch, wenn Konflikte eine Herausforderung sind: Nur durch sie kommen wir weiter.

Schon das Interesse an der ersten Diskussionsrunde „Dissonanz: Herausforderung der Demokratie“ am 9. September war groß. Alle Stühle im Foyer des Gewandhauses waren besetzt, im Laufe des Nachmittags kamen immer Menschen hinzu, nahmen oben auf der Galerie oder auf den Treppenstufen Platz. Mehr als 250 Personen hörten schließlich zu, einige von ihnen diskutierten mit.



Vor einem Jahr hatte das Leipziger Gewandhaus die Demokratie-Initiative ins Leben gerufen: mit Blick auf die politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart sowie das Gemeinschaft stiftende Potenzial der Musik. Die SLPB war bereits 2022 Kooperationspartner. In diesem Jahr stand beim Demokratie-Wochenende im Rahmen der Spielzeiteröffnung vom 8. bis 10. September das Thema „Resonanz“ im Mittelpunkt – sowohl im musikalischen als auch im gesellschaftlichen Sinne.

„Dissonanz ist Grundlage moderner Gesellschaften“

Die Debatte begann auf dem Podium, hier sprachen drei Gäste mit dem Moderator über die Dissonanz. Der Gewandhaus-Solohornist und Vorsitzende des Orchestervorstands, Bernhard Krug, näherte sich dem Thema von der musikalischen Seite: „Dissonanz hört sich erstmal schief an und will musikalisch aufgelöst werden“, erklärte er den klassischen Umgang mit Dissonanz. Das sei aber nicht die einzige Möglichkeit – im Jazz beispielsweise bliebe Dissonanz in Form einer Blue Note ganz bewusst Bestandteil eines Akkords. Konsonanz, also ein Gleichklang, sei das Gegenteil davon.

Julian Nida-Rümelin, Professor für Philosophie und politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, beschrieb die gesellschaftlichen Grundzüge von Dissonanz. „Unsere moderne Gesellschaft hat ihre Wurzeln in fundamentaler Dissonanz“, sagte er. Das sei auch das Fundament von Demokratie: Sich auf bestimmte Regeln des Zusammenlebens und der Entscheidungsfindung zu einigen und dann Konflikte und Verschiedenartigkeit auszuhalten. Im Idealfall führe das dazu, dass Dissonanz im demokratischen Diskurs offen ausge- tragen werde.



Soziologe Hartmut Rosa, Ann-Katrin Zimmermann vom Gewandhaus, Harfenistin Gabriella Victoria, Bernhard Krug, Orchestervorstand und Solohornist, Professorin Marie Louise Herzfeld-Schild aus Wien, Journalistin Canan Topçu, Superintendent Sebastian Feydt, Julian Nida-Rümelin, Staatsminister a.D. und Philosophieprofessor, Roland Löffler, Direktor der SLPB und Gewandhausdirektor Andreas Schulz. Foto: Christian Rothe. Alle anderen im Beitrag verwendeten Bilder: SLPB.

„Misstrauen gegenüber den Medien sorgt für Konflikte“

Canan Topçu, Autorin und Journalistin, übertrug den Dissonanz-Begriff auf dem Podium in die Medienwelt: Aus ihrer Sicht sorgt mangelnde Medienkompetenz für viel Dissonanz. Journalismus habe sich unter anderem durch soziale Medien verändert, Falschnachrichten bekämen immer mehr Aufmerksamkeit. Dadurch wachse das Misstrauen in die Medien, es entstünden mehr und mehr Konflikte, so Topçu.

Zum Ende des ersten Panels suchten die Teilnehmenden der Diskussion nach konstruktiven Lösungen. Journalistin Topçu rückte in den Mittelpunkt, dass Dissonanz manchmal überwunden werden könne, wenn die Einzelnen ihren Individualismus im Sinne der Gemeinschaft zurückstellten. Hornist Krug zeigte mit einem Beispiel aus dem Orchester-Alltag noch einen weiteren Weg auf: Wenn Dirigent und Musiker nicht einig darüber seien, wie etwas

musikalisch zu spielen und zu interpretieren sei, bringe es wenig, sich unterzuordnen. Statt widerwillig den Aufforderungen des anderen zu folgen, gelte es, sich den Ansatz der anderen Seite zu eigen machen: um den Dissens zu überwinden und ein tolles musikalisches Ergebnis zu erreichen. Aus dem Publikum kam der Beitrag: Dissonanz könne auch positiv und beispielsweise als Innovationsmotor betrachtet werden.

Musikalisch ist der Resonanz-Begriff etabliert. Musik erzeugt Schallwellen. Diese bringen nicht nur die Luft zum Schwingen, sondern auch sogenannte Resonanzkörper. Dieses Mitschwingen oder den Widerhall bezeichnet mal als Resonanz. Je stärker die Resonanz ist, desto voller und lauter tönt ein Klang. Gesellschaftlich mag der Zusammenhang auf den ersten Blick nicht so klar erscheinen.

Resonanz als Form der Weltbeziehung

Der Soziologe Hartmut Rosa prägte in seinem 2016 erschienenen Werk „Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung“ den Begriff neu. Er vertritt die These, dass Resonanz eine Lösung und ein Gegenkonzept zur gesellschaftlich zunehmenden Beschleunigung und Entfremdung sein könne. Statt auf Ressourcen oder Glücksmomente zu schauen, um Lebensqualität zu messen, mache es mehr Sinn die Beziehungen zur Welt und zu anderen zu betrachten.

Hartmut Rosa war einer der drei Gäste des zweiten Panels am Samstagnachmittag „Resonanz: Schlüssel

zu Musik und Gesellschaft“. Hier ging es darum, wie Resonanz in verschiedenen Disziplinen wahrgenommen wird. Die Wiener Kultur- und Musikwissenschaftlerin Marie Louise Herzfeld-Schild startete mit einer Einführung: Sie berichtete, dass Resonanz im Gesundheitsbereich historisch von der Musik auf die Seele übertragen wurde. „Der menschliche Körper wurde als Resonanzkörper gesehen. Die Vorstellung war, dass Nerven im Körper gespannt sind, wie Saiten auf einem Instrument“, erklärte sie. Das Konzept der Resonanz sei so vom Akustischen über das Medizinische schließlich auf das Emotionale übertragen worden.



Harfenistin Gabriella Victoria gestaltete den Nachmittag musikalisch.

Was verbindet Musik und Gesellschaft?

Was verbindet Musik und Gesellschaft? Der Soziologe Rosa knüpfte daran an, indem er erklärte weshalb Resonanz nicht nur für den Einzelnen, sondern die gesamte Gesellschaft wichtig sei. „In einer Gesellschaft, die sich ständig dynamisch verändert, hilft es sich nicht, auf sich selbst zu zentrieren“, so Rosa, „sondern mit anderen in Resonanz zu treten“. Eine weitere Perspektive brachte Sebastian Feydt ein, Superintendent des evangelisch-lutherischen Kirchenbezirks Leipzig. Nicht nur lasse sich der Resonanzbegriff auch religiös interpretieren, vielmehr habe Kirche ganz konkret etwas zum Thema gesellschaftliche Resonanz beizutragen, befand Feydt. Gerade in Ostdeutschland, wo viele Kirchengebäude nicht mehr zwangsläufig für Gottesdiente gebraucht würden, könne Kirche sich öffnen und Räume beispielsweise für Diskussionen verschiedener gesellschaftlicher Akteure bereitstellen. Die Aufgabe der Kirche sei dabei: „zuhören und Verantwortung übernehmen und so zivilgesellschaftliches Engagement stärken, indem sie dafür selbst Resonanzräume schafft“.

Die Diskutierenden waren sich einig: Resonanz bedeutet nicht, einfach andere Meinungen zu übernehmen und in Gleichklang zu verfallen. Sie bedeutet aber eben auch nicht, sich konfrontativ gegen andere Ansichten zu stellen. Rosa sagte: „Resonanz liegt zwischen Konsonanz und Dissonanz. Sie ist der Moment, um die Brücke zu schlagen“. In seinem Statement sind viele Aussagen beider Gesprächsrunden gut zusammengefasst – und es trifft auch den Kern des Vorhabens des Gewandhauses: nämlich die Möglichkeit, durch Musik Hindernisse zu überwinden und Menschen zusammen zu bringen.

Unfrieden im Weihnachtsland

Von Michael Bartsch

Eine Fachtagung in Stollberg befasste sich am 13. November mit extrem rechten Strukturen und deren Akzeptanz im Erzgebirge. Noch wird nach Wegen gesucht, wie der alarmierenden Entwicklung begegnet werden kann.

Der prächtige Säulensaal des Bürgergartens im erzgebirgischen Stollberg kontrastierte auf den ersten Blick mit dem Ernst dieses Fachtages. Ausrichter waren die Diakonie Erzgebirge, das Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit und Engagement e. V., die AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Die Wiederherstellung des Traditionshauses ist Bürgerengagement ebenso zu danken wie städtischen Investitionen. Künstler ersten Ranges treten hier auf.

Um Kultur im weiteren Sinn ging es auch bei der Fachtagung, unter anderem um eine Volkskultur, die sich leider als saugfähig gegenüber rechten und völkischen Gesinnungen erweist. Krisenzeiten würden insbesondere von Akteuren der rechten Szene genutzt, um bei der Bevölkerung anzudocken, stimmte Friedemann Brause zur Begrüßung ein. Bezugnehmend auf aktuelle politische Krisen und Herausforderungen schürten sie Misstrauen gegen den Staat und Hass gegen Minderheiten. Brause,

Fachreferent für Innenpolitik und Zivilgesellschaft der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, moderierte den Nachmittag gemeinsam mit Julia Loßnitzer von der Diakonie Erzgebirge.

Der griffige Titel des Fachtags „Rechts vorbei oder mittendrin?“ dockte wiederum in positiver Weise an die Erfahrungen der etwa 65 Interessenten aus der Region an. Der Untertitel „Über Reichsbürger, rechte Strukturen und Perspektiven FÜR das Gemeinwohl“ knüpfte an zwei vorausgegangene Onlinekonferenzen zur „Rechten Landnahme“ an. Es ging um den Erwerb von Grundstücken und attraktiven Gebäuden, den Aufbau lokaler Enklaven völkisch-nationalistisch-esoterischer Einstellungen. Haben doch auch im erzgebirgischen Eibenstock Reichsbürger im Gefolge des selbstgekrönten „Königs von Deutschland“ Peter Fitzek im Vorjahr das Wolfsgrüner Schlösschen erworben. Solche Objekte werden von Fitzek demagogisch als „Gemeinwohldörfer“ getarnt.

Besorgte Situationsbeschreibung aus den Kommunen

Mit kompetenten Input-Referenten und dem an neun Gruppentischen möglichen engen persönlichen Austausch ging diese Tagung über ihre Online-Vorgänger hinaus.

Ein kurzes Doppelinterview zur Einstimmung bestätigte die knappen Eingangsthesen von SLpB-Referent Brause. Der Pfarrer und stellvertretende Superintendent Thomas Lißke ist in der Gegend um den Spiegelwald tätig, also zwischen Grünhain,

Bernsbach und Beierfeld. Er konnte zwar auf seine Grünhainer Gespräche und auf die von einem breiten Bündnis verfasste Extremismuserklärung in Schwarzenberg verweisen. Er als Pfarrer könne in seiner Kirche noch Vergebung und Nächstenliebe predigen, aber auch deutliche Positionen beziehen. Seine Lagebeschreibung aber fiel wenig optimistisch aus. „Rechte Strukturen können leicht im Untergrund wabern, weil die Probleme draußen übermäßig geworden sind“, konstatierte Lißke. Grünhain mit



Ehemalige Bretschneider-Villa in Wolfsgrün, heute Reichsbürger-Schlößchen. Foto: Miebner

seiner Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge sei ein Aufmarschgebiet der rechtsextremen Kleinpartei „Freie Sachsen“ geworden, ohne dass dem mutig entgegengetreten werde.

Silke Franzl, Bürgermeisterin im durch sein Besucherbergwerk bekannten Ehrenfriedersdorf, konnte dem nichts Hoffnungsvolleres entgegensetzen. „Wenn wir nicht aufpassen, wird es immer mehr“, diagnostiziert sie. Die Mitte breche teilweise weg, auch Unternehmen und Handwerker gerieten immer mehr in den Dunstkreis von Reichsbürgern und ähnlich autoritären Kreisen. Rechtsextremismus sei kein Bürgerthema, vielmehr herrsche „angesichts

der weltpolitischen Rahmenbedingungen“ Angst vor.

Beispielhaft las sie einen erschreckenden und abschreckenden Brief an Bürgermeister, Gemeinderäte, „an alle Mitteldeutschen auf Ex-DDR-Gebiet“ und in Kopie auch an die russische Regierung vor. Die „Hochverräter“ in den kommunalen Ämtern werden mit dem Verlust ihrer persönlichen und familiären Unversehrtheit bedroht. 30.000 Gemeinderäte zu „verlieren“ wäre kein Verlust, wenn dadurch zehn Millionen Bürger wieder in den Genuss von Recht und Ordnung kommen, heißt es sinngemäß in dem Pamphlet.

Kompetente Input-Referate

Die längeren Input-Vorträge hatten es in sich und fußten auf soliden Recherchen. Am Else-Frenkel-Brunswik-Institut der Universität Leipzig, befasst mit Demokratieforschung in Sachsen, erschien 2022 eine „Situationsanalyse rechter und antide-mokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis“. Die

36-seitige A4-Broschüre lag wie andere Materialien auch an Informationstischen aus und wurde rege nachgefragt. Extrem rechte Parteien, rechte Heimatvereine, neonazistische Treffpunkte, Immobilien und Erlebniswelten, Demonstrationen und Gewaltausbrüche: die 36 Seiten starke A4-Broschüre bietet

auf nahezu jede Frage eine Antwort. Anna-Louise Lang und Johannes Grunert stellten die Studie in gedrängter Form vor.

Ihr Fazit dieser Faktensammlung deckt sich mit den Erfahrungen von Pfarrer Lißke und Bürgermeisterin Franzl. Auch Anna-Louise Lang sprach von „etablierten Strukturen“. Ihr bürgerliches Erscheinungsbild im vorpolitischen Feld biete „eine gute Grundlage, um die Stimmung in der Bevölkerung zu verändern“. Über die Brücken Tradition, Werte, Heimat lasse sich Resonanz erzielen, erscheine man als Teil der Gemeinschaft. Eine wichtige Rolle dabei spielen meist gut getarnte rechte Heimatvereine wie „Haamitleit“ in Lößnitz, also „Heimaleute“. Wen interessiert schon, dass Teile des Vereins auch zum 2016 im Erzgebirge gegründeten Ableger der Identitären Bewegung zählen? Die NPD, heute „Heimat!“, tarnt sich ebenfalls bei Wahlen gern hinter scheinbar unabhängigen Wählervereinigungen.

Andererseits üben die 2021 in einer Schwarzenberger Kneipe gegründeten „Freien Sachsen“ wiederum Druck auf die AfD aus, ergänzte Johannes Grunert. Wie sie sich überhaupt als Sammlungsbewegung und weniger als Partei verstehen. 150.000 Follower auf Telegram geben zu denken. Auch Grunert bestätigte, dass sie „die extreme Blase verlassen haben und Angebote für alle Lebens- und Freizeitbereiche unterbreiten“.

Das Mobile Beratungsteam Mitte-Süd/Chemnitz des Kulturbüros Sachsen verstärkte die Einschätzungen

noch. Über Differenzen hinweg seien sich rechte Gruppen im Ziel einig, mit Bürgerprotesten einen „Volksaufstand aller heimatliebenden Deutschen“ zu stimulieren. Rassismus erscheine immer normaler. Die beiden Fachleute lenkten zugleich den Blick auf mögliche Gegenstrategien der Zivilgesellschaft, zum Beispiel durch Zusammenarbeit mit Justiz und Ordnungsbehörden. Das sollte auch Thema in den Gesprächsgruppen werden.

Engagiert und kundig steuerte der Sekten- und Weltanschauungsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Harald Lamprecht einen Exkurs über Peter Fitzek und sein „Königreich Deutschland“ bei. Durch den Schlosskauf bei Eibenstock nun auch ein Erzgebirgsthema. Lamprecht brachte eine Broschüre „Peters phantastische Visionen“ aus der Reihe „Confessio“ des Evangelischen Bundes Sachsen mit. Darin geschilderte bizarre, ja beinahe kabarettistische Züge tragendes Gebaren des sich messianisch gerierenden Fitzek, lockte er nicht mit gefährlichen Körtern, etwa fragwürdigen Schenkungen und Finanzgeschäften in seiner „Gemeinwohlkasse“. Lamprecht nannte die drei Grundmuster Abwertung der Demokratie, Vernetzung der Demokratiefeinde und Verschwörungsmythen.

Austausch zum Alltag an kleinen Gesprächstischen

An den maximal mit acht Teilnehmenden besetzten Gruppentischen wurde dann über Analysen hinaus nach praktischen Handlungsmöglichkeiten gesucht. Regierungs- und Kommunalvertreter, Institutionen, Initiativen und Vereine diskutierten aber auch darüber, ob man über jedes Stöckchen springen müsse, mit dem Völkisch-Heimattümelnde provozierten. „Provokante Posts werden manchmal überbewertet“, hieß es beispielsweise aus Kreisen der Diakonie. Andererseits sollten Institutionen auch laut „Stopp“ sagen, wenn durch Grundwerte gegebene Grenzen überschritten werden.

Wer in solchen Fragen Beratung sucht, konnte in Stollberg neue Angebote entdecken. Neben dem Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus des

Freistaates ist inzwischen bei der Landesdirektion, also der Mittelbehörde, ein „Experten-Netzwerk Rechtsextremismus“ erreichbar. Vernetzung kann überhaupt als ein Gegengift wirken, und das „Netz ERZ“ der Diakonie fungierte in Stollberg als Gastgeber.

Als unzureichend erprobt wurde an den Tischen die naheliegende Strategie empfunden, Menschen dort abzuholen, wo sie sich nun einmal gefühlt befinden, bei Frustration und Unzufriedenheit also. „Das machen, was die Rechten machen“, lautete ein Rezeptvorschlag. Der Wert solcher Fachtage besteht aber auch darin, sich sozusagen untereinander abzuholen. „Es tut gut, ähnlich Gesinnte zu treffen“, freuten sich viele.

Hasnain Kazim: „Meinungsfreiheit bedeutet nie Widerspruchsfreiheit“

Von Miriam Schönbach

Hasnain Kazim arbeitet als Autor und Journalist für DIE ZEIT, taz, Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk. Bis 2019 schrieb er als Auslandskorrespondent für den SPIEGEL. Als Sohn indisch-pakistanischer Einwanderer erhält Kazim täglich rassistische Hassmails. Das themisierte er in seinem Buch „Post von Karlheinz – Wütende Mails von richtigen Deutschen und was ich ihnen antworte“. Am 31. März 2023 hielt der Bestseller-Autor und Journalist seine „Bautzener Rede“ unter dem Titel „Besser miteinander reden“. Eingeladen hatten die Initiative „Bautzen gemeinsam“, der Verein „Ökumenischer Domladen Bautzen“ mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Herr Kazim, Sie kommen am 31. März zu den Bautzener Reden in den Dom St. Petri. Inwieweit kennen Sie diese Ecke Deutschlands eigentlich?

Hasnain Kazim: Ich lerne sie immer besser kennen. Als die DDR aufhörte zu existieren, war ich 15 Jahre alt. Ich hatte keine Verwandtschaft und keine Bekannten in der DDR, so dass ich vor 1990 nicht in dieser Region gewesen bin. Nach der Wende war ich oft in Berlin. Bis ich es nach Sachsen geschafft habe, hat es viele Jahre gedauert. Inzwischen reise ich oft hierher und lerne dazu. Ich bin regelmäßig zu Lesungen hier, und kürzlich habe ich eine ausgedehnte Radreise durch Sachsen gemacht.

Wie würden Sie sich einem Unbekannten in fünf Sätzen vorstellen?

Hasnain Kazim: Mein Name ist Hasnain Kazim, ich bin als Sohn indisch-pakistanischer Einwanderer im niedersächsischen Oldenburg geboren und in Hollern-Twielenfleth, im Alten Land, sowie in Karatschi, Pakistan, groß geworden. Ich bin Autor und Schriftsteller und war viele Jahre lang Auslandskorrespondent für den „Spiegel“, zunächst in Islamabad, Pakistan, dann in Istanbul, Türkei, und zuletzt in Wien, Österreich. In Wien fühlten meine Familie und ich uns so wohl, dass wir beschlossen haben, hier zu bleiben. Im Grunde genommen habe ich mich aber an allen Stationen zu Hause gefühlt. Waren das jetzt fünf Sätze?

Ihre „Bautzener Reden“ haben Sie mit „Besser miteinander reden!“ überschrieben. Welche Idee steckt hinter diesem Thema?

Hasnain Kazim: Seit vielen Jahren befasse ich mich mit den Themen Streiten, Kommunizieren, mit der Frage: Wie gehen wir miteinander um? Das sind keine Themen, die ich mir selbst ausgesucht habe, sondern die zu mir gekommen sind. Wenn man einen Namen wie ich hat und eine dunklere Hautfarbe, ist man leider zwangsläufig hier und da mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert. Als Journalist habe ich viele Hassmails und Drohungen erhalten und habe irgendwann angefangen, mich zu wehren. Ich bin überzeugt, dass man das gesellschaftliche Zusammenleben sehr viel besser gestalten kann, wenn man miteinander redet. Darüber möchte ich sprechen.

Warum ist aus Ihrer Sicht uns die Kultur des Streitens und der Streitkultur verloren gegangen?

Gutes Streiten will gelernt sein. Dazu gehört erst einmal die Erkenntnis, dass – konstruktiver! – Streit per se etwas Gutes ist. Wir streiten uns aber immer schlechter, leider. Wir hören einander nicht mehr zu, sehen in jedem, der nicht unserer Meinung ist, einen „Feind“, dessen Meinung man bestenfalls „aushalten“ muss. Wir ertragen keine Kritik, sehen in ihr gleich einen Angriff. Und tatsächlich wird Kritik oft als persönlicher Angriff vorgebracht, wir wissen also auch nicht mehr, wie man richtig, konstruktiv oder zumindest sinnvoll kritisiert.

Aber?

Hasnain Kazim: Gleichzeitig haben wir unseren Humor verloren, sind sofort beleidigt, fühlen uns bei jeder Kleinigkeit angegriffen, „getriggert“, können schon gar nicht über uns selbst lachen. Warum ist all das so? Das hat viele Gründe, fängt bei der Erziehung an und reicht bis zu vielen, leider sehr einflussreichen schlechten Vorbildern. Die „sozialen“ Medien tragen ihren Teil dazu bei, wo man für jeden Unsinn Applaus erhält und sich mit jeder noch so abwegigen Meinung und noch so unsinnigem Zeug als Vertreter einer Mehrheit fühlt.

Sie blicken inzwischen aus dem Nachbarland auf ihr Geburtsland Deutschland. Wie unterscheidet sich unsere Streitkultur zu anderen Ländern?

Hasnain Kazim: Das lässt sich schwer auf Länder definieren. Sehr pauschal gesprochen, streitet man in Österreich, wo ich lebe, eher ungern. Man geht einem Streit gerne aus dem Weg. Man sagt zum Beispiel ungern „Nein“, sondern lieber „Schau'n wir mal“ – was gleichbedeutend mit „Nein“ ist, aber weniger direkt, höflicher, gesichtswahrender. Ich musste das lernen. Deutsche Direktheit wirkt hier ziemlich schroff. Ist sie ja auch. Andererseits mag ich gerne wissen, woran ich bin. Ich mag die Klarheit.

Wie ließen sich denn Probleme aus Ihrer Sicht besser ansprechen?

Hasnain Kazim: Indem man sie überhaupt erst einmal anspricht. Aber nicht emotional, laut, durch eine ideologische Brille, sondern nüchtern, sachlich, möglichst mit Worten, die nicht verletzen. Und mit der Bereitschaft, den anderen auch zuzuhören, ihren Argumenten Raum im eigenen Kopf zu geben, sie abzuwägen, um dann die bestmögliche Lösung zu finden. Also auch die eigene Position aufzugeben, wenn der andere die besseren Argumente hat. Mehr miteinander zu sprechen, lernbereit zu sein, offen für Neues, gleichzeitig sich über die eigenen Standpunkte klar zu sein, sie in Worte fassen zu können, sie aber auch selbstkritisch zu hinterfragen, all das hilft im zivilisierten Miteinander.

Wie denken Sie, können solche Formate wie die „Bautzener Reden“ das Miteinander-wieder-ins-Gespräch-kommen fördern?

Hasnain Kazim: Ich denke, solche Formate sind Impulse, über das Thema nachzudenken. Und vielleicht wieder mit Leuten ins Gespräch zu kommen, zu denen der Gesprächsfaden aus welchen Gründen

auch immer abgerissen ist. Ich bin überzeugt, dass wir gerade Themen, die als heikel gelten, jene Themen, die man am liebsten ausklammern möchte, damit es bloß keine schlechte Stimmung gibt, ansprechen und diskutieren müssen, und zwar auf eine Art und Weise, dass man trotz allem respektvoll miteinander umgeht. Das bedeutet aber auch, dass Leute, die extremistisch sind – hassvoll, mit Gewalt in der Sprache – entweder lernen, anders zu sprechen und zu denken, oder sich selbst aus dem Diskurs ausgrenzen. Andere, auch gegensätzliche Meinungen sind zu tolerieren. Was nicht bedeutet, dass man ihnen nicht widersprechen darf. Meinungsfreiheit bedeutet nie Widerspruchsfreiheit, das ist leider ein großes Missverständnis. Extremismus hingegen ist nie zu akzeptieren.

Der Dom St. Petri ist das älteste Simultaneum Deutschlands. Was steht noch auf Ihrer Besuchsliste, wenn Sie nach Bautzen kommen?

Hasnain Kazim: Ich möchte mir den historischen Stadtteil anschauen, den ich zwar schon von früheren Besuchen kenne, aber gerne immer wieder sehe. Und dann bin ich, immerhin habe ich schon ein Kochbuch geschrieben, ein Fan guter Küche. Ich würde sehr gerne regionaltypische Bautzener Küche erleben. Gibt es hier Eierschecke? Ich höre, es gibt da Grabenkämpfe, geradezu einen Clash der Kulturen zwischen Dresdner und Freiberger Eierschecke. Da wäre doch eine Bautzener Eierschecke als Versöhnung ein tolles Zeichen!



Hasnain Kazim: „Ich bin überzeugt, dass man das gesellschaftliche Zusammenleben sehr viel besser gestalten kann, wenn man miteinander redet.“

Foto: IMAGO / teutopress

Zwickau und der NSU

Wie kritisch soll Erinnerungskultur sein?

Von Doreen Reinhard

In Zwickau lebte das Kern-Trio des rechtsterroristischen NSU. Seit langem wird in der Stadtgesellschaft darum gerungen, wie man mit der Erinnerung und Aufarbeitung umgehen soll. Im Auftrag der Stadt Zwickau und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region begann im Herbst eine vierteilige Diskussionsreihe, die von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung moderiert wurde. Drei der vier Abende fanden im Rathaus, einer in der Stadtbibliothek Zwickau statt.

Knapp zwölf Jahre sind vergangen, seit in Zwickau die rechtsterroristische Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufgeflogen ist. Am 4. November 2011 wurden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in Eisenach tot in einem Wohnmobil gefunden. Beate Zschäpe hatte ihre Zwickauer Wohnung angezündet, war auf der Flucht, stellte sich kurz darauf der Polizei und wurde später zu lebenslanger Haft verurteilt. Eine der größten rechtsterroristischen Verbrechensserien der Bundesrepublik wurde bekannt: Das Trio hatte neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin ermordet. Weitere Mordversuche, mehrere Raubüberfälle und Sprengstoffanschläge gehören zu ihren Taten. Geholfen hat ihnen dabei ein großes Unterstützer-Netzwerk.

Die Taten des NSU sind unweigerlich auch mit Zwickau verbunden, hier hatte das Trio lange unerkannt gelebt, in einem beschaulichen Viertel am Stadtrand. Das Haus, in dem sie wohnten, wurde schon vor langer Zeit abgerissen, doch damit ist der NSU nicht abgehakt. Für die Stadt bedeutet das noch immer vieles: Wunden, Trauma und auch Verantwortung – eine Aufarbeitung, die im Gange, aber noch längst nicht beendet ist. Ein weiterer Schritt war nun ein vierteiliger Bürgerdialog. Initiiert wurde er vom Bündnis für Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region und vom Zwickauer Rathaus, federführend dabei Oberbürgermeisterin Constance Arndt (parteilos). Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung übernahm die Moderation und Dokumentation des Dialogs.

Erinnerungskultur „made in Zwickau“

Das Ziel: Es sollte debattiert werden, wie die Aufarbeitung des NSU und Erinnerungskultur in Zwickau aussehen könnten. Diskussionen darüber gibt es in der Stadtgesellschaft schon lange. Zwickauer Bürgerinnen und Bürger setzen sich auf verschiedene Weise mit dem NSU-Terror auseinander: Zehn am Schwanenteich gepflanzte Bäume erinnern an die Mordopfer. Bei den seit 2012 jährlich stattfindenden „November-Tagen“ werden in Zwickau die Themen Nationalsozialismus, DDR-Unrecht und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit diskutiert. Durch eine Zwickauer Initiative wurden außerdem an mehreren Orten in Deutschland, in denen der NSU

Menschen ermordete, Bäume gepflanzt – ein im wahrsten Sinne „wachsendes Gedenken“. Aktuell ist auch der Plan eines NSU-Dokumentationszentrums ein Thema – wie im Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung verankert. Ob und wie ein Dokumentationszentrum realisiert wird, ist dabei noch ungewiss. Ein Ergebnis dazu sollte der Bürgerdialog nicht präsentieren, sondern Meinungen und Argumente über die in Zwickau gelebte Erinnerungskultur sammeln, verschiedene Haltungen zum Austausch zusammenbringen. Zu den vier Terminen der Dialogreihe, die im Herbst 2022 begonnen hatte und Anfang März 2023



Gedenken an die Opfer des NSU in Zwickau. Seit langem wird in der Stadtgesellschaft um den Umgang mit der Aufarbeitung des rechtsterroristischen NSU und der Erinnerung an seine Opfer gerungen. Foto: Helge Gerischer

nun ihren Abschluss fand, waren etwa 60 Menschen aus der Stadtgesellschaft geladen: Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Parteien, aus Vereinen und Bündnissen, aus der Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft – der Versuch, einen kleinen Querschnitt der Stadtgesellschaft darzustellen. Um eine „sachliche Diskussion“ zu wahren, habe man einige Menschen mit „extremem Meinungsbild“ nicht zugelassen, erklärt die Oberbürgermeisterin auf Nachfrage eines Anwesenden.

„Eine Frage, die in den Runden immer wieder aufkam, ist: Wie kritisch soll Erinnerungskultur sein?“, fasste Friedemann Brause, Moderator und Referent der Landeszentrale, mit Blick auf das Meinungsbild bei der Veranstaltung am 1. März zusammen. „Darüber muss sich Zwickau aus unserer Sicht verständigen: Wie kriegen wir eine Erinnerungskultur „made in Zwickau“ hin?“ In der Stadt gibt es dazu sehr verschiedene Haltungen: Einige fürchten, eine verstärkte Aufarbeitung und Dokumentation würden das Image von Zwickau beschädigen – die Stadt werde dann zu sehr festgelegt werden auf die Taten

der Rechtsterroristen. Andere wollen, dass man sich in Zwickau viel kritischer mit dem NSU-Komplex auseinandersetzt, und halten zum Beispiel das NSU-Dokumentationszentrum für einen geeigneten Ansatz. So entstand an den Dialogabenden ein detailliertes Bild darüber, woran sich Konflikte in Zwickau entzünden, aber auch welche Ideen und konkrete Vorhaben weiter umgesetzt werden sollen.

Sachlich, ruhig, konstruktiv

Der Ton bei der letzten Dialogrunde ist sachlich und zumeist bemerkenswert ruhig. An fünf Tischen, jeweils mit einem knappen Dutzend Teilnehmern und einem Moderator oder einer Moderatorin, werden Vorschläge formuliert: Bildungsarbeit zum NSU ist vielen wichtig, in Schulen und im Theater sollte aufgeklärt werden. Einige wünschen sich, dass es mehr personelle Ressourcen dafür gibt, etwa eine zusätzliche Stelle in der Verwaltung, die sich um Bildungsarbeit und Prävention kümmert. Es gibt die Idee, eine Umfrage in Zwickau durchzuführen, um zu erfahren, wie die gesamte Stadtgesellschaft es mit der Erinnerungskultur an den NSU hält. Auch Ausstellungen und Geschichtswerkstätten zum Thema werden als wichtig empfunden.

Die Dialogveranstaltung zieht keinen Schlussstrich. Die Reihe war als Zwischenbilanz gedacht, als Versuch einer Verständigung. Aus Sicht der Initiatoren ist das gelungen. Einen perfekten Zeitpunkt für solche Veranstaltungen gäbe es nicht, sagt Matthias Bley vom Zwickauer Bündnis für Demokratie und Toleranz. In denen letzten Jahren sei darüber schon viel in der Stadt geredet worden. „Nun ist es auch mal Zeit, schwierigere Diskussionen zu führen und

verschiedene Lager zusammenzubringen.“ Es freue ihn, wie gut das funktioniert habe. „Überrascht haben mich die vielen Menschen, die drangeblieben sind. Und überrascht hat mich auch der sachliche Diskurs“, sagt Bley. „Es hätte aus meiner Sicht sogar noch ein bisschen kontroverser sein können.“

Dass verschiedene Seiten endlich mal an einem Tisch sitzen, war auch Oberbürgermeisterin Constance Arndt wichtig. „Wenn wir ehrlich sind, war das vorher nicht der Fall“, sagt sie. „Da hat man sich stark mit seiner Haltung in seinem Milieu bewegt, aber es ist eben wichtig, sich alle Seiten anzuhören.“ Ihr Wunsch sei es gewesen, „dass wir uns als Stadt emanzipieren und in eine Debatte begeben“. Nun gab es diesen Austausch, viele Meinungen wurden gehört, Ideen und Wünsche sind aufgeschrieben. Was daraus wird? In Zwickau ist eine weitere Ausstellung zum NSU geplant. Und es wird noch viele Diskussionen zum Plan des NSU-Dokumentationszentrums geben. Um die Aufarbeitung wird weiter gerungen. Klar geäußert wurde von vielen Beteiligten die Bereitschaft, die Gesprächsreihe fortzusetzen.



Zwickau demonstriert für Demokratie und Toleranz am 25.11.2011 auf dem Georgenplatz. Foto: IMAGO / Eibner



Eine 36-seitige Broschüre dokumentiert den Zwickauer Dialogprozess.



An fünf Terminen diskutierten etwa 60 Zwickauerinnen und Zwickauer über die Erinnerungskultur in der eigenen Stadt. Foto: Stadt Zwickau

Ablauf des Dialogprozesses

Ziel: Ideen entwickeln für die Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und eine Gedenkkultur für die Opfer rechtsextremer Gewalt.

12. Oktober 2022: Der persönliche Blick – Wie gehen die Menschen in Zwickau mit dem NSU-Komplex um?

Folgende Fragen wurden diskutiert: Warum ist es Ihnen wichtig, sich mit dem NSU-Komplex auseinanderzusetzen? Was können Zwickauerinnen und Zwickauer gewinnen, wenn sie sich mit dem NSU-Komplex auseinandersetzen? Welche Befürchtung haben Sie, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex geht?

15. November 2022: Der Blick anderer – Wie können unterschiedliche Perspektiven zusammengebracht werden?

Einen Input lieferte Prof. Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die NSU-Opfer. An den Tischen wurden folgende Fragen diskutiert: Wessen Perspektiven auf den NSU-Komplex sind mir wichtig? Wie können die verschiedenen Perspektiven und Akteure zusammengebracht werden?

7. Februar 2023: Formen und Anlässe – Wie sollten Erinnerung und Aufarbeitung konkret aussehen?

An den Tischen wurde folgende Frage diskutiert: Wie sollte das Erinnern und Aufarbeiten in Zwickau konkret aussehen? Was braucht es, damit diese Formate gelingen? Dana Schlegelmilch vom RAA Sachsen e. V. stellte den Entwurf einer Konzeption für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zur Diskussion.

1. März 2023: Abschluss und Würdigung – Wie geht es weiter in der Zwickauer Erinnerungskultur?

Die Teilnehmenden sammelten an den Tischen konkrete Ideen zur Frage: Wer sollte jetzt welche Schritte in der Erinnerungskultur gehen? Die Ergebnisse der Dialogabende wurden diskutiert mit Oberbürgermeisterin Constance Arndt und Matthias Bley vom Demokratiebündnis der Zwickauer Region

Methode: 45 bis 60 Teilnehmende aufgeteilt in Gruppen an fünf Tischen. Die Diskussionen wurden in den Kleingruppen an den Tischen sowie im großen Plenum geführt. An zwei Abenden wurden externe Fachleute für einen Kurzinput eingeladen. Die Diskussionsbeiträge wurden vom Moderationspersonal oder den Teilnehmenden selbst notiert.

15. November 2023: Wie weiter in der Zwickauer Erinnerungskultur?

Ein halbes Jahr später hieß es Nachhaken: Was hat sich weiterentwickelt? Die Teilnehmenden diskutierten nach Kurzinputs von Fachleuten folgende Fragen in Tischrunden:

- Aktuelle Entwicklungen zum NSU-Dokumentationszentrum
- Informations- und Gedenkformate in Zwickau
- Arbeit des zeitweilig beratenden Ausschusses der Stadt Zwickau zur Erinnerungskultur
- Ausstellung zum NSU-Komplex im Stadtarchiv

Etwa 45 Menschen beteiligten sich an der Debatte.

„Fahnenwörter wie Freiheit“

SLpB-Partnerkonferenz 2023

Von Peter Stawowy

„Krise der westlichen Wertegemeinschaft? Herausforderung für Demokratie und politische Bildung“ – das war Thema der diesjährigen Partnerkonferenz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB). Die Tagung fand am 27. September 2023 in der Messe Leipzig statt. Über 100 unterschiedliche Akteure politischer Bildung in Sachsen kamen zusammen, um sich auszutauschen und miteinander zu vernetzen: Themenräume, selbst organisierte Workshops und der Markt der Möglichkeiten boten dazu Gelegenheiten.

Was genau sind eigentlich die „westlichen Werte“? Gehört Weihnachten dazu, das christliche Abendland? Und schwingt nicht auch eine gewisse Arroganz mit, wenn die „westlichen Werte“ als universell betrachtet und zur Abgrenzung gegenüber autoritären Systemen wie in China oder auch Russland genutzt werden?

Seit der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 hat die Diskussion über unser Wertesystem als gemeinsame gesellschaftliche Grundlage auf dramatische Weise an Aktualität gewonnen: In Europa ist Krieg. Sich angesichts dessen als „westliche Wertegemeinschaft“ zu verständigen und zu handeln, liegt nahe. Doch die Vertiefung der Debatte wirft auch die Frage auf: Wer gehört eigentlich dazu, wenn man diese „westliche Wertegemeinschaft“ eingrenzen will?

Für ihre jährlich stattfindende Partnerkonferenz am 27. September 2023 in Leipzig hatte die Landes-

zentrale dieses vielschichtige Thema bewusst ausgewählt. Im Fokus des Veranstalters war die dahinterliegende Frage, wie Demokratie und politische Bildung mit der allgemein konstatierten „Krise der westlichen Wertegemeinschaft“ umgehen können.

In seinen Eingangsworten umriss Roland Löffler, Direktor der SLpB, das Konzept der westlichen Werte und beschrieb auch die Herausforderungen und Krisen: So wirke aktuell der soziale Frieden in Deutschland wackelig, weil der Sozialstaat oft überfordert scheine. International sei das Konzept „Wandel durch Handel“ offenkundig gescheitert. Und in der politischen Bildung stehe eine Vielzahl an Demokratie-Projekten der Verrohung der Debatte und einer immer gereizteren Gesellschaft gegenüber. Viele Bürgerinnen und Bürger kehrten den politischen Parteien den Rücken. Was also tun?

Sind die westlichen Werte universell?

Im anschließenden, international besetzten Podium ging es darum, erst einmal Begriffe zu klären und das Thema anhand verschiedener Beispiele zu konkretisieren.

Die Schriftstellerin Marlen Hobruck warf die Frage nach der Universalität auf: „Es gibt gar keine Dichotomie zu den westlichen Werten“, kritisierte sie. „Fahnenwörter wie Freiheit“ würden oberflächliche Verbundenheit schaffen, weil ja niemand Unfreiheit anstreben würde. Sie vermisste in den Aufzählungen immer auch den Hinweis, dass offenkundig

auch die Marktwirtschaft ein tragendes Element unseres Wertehorizontes sei.

Christoph von Marschall, Diplomatischer Vertreter der Chefredaktion des Tagesspiegels, antwortete darauf, für ihn seien die westlichen Werte durchaus universell: „Länder wie China versuchen ja nachzuweisen, dass ihre Gesellschaften diese Werte auch erreichen.“ Er würde allerdings lieber von einem „globalen Westen“ als von westlichen Werten sprechen, schließlich gäbe es in anderen Regionen der Welt auch funktionierende Demokratien.



Podium mit Marlen Hobruck (Autorin und Journalistin, 2. von links nach rechts), Christoph von Marschall (Diplomatischer Vertreter der Chefredaktion des Tagesspiegels), Dr. Anna-Maija Mertens (Geschäftsführerin Transparency International Deutschland), Apolena Rychliková (Journalistin, Prag) und Jakob Guhl (Institute for Strategic Dialogue), Moderation: Bastian Wierzioch (links). Alle Fotos: Ben Jenak

Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte

Die Journalistin Apolena Rychliková berichtete von Erfahrungen in ihrer Heimat Tschechien und dem Blick der post-kommunistischen Länder auf die westlichen Werte: Sie identifizierte den Westen eher mit Kapitalismus und freier Marktwirtschaft und weniger mit Freiheit, sagte sie. Damit erklärte sie auch die Enttäuschung vieler Menschen in Ost-

europa, die unter dem „Raubtierkapitalismus gelitten haben oder noch leiden“. Hinzu käme: Viele Osteuropäer und Osteuropäerinnen hätten als Arbeits-Migranten in westeuropäischen Ländern die Erfahrung der Ausbeutung gemacht. Dies zeige, so Rychliková, dass die hochgelobten „Werte des Westens“ manchmal auch nur Worthülsen seien.

Transparenz und Regulierung

Transparency-International-Geschäftsführerin Dr. Anna-Maija Mertens forderte mehr Kontroversen über konkrete Inhalte der Werte – etwa zu der Frage: „Was meinen wir mit Gerechtigkeit?“ Es gäbe schließlich jede Menge Zielkonflikte darüber, was genau unter Gerechtigkeit, besonders in den Bereichen Wirtschaft und Soziales zu verstehen sei. Dies müsse die Gesellschaft offen aushandeln. Ganz klar außerhalb der westlichen Werte sieht Mertens die Korruption, da helfe nur „größtmögliche Transparenz.“

Der Online-Experte Jakob Guhl berichtete schließlich von seiner Arbeit am Institute for Strategic

Dialogue (ISD), einem Londoner Think-Tank. Das ISD hat sich innovativen Lösungen gegen Extremismus und Polarisierung zum Schutz der Demokratie im digitalen Zeitalter verschrieben. Die westliche Welt habe viel zu lang gebraucht zu erkennen, so Guhl, „dass die sozialen Netzwerke wie jede andere Industrie einer Regulierung und gewisse Standards benötigen“. Die verschiedenen Akteure wie China oder Russland, aber auch viele Extremisten wüssten es für sich zu nutzen, „wie man die entscheidenden Bias und die systematischen Schieflagen auf diesen Plattformen“ nutzen könne, um die Demokratien durch gestreute Unsicherheit und Zweifel zu destabilisieren.



Roland Löffler, Direktor der SLb, umriss in seinen Eingangsworten das Konzept der westlichen Werte und die damit verbundenen aktuellen Herausforderungen

Debatte um Meinungsfreiheit zu eng?

Es schloss sich eine rege Diskussion auf dem Podium an, die hier nur in Schlaglichtern wiedergegeben werden kann. Diskutiert wurde etwa über die von Marlen Hobruck aufgeworfene These, dass der Schutz der Meinungsfreiheit in den sozialen Netzwerken missverstanden werde und eher den Demokratiefeinden und Extremisten den Weg bereite. Guhl und

von Marschall hielten dagegen: „Ich habe häufig das Gefühl, wir führen die Diskussion um die Meinungsfreiheit zu eng“, sagte Guhl. Viele Menschen würden in Umfragen auch immer wieder die sogenannte Cancel Culture kritisieren und damit indirekt fordern, mehr sagen zu dürfen.

Christoph von Marschall unterstützte das. Er verwies darauf, dass bestimmte Verständigungen, die in Deutschland Konsens seien, in anderen Ländern der Welt nicht unbedingt geteilt würden. Er brachte als ein Beispiel die Sicht auf die EU: Während in Deutschland die europäische Gemeinschaft als alternatives Konzept zum Nationalismus betrachtet würde, werde das in anderen Mitgliedsstaaten nicht im Ansatz so gesehen.

Debattiert wurde auch über die Frage, ob die Masken-Affäre diverser deutscher Bundestagsabgeord-

neter der Demokratie geschadet habe. Anna-Maija Mertens hielt fest, es sei erstaunlich, dass solche Fälle des Amtsmisbrauchs in Deutschland überhaupt möglich wären. Zwar habe man die Regeln nun verschärft, „aber es kann doch nicht sein, dass immer erst etwas passieren und in der Folge strengere Regeln erlassen werden müssen“, kritisierte sie. Tagesspiegel- und Buchautor von Marschall hielt dagegen: „Die betroffenen Fraktionen haben die Mitglieder ausgeschlossen, es gab eine mediale Ächtung des Verhaltens – hat das nicht gezeigt, dass unser Wertesystem funktioniert?“

„Lassen wir die offenen Debatten zu“

Von Marschall brachte eine spannende Perspektive in die Diskussion: „Die Geschichte der westlichen Werte ist im Grunde die Geschichte, wie der Westen gegen seine eigenen Werte verstoßen hat“, sagte er. Der Unterschied zu anderen Systemen liege aber darin, dass die westlichen Gesellschaften zur Korrektur fähig seien und die Werte immer wieder diskutieren würden. „Lassen wir die offenen Debatten zu“, sagte er – und verwies darauf, dass sich Werte im Laufe der Zeit immer auch verändert hätten.

Die Krise der westlichen Wertegemeinschaft sei zuallererst eine Vertrauenskrise, befand dagegen

Apolena Rychliková: Es fehle an Vertrauen in den Staat und die Zivilgesellschaft. Dabei müsse sich die eigentliche Kritik doch am Kapitalismus abarbeiten. Marlen Hobruck stimmte ihr in Teilen zu: Viele Ostdeutsche hätten großen Frust, weil sie doch dem Wertesystem entsprechend in ihrem Leben einiges geleistet hätten, jetzt aber Sorge um die Zukunft und das Erreichte hätten. „Wenn nichts mehr funktioniert, funktioniert der Nationalismus“, betonte Rychliková zum Ende der Auftaktdiskussion. Und schloss mit dem Statement: „Wir müssen uns fragen, mit was wir den Nationalismus als Bindeglied ersetzen können.“

Intensive Diskussionen – trotz Ermüdung

Der überaus spannenden Auftaktdiskussion folgte ein besonderer Programmpunkt: Statt direkt nach dem Podium einzelne Fragen des Publikums zuzulassen, bestand nach einer Café-Pause die Möglichkeit, den einzelnen Podiumsgästen in Themenräume zu folgen. Dort wurden die jeweiligen Fragestellungen und Fachthemen mit den einzelnen Gästen vertieft und intensiv in kleinerer Runde diskutiert.

Was dabei auffiel: Die politischen Bildner und Bildnerinnen sind offenkundig verunsichert. Angesichts der zunehmenden Radikalisierung in Sachsen wirkten viele Fragen vorsichtig und aus der Defensive heraus. Umso spannender war es, den jeweiligen Referierenden bei den Berichten über ihre Arbeit und ihr Wirken zuzuhören. Diskutiert wurde etwa über neue Wege in der Demokratie-Förderung, mögliche Entwicklungen in den sozialen Netzwerken

oder auch den Erfolgen von Transparency International.

Im gemeinsamen Themenraum von Apolena Rychliková und Christoph von Marschall beispielsweise ging es um Irritationen, die gar nicht so sehr die politische Bildung betreffen, sondern die gesellschaftliche Debattenkultur insgesamt. „Identität ist immer sehr vielschichtig“, betonten beide. Von Marschall kritisierte vor allem Instrumentalisierungs-Strategien im Wahlkampf: „In sehr vielen Wahlkampf-Broschüren ist das Opfer-Narrativ extrem groß. Die Parteien wollen und sollen aber doch die Menschen ermächtigen. Das Opfer-Narrativ sollte man immer sofort hinterfragen!“, empörte er sich.

Über 100 Teilnehmende

„Partnerkonferenz“ – das steht dafür, die unterschiedlichen Akteure der politischen Bildung miteinander zu vernetzen. Das geschah beim gemeinsamen Mittagessen und dem Markt der Möglichkeiten, auf dem die verschiedenen Institutionen der politischen Bildung ihre Aktivitäten an Ständen präsentierte. Die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Erwachsenen- und schulischer Bildung, von Stiftungen, Vereinen, Behörden und Trägerinstitutionen aus ganz Sachsen nutzten die Gelegenheit intensiv, ins Gespräch zu kommen. In der Workshop-Phase am Nachmittag wurde der Austausch vertieft.

Den Impuls für den Nachmittag gab der emeritierte Professor für politische Didaktik, Prof. Dr. Wolfgang Sander. Er hatte vier Thesen mitgebracht, die er kurz erläuterte: Etwa, dass sich die politische Bildung neuen Themen und anderen Perspektiven öffnen müsse. Explizit sprach Sander eine Vertiefung der außen- und sicherheitspolitischen Themen an und schlug damit eine Brücke zur Partnerkonferenz des letzten Jahres. Europa müsse endlich die eigene Identität klären – auch in Hinblick auf weiteres Wachstum. Außerdem solle sich die politische Bildung gegen Instrumentalisierung wehren sowie intensiver und kritisch mit der Digitalisierung auseinandersetzen, forderte Sander.



Partizipativ: Vielfältige Workshops

Dem thematischen Impuls folgte ein weiterer partizipativer Teil im Programm: Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, im Vorfeld der Konferenz vorbereitete oder spontan entwickelte Workshop-Runden anzubieten. „Wie aggressiv dürfen wir Social-Media nutzen, um Wählende aufzuklären?“, war zum Beispiel eines der Diskussionsangebote. Andere Workshops thematisierten die Grenzen wie auch neue Wege in der politischen Bildung, etwa im ländlichen Raum oder durch ein Angebot mit Holzschnitzkunst.

„Chancen und Hürden – (Wie) funktionieren Beteiligungsformate in der politischen Bildung?“ war ein weiterer Workshop, der aus der freien Trägerschaft heraus angeboten wurde. Aber auch die Grenzen der Wertediskussion wie der politischen Bildung selbst, wenn es um Kritik am politischen System und den Verhältnissen geht, wurden diskutiert.



Harte Debatten statt Politikverdrossenheit

Die Workshops hatten den Auftrag, Denkanstöße und Thesen für die große Abschlussrunde zu erarbeiten, was intensiv genutzt wurde. Sie sollen hier nicht im Detail wiedergegeben werden, vielmehr soll eine Beobachtung und Feststellung diesen Text schließen: Trotz aller Diskussion über Krisen und wachsenden gesellschaftlichen Unmut über die Demokratie war an dem Tag auch unermüdliches Engagement der Szene wie auch ein gewisser Optimismus zu erkennen.

Jakob Guhl hatte es in seinem Eingangssstatement auf dem Podium ganz am Anfang des Tages im Grunde schon auf den Punkt gebracht: „Ich erinnere mich gut daran: Vor einigen Jahren gab es große Debatten, was gegen Politikverdrossenheit zu tun

sei. Davon habe ich lange nichts gehört“, führte er aus. „Dafür haben wir heute heftige und harte Debatten.“

Was auch etwas Gutes mit sich bringt: Denn die Möglichkeit, Probleme zu erkennen, zu diskutieren und daraus Ableitungen zu bilden, ist schließlich eine der großen Errungenschaften, die sich unsere Gesellschaft erarbeitet hat. Das funktioniert, so lange es zivilisiert zugeht, Offenheit für die Gegenseite besteht und trotz aller Widersprüche Gemeinsamkeiten gesucht werden. Eröffnen wir alle also weiterhin Räume dafür – so wie die Partnerkonferenz der SLPB.

In Themenräumen wurden die Fragestellungen der einzelnen Podiumsgäste intensiv in kleinerer Runde diskutiert.

Über eine Tagungs-App konnten die Teilnehmenden im Vorfeld der Konferenz oder auch spontan Workshops anbieten.



Prof. Dr. Wolfgang Sander forderte für die politische Bildung eine Erweiterung von Themen und Perspektiven, so auch bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Über 100 Akteure und Akteurinnen der politischen Bildung in Sachsen kamen zur Partnerkonferenz zusammen. Alle Fotos: Ben Jenak

Arndt Ginzel:

„Als Journalist treibt es mich an, selbst Zeuge zu sein von Dingen, die relevant sind“

Von Doreen Reinhard

Der mehrfach ausgezeichnete Journalist Arndt Ginzel berichtet aus der Ukraine. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung zeigte in Kooperation mit dem Mediennetzwerk Lausitz, dem Steinhaus Bautzen und der Kulturfabrik Hoyerswerda seine ZDF-Dokumentation „Die Straße des Todes. Kriegsverbrechen in der Ukraine“. Beim Gespräch geht es auch darum: Wie kommt die Wahrheit ans Licht, auch im Krieg? Doreen Reinhard hat mit ihm gesprochen.

Herr Ginzel, Sie waren als Journalist in der Ukraine, als der russische Angriff begonnen hat. In Ihrem ZDF-Beitrag „Die Straße des Todes“ haben Sie zu Kriegsverbrechen auf einer Schnellstraße in der Nähe von Kiew recherchiert. Was ist dort passiert?

Arndt Ginzel: Als die russische Armee die Ukraine im Februar 2022 überfallen hat, als die ersten Raketen einschlugen, sind viele Menschen aus Kiew in die Vororte geflüchtet. In den ersten Kriegstagen haben sie versucht, sich dort in Sicherheit zu bringen, in Datschen, bei Angehörigen. Aber die russische Armee ist schnell vorgestoßen und hat auch diese Vororte besetzt. Dort wurde es immer gefährlicher. Viele Menschen haben versucht, diese Orte wieder zu verlassen. Der einzige Ausweg, den sie gesehen haben, war eine Schnellstraße, die Kiew mit dem Westen des Landes verbindet. Dort waren Zivilisten unterwegs, um zu fliehen. Aber sie sind reihenweise unter Beschuss von der russischen Armee geraten. Mein Team und ich waren gerade in der Ukraine, eigentlich für eine andere Recherche. Dann ging der Krieg los. In den ersten Kriegstagen haben wir Drohnenmaterial bekommen. Auf den Aufnahmen ist zu sehen, wie Menschen auf dieser Schnellstraße erschossen wurden. Das war der Ausgangspunkt für diese Recherche. All das ist Anfang März passiert, noch bevor die Massaker in Butscha bekannt wurden.

Wie haben Sie die Aufnahmen, die Sie bekommen haben, überprüft und verifiziert?

Arndt Ginzel: Das Material haben wir von Freiwilligen bekommen, die sich der ukrainischen Armee angeschlossen hatten. Sie haben die Frontlinie überwacht und gefilmt. Es war klar, dass wir denjenigen treffen müssen, der die Aufnahmen gemacht hat. Das ist auch passiert. Wir konnten das Originalmaterial sichten und die Meta-Daten auswerten, also prüfen, dass das Material echt ist. Außerdem mussten wir viele andere Details prüfen: die konkreten Orte, den Zeitpunkt, die Wetterdaten. Wir haben natürlich auch Opfer getroffen. Menschen, die das miterlebt und Angehörige verloren haben. Nachdem plausibel war, dass es stimmt, was wir in den Aufnahmen sehen, haben wir uns entschlossen zu berichten – über den Verdacht, dass es auf dieser Straße zu Kriegsverbrechen gekommen ist. Das passiert natürlich alles in enger Absprache mit der Redaktion. Es lief zunächst ein kurzer Bericht im ZDF dazu, dann weitere, schließlich ist „Die Straße des Todes“ als Zusammenfassung dieser Recherche entstanden. Soweit ich weiß, war das damals, im Frühjahr 2022, der erste verifizierbare Fall zu Kriegsverbrechen von russischen Soldaten in der Ukraine.

Wie konnten Sie belegen, dass Soldaten aus russischen Einheiten die Täter waren?

Arndt Ginzel: Zu dem Zeitpunkt, als wir das Drohnenvideo bekommen haben, waren diese Schnellstraße und die Kiewer Vororte noch unter russischer Kontrolle. Wenig später ist die russische Armee dort abgezogen. Das Gelände war noch nicht von der ukrainischen Staatsanwaltschaft untersucht worden. Wir konnten die Gelegenheit nutzen, uns



Arndt Ginzel: „Vor Ort stehe ich sehr unter Druck... Man hat nicht viel Zeit, über das Grauen nachzudenken. Das passiert erst, wenn man zurück ist.“

vor Ort umzuschauen. Wir haben dort ein recht frisches Bild vorgefunden. All das, was wir zuvor auf den Drohnenaufnahmen gesehen haben, konnten wir mit der Realität abgleichen. Auf der Straße standen noch viele zerstörte zivile Fahrzeuge, teils verbrannt, in einigen waren noch Leichen. Angehörige waren da, die sich um die sterblichen Überreste gekümmert haben. In den Wäldern an der Straße haben wir Unterstände von der russischen Armee gefunden, die gerade erst verlassen worden waren. Es lag unglaublich viel herum: Munition, Essensreste, Flaschen, Uniformen von russischen Soldaten, Formulare, wo der Empfang von Munition registriert war. Auf solchen Dokumenten waren auch die russischen Einheiten vermerkt, Namen und Unterschriften von Soldaten. Es gab also ein dichtes Bild an Spuren, die zur russischen Armee führten. Wir konnten sie bis zu einzelnen Mitgliedern russischer Einheiten verfolgen.

Wie gefährlich ist die Recherche in der Ukraine?

Arndt Ginzel: Man ist in der Ukraine in einem Kriegsgebiet. Da ist es erstmal völlig egal, ob man in der Westukraine ist, im Osten oder im Süden. Wir sind im Team unterwegs. Bei vielen Recherchen, auch in der Ukraine, arbeite ich mit meinem Kameramann Gerald Gerber zusammen. Wir werden unterstützt

von lokalen Journalisten und Übersetzern. Je näher wir an der Front sind, desto gefährlicher wird es logischerweise. Wir tragen Schutzhelme und -westen. Man muss jeden Tag mit Raketeinschlägen rechnen, also auch sehr genau abwägen, um das Risiko zu minimieren: Wo drehen wir? Gibt es Schutz, falls Angriffe kommen?

Sie sind konfrontiert mit viel Grauen. Wie viel darf man in einem TV-Beitrag zeigen? Wo sind Grenzen?

Es gibt zum einen Kriterien wie den Jugendschutz, mit Regeln für explizite Darstellungen. Ein anderes Kriterium ist die Würde der Opfer, die man vor Augen haben muss. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir in Beiträgen tote oder schwer verwundete Menschen offen gezeigt haben. Man muss nicht jedes Detail zeigen.

Als Journalist können Sie vor Ort nicht wegsehen. Wie gehen Sie damit um, so viel Tod und Zerstörung zu erleben?

Arndt Ginzel: Wenn ich vor Ort arbeite, bin ich sehr konzentriert. Ich stehe sehr unter Druck. Ich weiß, dass wir oft nicht viel Zeit haben, um Material zu drehen. Man muss auf vieles achten. Zum

Beispiel darauf, ob ein Gebiet sicher ist, ob irgendwo Minen liegen könnten. Man hat nicht viel Zeit, über das Grauen nachzudenken. Das passiert erst, wenn man zurück ist. Man merkt, wenn man nach einer Recherche nach Hause kommt, wie anders das Leben in einem Kriegsgebiet ist. Man realisiert erst zuhause so richtig, dass plötzlich nicht mehr ständig Schüsse zu hören sind.

Stumpft man auf gewisse Weise ab, wenn man im Krieg berichtet?

Arndt Ginzel: Ich bin nicht abgestumpft. Mich beeindruckt vieles nach wie vor. Auch, wenn ich Interviews mit Überlebenden führe, geht mir vieles sehr nah. Viele der Menschen sind traumatisiert von dem, was sie erlebt haben. Die Menschen in der Ukraine sind durch den Krieg schlagartig aus ihrer Normalität gerissen worden. Aus Lebensweisen, die uns sehr vertraut sind. Sie waren vielleicht gerade noch im Urlaub, haben gefeiert, plötzlich bricht etwas völlig Monströses in ihr Leben. Als der Krieg losging, hatte ich das Gefühl, viele Menschen mussten überhaupt erst mal realisieren, was Krieg eigentlich bedeutet. Krieg ist nicht irgendeine Demonstration, wo vielleicht mal Steine fliegen. Krieg bedeutet, dass man sterben kann. In der ersten Phase des Kriegs in der Ukraine sind auch viele Journalisten gestorben. Gerade war man noch mit einem Kollegen verabredet, dann hört man, dass derjenige tot ist. Das muss man erst mal verarbeiten.

Sie arbeiten schon lange als Journalist, auch in Kriegsgebieten. Haben die Erlebnisse in der Ukraine Ihre Perspektive verändert?

Arndt Ginzel: Ich war auch vorher schon oft in der Ukraine, auch in Russland. Vieles ist mir vertrauter als in anderen Gebieten. Der Krieg in der Ukraine ist sehr nah, das ist ein Unterschied für mich. Man sitzt zehn, zwölf Stunden im Auto, dann ist man im Krieg, an Frontlinien, wo jeden Tag Menschen sterben.

Welche Rolle haben Journalisten im Krieg, auch angesichts von Fake News und Propaganda?

Arndt Ginzel: In erster Linie ist es unsere Aufgabe zu berichten: Was findet dort statt? In welchen Zusammenhängen? Welche Quellen gibt es? Berichterstattung muss von Fakten geleitet sein. Das Beste ist, wenn man selbst Zeuge ist als Journalist. Das bedeutet, dass wir auch vor Ort sein müssen, um verifizieren zu können. Das ist im Krieg natürlich nicht so einfach. Man kann nicht beliebig hin und her spazieren, kann nicht überall sein. Das heißt, wir müssen auch offenlegen, wenn wir etwas nicht mit Sicherheit sagen oder Quellen nicht überprüfen können.

Was motiviert Sie, diese Arbeit zu machen?

Arndt Ginzel: Als Journalist treibt es mich an, selbst Zeuge zu sein von Dingen, die relevant sind. Der Überfall Russlands auf die Ukraine, ist ein extrem einschneidendes Ereignis. Das hat so viel verändert. Es wäre für mich unbefriedigend, so etwas aus der Ferne beobachten zu müssen. Journalist zu sein, ist Teil meines Lebens. Ansonsten arbeite ich in der Ukraine auch nicht viel anders als bei Recherchen in Deutschland. Es geht um dasselbe Handwerk, um denselben journalistischen Fokus. Es geht immer darum, Belege und Zeugen zu finden. Zu klären, was passiert ist. Auch um beispielsweise ein mutmaßliches Kriegsverbrechen so zu belegen, dass man von einem Kriegsverbrechen sprechen kann. Die Vereinten Nationen haben auch selbst dazu ermittelt. Im Abschlussbericht der UN wurde die „Straße des Todes“ als klares Kriegsverbrechen deklariert. Als Journalisten konnten wir etwas Relevantes beitragen. Das ist schon mit das Beste, was man erreichen kann.



Auf der Suche nach der Wahrheit

Welchen Auftrag bekommt man als Journalist?
Wie recherchiert man und welche Quellen sind verlässlich?
Wie kommt die Wahrheit ans Licht?

Die ZDF-Dokumentation „Die Straße des Todes“ begleitet Arndt Ginzel auf der Suche nach der Wahrheit und zeigt, wie der Investigativ-Journalist bei seiner Recherche im Kriegsgebiet vorgeht. Wie bei einer Zwiebel wird Schicht für Schicht freigelegt, Opfer identifiziert, Zeugen befragt und Täter aufzufindig gemacht. Ohne den Mut zum investigativen Journalismus würden viele Missstände, Skandale und Affären in Politik und Wirtschaft nicht aufgedeckt werden.

Bei Veranstaltungen in Weißwasser, Hoyerswerda und Bautzen schilderte Arndt Ginzel seine Erlebnisse und Erkenntnisse, gab Einblick in seine Arbeitsweise und zeigte, wie wichtig eine umfassende und genaue Recherche von Fakten im Spannungsfeld von politischer und militärischer Propaganda, Populismus und Social Media ist.

Der Journalist und Dozent Daniel Lehmann ordnete die Erkenntnisse aus wissenschaftlicher Sicht ein. Lehmann unterrichtet Medienkompetenz, -ethik und -geschichte an der CODE University und der HMKW Berlin sowie Social Media an der Humboldt-Universität. Schwerpunktmaßig beschäftigt er sich mit Fact-Checking-Methoden, Datenschutz und Datensicherheit. Die Veranstaltungen waren eine Kooperation zwischen dem Mediennetzwerk Lausitz, Gemeinsam in Bautzen und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Desinformation als Herausforderung für die Demokratien der Gegenwart

Von Annette Rehfeld-Staudt

Was ist Desinformation, wieso bedroht sie unsere Demokratie und was kann man dagegen tun? Mit diesen Fragen beschäftigten sich Expertinnen und Experten beim Fachtag Desinformation am 14. November 2023 in der SLPB.

Desinformation stellt eine grundlegende Bedrohung für unsere Demokratie dar. Parallel zu den Auseinandersetzungen mit analogen Waffen findet beispielsweise im Ukrainekrieg ein Informationskrieg statt, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung im In- und Ausland zugunsten von Russland zu manipulieren. Informationsmanipulationen fanden ebenso statt, um Wahlen und Abstimmungen zu beeinflussen, beispielsweise das Brexit-Votum oder das Ergebnis der amerikanischen Kongresswahlen. Und schließlich finden gezielte Desinformationskampagnen auch inmitten unseres eigenen demokratischen Systems statt, um dieses zu

diskreditieren und grundlegende Werte in Frage zu stellen.

Je unübersichtlicher und komplexer die Probleme werden, mit denen sich die Gesellschaft auseinandersetzen muss, umso stärker sind wir auf verlässliche Informationen angewiesen. Zugleich bekommen diejenigen, die vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Fragen zu haben scheinen, immer mehr Zulauf. Alles dies sind gute Gründe, um sich einmal im Rahmen eines Fachtages über das Wesen und die Wirkung von Desinformation auszutauschen.

Von der Zeitungsente zur Computational Propaganda

Unter dieser Überschrift beschäftigte sich Professorin Ulrike Klinger von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder in ihrer einleitenden Keynote mit der Frage, was Desinformation eigentlich ist und worin die Bedrohung für die Demokratie besteht. Bei Desinformation handelt es sich im Unterschied zu einfachen Falschinformationen, die irrtümlich verbreitet werden, um aktuelle Informationen, die in bewusster Absicht verbreitet werden, meist um die Adressaten zu täuschen. Der zentrale

Unterschied zwischen Falschinformation und Desinformation besteht also nicht in der Frage ob die Information wahr oder unwahr ist, sondern in der Intention, mit der die Information verbreitet wurde.

Das Phänomen der Verbreitung falscher Informationen gibt es schon sehr lange, allerdings tragen eine Reihe von Faktoren dazu bei, dass die Auswirkungen heutzutage gravierender sind als früher: Das veränderte Mediennutzungsverhalten vieler,

vor allem junger Menschen, ist einer dieser Faktoren, ebenso wie die Wirkmechanismen von Social Media Plattformen. Auch der „Faktor Mensch“ spielt eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Desinformation, neigen Menschen doch stets dazu, die Informationen, die ihrer eigenen Weltansicht entsprechen, bevorzugt zu teilen – zum großen Teil ohne sie vorher gelesen zu haben. Außerdem sind die meisten Menschen der Ansicht, dass sie selbst „immun“ gegen falsche Informationen seien, alle anderen aber Probleme damit hätten. All dies trägt dazu bei,

dass sich Desinformation rasch und oftmals ungehindert ausbreiten kann und zudem eine oftmals nur kleine Gruppe von Menschen eine große „Desinformationswelle“ erzeugen kann. Desinformation weckt Zweifel, verbreitet Angst und schürt Wut. Dies kann bereits bestehende Spaltungstendenzen in einer Gesellschaft verstärken und zu Misstrauen gegenüber institutionellen Akteuren wie Staat und Regierung führen. Ressentiments gegenüber Minderheiten werden verstärkt und Vorurteile bestätigt.

Desinformation als Geschäftsmodell

Anhand eines konkreten Beispiels wurde dann aufgezeigt, wie Desinformation als Geschäftsmodell funktioniert, indem von einer organisierte Lügenindustrie Wahlergebnisse beeinflusst werden. Dazu stellte der SPIEGEL-Journalist Marcel Rosenbach seine investigative Recherche vor, die im Rahmen des internationalen Projekts #StoryKillers entstanden ist. Das Rechercheteam ist dabei einer israelischen Firma auf die Spur gekommen, die von sich behauptet hat, in der Lage zu sein, Wahlen auf der ganzen Welt zu beeinflussen. Die Reporter gaben sich als potenzielle Kunden aus, die sich von „Team Jorge“ die Leistungsfähigkeit von deren Tools demonstrieren ließen.

DSA und Co. – ein Ausweg aus der Desinformationskrise?

Es handelt sich bei Desinformation um ein globales Phänomen, das Demokratien auf der ganzen Welt bedroht. Aufgrund der Tatsache, dass wir in einer digital vernetzten Welt leben, ist es offensichtlich, dass sich auch der Kampf gegen Desinformation nicht nur auf nationaler Ebene abspielen kann.

Die Staaten der EU haben dies bereits vor längerer Zeit erkannt und begonnen, das Problem auch auf EU-Ebene zu regeln. Im Input der Juristin Tahireh Panahi ging es daher um die Frage „DSA und Co. – Ausweg aus der Desinformationskrise?“. Mit dem



Echt oder gefälscht? Beim KI-Bild von Papst Franziskus hilft der Kontext, die päpstliche Kleiderordnung sieht diesen Look nicht vor. Aber viele künstlich generierte Bilder können uns falsche Realitäten vortäuschen und demokratische Prozesse schwer belasten.

DSA (Digital Services Act) versuchte die EU, den Flickenteppich mitgliedstaatlicher Regulierungen abzuschaffen. Die Regelung ist mit vielen Vorschusslösern gestartet, sollte sie doch ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld schaffen und Desinformation entgegenwirken. Problematisch ist allerdings, dass es auch im DSA keine rechtlich verbindliche Definition von Desinformation gibt. Der DSA sieht vor allempressive und reaktive Maßnahmen gegen Desinformation vor. Darüber hinaus sind auch konstruktive Ansätze vorhanden, da im DSA versucht wird, europäische Werte auf die Technikgestaltung anzunehmen.

wenden, indem entsprechende rechtliche Anforderungen formuliert werden. Hier wäre, so die Referentin, eine Weiterentwicklung des DSA in Richtung auf mehr vorbeugende Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation („Prebunking“) wünschenswert.

Mehr Information über die Inhalte des DSA außerhalb der Bezahlschranken ist notwendig, um Nutzer*innen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären, eine korrekte und fundierte Grundlage für einen kritischen Diskurs über Vorschriften des Digital Services Acts zu schaffen.

Informationsmanipulation als komplexe Herausforderung

Der letzte Impuls von Lea Frühwirth von CeMAS verfolgt einen sehr ganzheitlichen Ansatz zum Umgang mit Desinformation. Ausgangspunkt ihrer Darstellung war die Feststellung, dass Desinformation oft aus einer bestimmten Perspektive betrachtet wird, was jedoch der Komplexität des Themas nicht gerecht wird. Insgesamt identifiziert sie fünf Perspektiven auf Desinformation: Aus der Informationsperspektive wird Desinformation als ein Problem der mangelhaften Information über Sachverhalte betrachtet. Dementsprechend kann die Vermittlung von Medienbildung für Abhilfe sorgen. Die zweite Perspektive ist die der Sicherheit. Hier steht die Gefährdung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität im Mittelpunkt. Wird Desinformation als Sicherheitsproblem verstanden, so könnenpressive Maßnahmen wie Strafverfolgung und Sanktionen für Abhilfe sorgen. Die dritte Perspektive betrachtet Desinformation als Technologieproblem, ausgelöst durch algorithmensteuerte

Plattformen und befeuert durch den Einsatz von KI. Aus dieser Sicht liegt die Lösung in der Regulierung von Plattformen. Seltener wird Desinformation als sozialwissenschaftliches Thema verstanden. Nach diesem Verständnis helfen fundierte Kenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen bei der Bekämpfung von Desinformation. Die fünfte Perspektive versteht Desinformation als eine langfristige Belastung für die Demokratie. Diese kann nur dadurch bekämpft werden, dass die Demokratie resilient gemacht wird durch die Förderung von Vertrauen in die demokratischen Institutionen und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und der Entscheidungsfindung.

Abschließend kommt die Referentin zu dem Schluss, dass es das eine „Allheilmittel“ im Umgang mit diesem Phänomen nicht geben kann. Um Desinformation einzämmen zu können, muss sie in ihrer Komplexität gesehen und bekämpft werden.

Was kann politische Medienbildung gegen Desinformation leisten?

In der abschließenden Podiumsdiskussion blickten die Referierenden gemeinsam mit den Tagungsteilnehmenden auf die eigene Rolle als Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen politische Bildung, Medienbildung, Wissenschaft, Journalismus und auch Schule und fragten sich, wie die eigene Rolle

im Kampf gegen Desinformation aussehen könnte.

Während der Tagung hatte im Foyer die „Gerüchteküche“ der JoDDiD bereitgestanden, eine Art „interaktives Möbel“ der politischen Bildung, an der sich die Teilnehmenden ein Getränk mixen konnten. Zur

Auswahl standen die im letzten Vortrag dargestellten fünf möglichen „Medikamente“ gegen Desinformation, hier repräsentiert durch fünf farbige Flüssigkeiten. Blickte man auf den „Wasserstand“ der Getränke, so zeigte sich, dass aus Sicht der Teilnehmenden die Stärkung der resilienten Demokratie sowie die Förderung von Medienkompetenz die vielversprechendsten Mittel gegen Desinformation darstellen. Dieser Befund bildete den Ausgangspunkt der Abschlussrunde.

Diskutiert wurde unter anderem die Frage, ob die Schulen, die ihnen zugedachte Aufgabe der Vermittlung von Medienkompetenz auch tatsächlich erfüllen können und was getan werden müsste, um sie dazu zu befähigen. Hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang das Vorbild der skandinavischen Staaten in Sachen „Prebunking“ von Desinformation bereits bei Kindern. Auch stellten die Diskutierenden fest, dass nicht nur junge sondern vor allem auch die älteren Menschen in den Fokus der Maßnahmen der Medienbildung gerückt werden müssten. Bei dieser Zielgruppe stellt die Auswahl der geeigneten Vermittlungsmethode eine besondere Herausforderung dar. Viel zur Verbesserung der Medienkompetenz kann auch der Journalismus leisten, wobei besonders die Initiative „Journalismus macht Schule“ hervorzuheben ist. Auch die oft als „Desinformations-Schleuder“ verschrieenen KI-Tools können nicht nur negativ wirken, sondern sind auch in der Lage, bei der automatisierten Filterung von Desinformation einen nützlichen Beitrag zu leisten.

Die Diskutierenden waren sich einig, dass man das Phänomen Desinformation auch in Zukunft im Blick behalten müsse, da es in der Lage sei, großen Schaden an unserem Gemeinwesen und unserer freiheitlichen Demokratie anzurichten. Es wurde die Feststellung aus dem letzten Input geteilt, dass Desinformation kein reines Krisenphänomen sei, sondern einen chronischen Stressfaktor für die liberale Demokratie darstellt.



Desinformation wirkt. Nach einer angeblichen Vergewaltigung demonstrieren aufgebrachte Deutsch-Russen vor dem Berliner Kanzleramt.
Foto: IMAGO / Olaf Wagner

Der Fall Lisa. Desinformation als gezielter Stress für die Demokratie

Bereits 2016 zeigte der Fall Lisa, wie weitreichend das Phänomen der Desinformation wirken kann. Nachdem die damals 13-jährige Lisa aus Berlin über Nacht nicht nach Hause kam, behauptete sie, von drei „südländisch aussehenden“ Unbekannten verschleppt und vergewaltigt worden zu sein. Bei weiteren Vernehmungen schilderte Lisa vier verschiedene Versionen zu ihrem Verschwinden. Anhand der Mobilfunkdaten ermittelte die Polizei, dass sie bei einem Freund war.

Im Kontext der damaligen Migrationsdebatte griffen russische Medien den Fall der russischstämmigen Lisa auf. Sie verbreiteten die Erzählung, der angeblichen Vergewaltigung durch Geflüchtete und behaupteten, dass deutsche Ermittlungsbehörden die Tat nicht verfolgten. Diesen warf der russische Außenminister Lawrow Verduschung vor. In der Folge kam es zu einer Radikalisierung von Teilen der deutsch-russischen Community. U.a. demonstrierten am 23. Januar 2016 rund 700 Deutsch-Russen vor dem Berliner Kanzleramt. Pegida, Compact und andere Rechtspopulisten griffen die Proteste auf.

Trotz der polizeilichen Ermittlungsergebnisse und einer entsprechenden öffentlichen Klarstellung durch Lisas Familie hielten die russischen Medien am Vergewaltigungsvorwurf fest. Die Richtigstellung der Fakten identifizierte der russische Staatsender RT als „antirussische Propaganda“, was weitere Proteste in vielen deutschen Städten provozierte.

„Kinder und Jugendliche haben den Durchblick!“

Der Wettbewerb um den Goldenen Erklärbären

Von Silke Nora Kehl

Politik ist langweilig? Auf keinen Fall! Seit 2018 ruft die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren dazu auf, beim Film-Wettbewerb um den Goldenen Erklärbären mitzumachen: Sie sind eingeladen, Kurzvideos zu aktuellen politischen Themen zu gestalten. Sabine Kirst, Referentin der SLpB für Medienbildung und Medienkompetenz, begleitet den Wettbewerb seit fünf Jahren und ist Mitglied der Jury November 2023 in der SLpB.

Warum ist der Erklärbär-Wettbewerb wichtig? Was ermöglicht er den Kindern und Jugendlichen, die mitmachen? Und warum bietet die Landeszentrale dieses Format an?

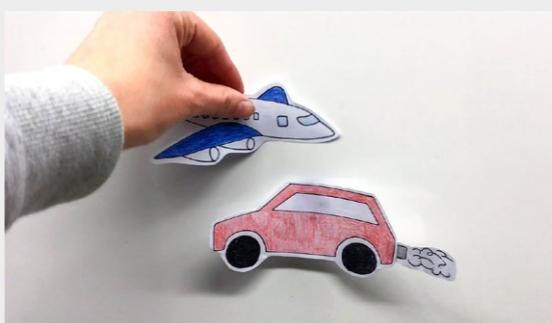
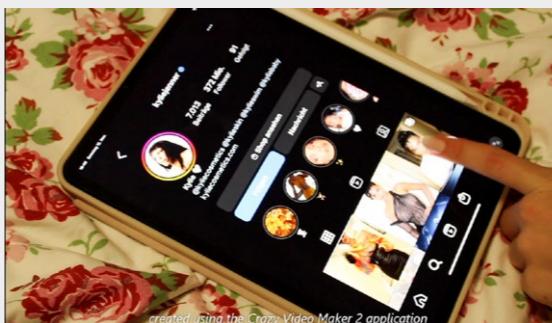
Sabine Kirst: Für die Kinder und Jugendlichen ist der Wettbewerb wichtig, weil sie selbst was machen und sich ausprobieren können. Weil sie beweisen können, dass sie den Durchblick haben und politische Dinge gut verstehen. Dabei ist für uns Erwachsene lehrreich zu sehen, wie reflektiert und mit gut recherchierten Fakten sie an politische Themen herangehen – oder auch wie unerschrocken. Wir dürfen jungen Menschen also mehr zutrauen. Einige Erklärvideos nehmen Sachverhalte in den Blick, etwa: Wie wird die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler gewählt? Andere Videos setzen sich eher mit Politik im Kleinen auseinander. Oder die Jugendlichen greifen aktuelle Themen auf – dieses Jahr gab es zum Beispiel einen beeindruckend eloquenten Beitrag zu den Protesten der Frauen im Iran. „Schaut hin! Menschenrechte gehen uns alle an“, war der klare Appell der jungen Filmemacherinnen.

Die thematische Vielfalt ist jedes Mal groß. Als Sächsische Landeszentrale für politische Bildung wollen wir gemäß unseres Auftrages die Medien-

kompetenz junger Menschen fördern. Der Wettbewerb um den Goldenen Erklärbären ist ein wichtiges und auch ein schönes Format politischer Medienbildung. Denn: Man lernt am meisten, wenn man mit Engagement bei der Sache ist, Dinge ausprobiert und selbst Lösungen findet.

Maximal drei Minuten lang dürfen die Erklärfilme sein: Wieviel Inhaltliches kann man in dieser Zeit überbringen?

Sabine Kirst: Alles! In drei Minuten kann man so viel reinpacken. Die Frage ist, wie man es macht. Die Fülle an selbst recherchierten und erarbeiteten Informationen auf ein kurzes Format zu komprimieren, ist eine sehr große Herausforderung. Das haben uns die Teams der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geschildert – und zwar in dem Arbeitspapier, das sie gemeinsam mit dem Film bei uns einreichen müssen. Wir attestieren allen Teams, die am Wettbewerb teilgenommen haben, dass sie absolut kreativ sind und ihre Ressourcen sowohl einschätzen als auch nutzen können, um ein gutes Ergebnis vorzulegen. Das ist großartig! Und das ist es ja letztlich, was Medienbildung bedeutet. Die Kinder und Jugendlichen füchsen sich inhaltlich in Themen rein und reflektieren dabei auch ihren Arbeitsprozess und ihre Methoden. Dazu gehört im



Screenshots von den Wettbewerbsbeiträgen.

besten Fall zum Beispiel, sich für eine Filmschneide-App zu entscheiden, die Datenschutz-konform ist.

36 Filme wurden in diesem Jahrgang eingereicht, sechs davon haben eine Auszeichnung bekommen: Der Goldene, Silberne und Bronzene Erklärbär werden jeweils in zwei Altersklassen vergeben. Was sind die Kriterien für die Auswahl?

Sabine Kirst: Ein gutes Erklärvideo ist sachlich, klar strukturiert und leicht verständlich, kurzweilig – und wenn es zum Thema passt, gern auch witzig oder unterhaltsam. Und es sollte ein Thema möglichst kontrovers abbilden, so dass verschiedene Perspektiven zum Vorschein kommen.

Gibt es weitere Filme oder konkrete Szenen und Ideen, die dich sofort gepackt haben? Was hat dich daran besonders überzeugt?

Sabine Kirst: Es waren sehr viele tolle Videos dabei, ich kann hier nur manche davon nennen. Mich hat zum Beispiel der Film zu Verschwörungstheorien beeindruckt: Noch nie habe ich erlebt, dass 14-jährige Jugendliche dieses komplexe Thema so gut erklären können. Das war sachlich, prägnant und einprägsam, das hat mir sehr gefallen. Den Film haben wir mit einer lobenden Erwähnung bedacht. Dann gab es einen englischsprachigen Beitrag zur Black-Lives-Matter Bewegung, der aus einem Referat im Englisch-Unterricht hervorgegangen ist. Fachlich war der Beitrag sehr, sehr gut. Mein persönlicher Favorit in diesem Jahr war der Gewinner des Silbernen Bären in der Altersklasse B, Fast Fashion. Ein total schön umgesetzter Animationsfilm über die Produktion von Mode. Und es ist ein Crossmedia-Projekt: Am Ende des Videos wird ein QR-Code zum Abscannen eingeblendet, hinter dem eine vom Filmteam eigens erstellte Website steckt. Auf der Homepage gibt es Tipps und Tricks, wie man selbst einen bewussteren Modekonsum praktizieren kann, zum Beispiel indem man Seconhand kauft oder nähen lernt und kleine Löcher in Pullis stopft und so weiter. Der Film war sehr klar und präzise, die Musikauswahl war toll. Und das Team realisiert auf sehr kreative, coole Weise ein zusätzliches Format für die Informationen, die sich im Drei-Minuten-Video nicht mehr unterbringen ließen.

Welche Trends konntet ihr in den letzten fünf Jahren beobachten?

Sabine Kirst: Im Vergleich zu 2018 haben die szenischen Darstellungen zugenommen. Mittlerweile werden auch Videosequenzen in Apps eingespielt

und dort verändert, etwa indem Gesichter verfremdet oder Töne neu eingespielt werden. In den ersten Jahren des Wettbewerbs gab es mehr Stop-Motion-Beiträge, dabei wurden Szenen teilweise akribisch mit Legofiguren nachgestellt: ein unglaublich aufwendiges Verfahren, für eine Sekunde Film braucht es 24 Fotos. Und inhaltlich: Seit einigen Jahren ist Klimawandel ein großes Thema. Das tangiert die Jugendlichen echt. Ihre Sorge um die Zukunft, die Dringlichkeit, die Umwelt und Klimathemen für sie haben, ist sehr spürbar. In diesem Jahr wurden zwei Beiträge dazu eingereicht, einer mit dem Blick auf Energieversorgung. Armut ist auch immer ein Thema.

Wie schon erwähnt gibt es die ganz klassischen Erklärfilme: Wie funktionieren Wahlen? Oder: Was ist Inflation? Aktuelle Bezüge spielen natürlich auch eine große Rolle, wie 2020/2021 die Corona-Pandemie. Da haben Schülerinnen und Schüler ein superwitziges Erklärvideo dazu gedreht, wie man Masken korrekt trägt. Eigentlich profan, aber ganz klar eine Botschaft an die Erwachsenen. Denn die Jugendlichen haben sich über diejenigen geärgert, die das Maskentragen nicht ernst genommen und sie gern mal unter der Nase getragen haben. Und in diesem Jahr, in dem die Beiträge bis Anfang Dezember 2022 eingereicht werden mussten, gab es auch zwei Beiträge zur Fußball-WM in Katar. Die konnten wir aber aus formalen Gründen nicht berücksichtigen.

Welche formalen Regeln gibt es neben der maximalen Länge von drei Minuten? Mir ist beim Anschauen der sechs prämierten Filme aufgefallen, dass kein einiges Gesicht zu sehen ist: Das Mädchen in „Pretty Privilege“, dem Siegerfilm der Altersklasse A, trägt die Maske, die dem Gesicht einer schönen Influencerin nachempfunden ist. Andere ziehen sich die Kapuzen ihrer Hoodies vors Gesicht. Im Beitrag „Einheitliche Ladekabel in der EU“, dem Zweitplatzierten, setzt sich der Darsteller eine Pferdemaske auf...

Sabine Kirst: Es dürfen ausdrücklich keine Gesichter zu erkennen sein. Der Schutz von Persönlichkeits- und Urheberrechten gehört zu den klaren Regeln des Wettbewerbs. Zu beachten sind unbedingt auch die Rechte Dritter an Clips, Tönen, Musik und Videosequenzen. Auch die Angabe der Quellen, die verwendet wurden, ist Pflicht: entweder im Video selbst oder in der Dokumentation. Nicht immer wurden diese Regeln eingehalten, daher konnten wir zum Teil sehr gute und absolut preisverdächtige Filme nicht berücksichtigen. Das ist schade. Als

Faustregel kann hier helfen: Statt Inhalte aus dem Netz zu übernehmen, so viel wie möglich selber machen! Ich persönlich bin Fan der Legé-Technik, weil sie ein so inklusives und kreatives Format ist. Hier kann mit Zeichnungen, Schrift, Figuren oder Knete gearbeitet werden, da ist für jede und jeden was dabei. Außerdem gilt seit Mai 2022 die Regel, dass wir nur noch Gruppenbeiträge prämieren. Gemeinsam ein Video zu machen, fördert sowohl die Ausdrucksfähigkeit als auch die Teamfähigkeit. In einer Gruppenarbeit geht es neben der filmischen Umsetzung immer auch darum, für die eigene Position einzustehen, aber auch Konsens zu erzielen – und das gehört zur politischen Bildung dazu.

Wie finden sich die Teams zusammen? Und was wären deine Tipps für Kinder und Jugendliche, die tolle Ideen haben aber nicht das richtige Equipment?

Sabine Kirst: Wir haben den glücklichen Umstand, dass die teilnehmenden Gruppen sich bislang vor allem über schulische Zusammenhänge finden, meist sind sie in einer Klasse. So dass durch die Lehrkräfte viel angeleitet werden kann, zum Beispiel was solide Quellenarbeit betrifft. Gerade in Fächern wie Geschichte, Geographie, Englisch oder auch Deutsch bietet sich an, Videos als Format mit in den Unterricht einzubeziehen. Es sind schon Lehrerinnen und Lehrer auf uns zugekommen, die das Erklärvideo durch den Wettbewerb für sich entdeckt haben – als neue Herangehensweise, um Unterrichtsinhalte zu vermitteln: Warum nicht Referate oder Hausaufgaben auch mal in Form eines Videos präsentieren? Und wenn Jugendliche kein technisches Equipment zuhause haben – etwa ihr Smartphone und ein Schnittprogramm, das gratis heruntergeladen werden kann, stellen teilweise die Schulen Technik zur Verfügung. Falls das an der Schule nicht möglich ist, können Kinder und Jugendliche sich an lokale Medienwerkstätten oder medienpädagogische Zentren wenden. Dort gibt es nicht nur technische Ausstattung zum Drehen und Schneiden, sondern auch Hilfe bei der Konzeption und Umsetzung von Videos. Alle zwischen 12 und 21, die in Sachsen wohnen und Lust haben, beim Erklärv-Wettbewerb mitzumachen, sollen dies tun – und auch tun können! Wir laden Kinder und Jugendliche ausdrücklich ein: Sucht euch eine Gruppe, gern auch außerhalb der Schule. Findet euch zusammen in eurem Sportverein, in ehrenamtlichen Gruppen wie bei der freiwilligen Feuerwehr oder dem THW, in Jugendclubs, Jugendparlamenten oder Kirchengruppen.



Sabine Kirst, Referentin der SLPB für Medienbildung und Medienkompetenz: „Seit einigen Jahren ist Klimawandel ein großes Thema. Die Sorge junger Menschen um die Zukunft, die Dringlichkeit, die Umwelt und Klimathemen für sie haben, ist sehr spürbar.“



Lebendiger Austausch auf drei Sprachen – hier bei einer der Café-Pausen tagsüber.

Europa lebt von Austausch und persönlicher Begegnung

Von Doreen Reinhard

Sachsen, Tschechien und Polen – das Dreiländereck ist ein Stück Europa im Kleinen. Auf Initiative der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) fand am 28./29. Juni 2023 erstmals eine Vernetzungstagung der Europa-Akteure aus den drei Regionen statt: „Europapolitische Bildung im trinationalen Vergleich“, in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) und der Europäischen Akademie Otzenhausen. Knapp 100 Europa-Akteure nahmen daran teil und tauschten sich in Diskussionen und Workshops aus.

Stärkere Vernetzung im Dreiländereck geplant

Europa als Gemeinschaft scheint mitunter fern, obwohl Deutschland, Polen und Tschechien mitten drin liegen. Wie stark ist der europäische Gedanke hier verwurzelt? Sollte man ihn stärken? Und wie kann das gelingen? Die trinationale Vernetzung europapolitischer Akteurinnen und Akteure sei schon lange ein Wunsch von ihm gewesen, sagte Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale (SLpB), bei der Eröffnung der Tagung am Mittwoch. „Eines unserer Ziele als Landeszentrale war, dass wir unserer Position im Dreiländereck besser nutzen.“ Europa gehöre in Schulbüchern zu einem Standardthema, dennoch gäbe es in der Bevölkerung oft ein Gefühl der

Distanz zu Europa und zur EU, so Löffler. „Das heißt für uns als Politik-Didaktiker auch, dass wir überlegen müssen: Wie nähern wir uns dem Umgang mit Europa nochmal anders an?“

Konzipiert wurde die trinationale Tagung von Ivo Vacík, Europa-Referent der SLpB. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen hat für den Freistaat Sachsen Verfassungs rang“, so Vacík. „Es freut mich sehr, dass wir bei dieser ersten Vernetzungstagung unsere Zusammenarbeit vertiefen können. Auch im Hinblick auf die anstehende Europawahl 2024.“

Was sind die größten Herausforderungen?

Die Kernfragen der Tagung lauteten unter anderem: Welche Europa-Themen sind relevant? Wie kann man sie in Schulen und in der Gesellschaft besser vermitteln? Was sind die größten Herausforderungen für die europapolitische Bildung: wachsender Populismus, Euroskeptizismus, Desinformation, autoritäre Tendenzen und Rechtsextremismus? Dazu fanden an beiden Tagen Diskussionsrunden,

Workshops und Vorträge statt. Unter den knapp 100 Teilnehmenden waren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Lehrkräfte sowie Expertinnen und Experten von Initiativen und Vereinen, die Europa als Thema behandeln oder Interesse daran haben.

Stärkere Vernetzung im Dreiländereck geplant

Über die Wahrnehmung von Europa und die Beteiligungskultur Ostmitteleuropas sprach am ersten Tag Astrid Lorenz, Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. Der Fokus ihres Vortrags lag auf ländlichen, peripheren Regionen in osteuropäischen Ländern. Dort hat sie geforscht und dafür mit jungen Menschen, etwa an Berufsschulen, diskutiert. Bei ihren Untersuchungen habe sie sich auf die Jugend konzentriert, „weil sie die Zukunft sind, und wir wissen wollen, was sie denken“, erklärte Lorenz. In ihrem Vortrag brachte sie exemplarische Zitate von Schülern und Schülerinnen ein: „Ich wusste nicht einmal, dass eine Europa-Wahl war“, habe zum Beispiel ein Schüler in Tschechien geäußert. Sie brauche keine Pässe an europäischen Grenzen, so eine Schülerin in Ungarn: mehr falle ihr zu Europa nicht ein, das spielt keine Rolle in ihrem Leben.

Astrid Lorenz hat bei diesen Begegnungen die Distanz junger Menschen zu Europa wahrgenommen. Insgesamt sehe man in vielen osteuropäischen, post-sozialistischen Ländern ein anderes Verhältnis zur Gesellschaft und dem politischen System als in Westeuropa. „In Ostmitteleuropa ist die Beteiligungskultur anders ausgeprägt“, sagte die Wissenschaftlerin. Das Interesse an „formaler Beteiligung“ sei beispielsweise geringer, etwa bei Parteimitgliedschaften oder Wahlen, auch die Teilnahme bei Europa-Wahlen falle tendenziell niedriger aus als in anderen europäischen Ländern.

Wie denkt die Jugend über Europa?

Mit Blick auf die Jugend sei das Bild jedoch differenziert. Es gäbe zwar einen gewissen Abstand zu europäischen Themen, jedoch keine grundsätzliche Ablehnung. „Europawahlen werden als nachrangig wahrgenommen“, sagte Astrid Lorenz. „Aber wir haben keine ausgeprägte EU-Skepsis festgestellt.“ Ihre Empfehlungen: Europäische Themen stärker in Schulen und der Lehrerausbildung verankern, Austauschprogramme stärken und die Vernetzung zwischen Schulen und Akteuren, die sich mit europapolitischer Bildung beschäftigen, fördern.

Aus dem Publikum meldete sich eine Lehrerin aus Tschechien, sie bedankte sich für den Vortrag, das Thema treibe sie auch bei ihrer Arbeit um. Sie plädierte dafür, Untersuchungen wie die von Astrid Lorenz auszuweiten, um mehr über Einstellungen in der Bevölkerung, speziell der Jugend zu erfahren.

„Das brennt mir wirklich unter den Nägeln“, sagte die Lehrerin. „Wie können die jungen Leute motiviert werden, sich an der EU-Wahl zu beteiligen?“

Um die historische Entwicklung von politischer Bildung in den drei Ländern, die aktuelle Lage und Zukunftsperspektiven drehte sich die anschließende Debattenrunde. Was veränderte sich, als es vor über 30 Jahren zu einem Umbruch der Systeme kam? Der Mauerfall, die politische Wende, sei für ihn persönlich „der Moment einer riesigen Befreiung“ gewesen, sagte Stefan Schönenfelder, Referatsleiter Demokratieentwicklung und politische Bildung im Ministerium für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung. „Es wird einem bewusst, wie extrem durchideologisiert in der DDR alles war, bis hinein ins eigene Sprechen“.

Geteilte Erfahrung: Euphorie der 1990er Jahre

Er habe erlebt, dass es zu einer starken Distanzierung von staatlicher Indoctrinierung gekommen sei, damit schließlich „aber auch zu einer Überhöhung der Möglichkeiten der freiheitlichen Demokratie, die später auch zu einer Enttäuschung führte“. An die Aufbruchsstimmung von damals erinnerte auch Michael Douša, Mitarbeiter der Assoziation für internationale Fragen, einer NGO für Forschung und Bildung in Tschechien. „Es gab eine riesige Begeisterung für alles, was aus dem Westen kam: auch für die EU, für die NATO. Es gab eine Welle mit neuer Bildung, neuen Information.“ Die politische Bildung sei auch in Tschechien neu entwickelt worden, mit Fokus auf Werte wie Freiheit und Humanismus: „Das war recht revolutionär.“

Inzwischen ist die Lage teilweise schwieriger. Polen etwa hat sich zu einem Land mit rechtsautoritären Tendenzen entwickelt. „Es findet politische Bildung statt, es gibt auch finanzielle Mittel dafür“, sagte Kacper Dziekan, Projektleiter im European Solidarity Centre in Gdańsk. Doch es würden methodischen Leitbildern fehlen und die Vernetzungen zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sei schwach ausgeprägt. Ähnliches schilderte Michael Douša aus Tschechien. Er höre oft, Politik gehöre nicht in die Schule. Es sei nicht einfach, mit politischen Bildungsangeboten, etwa zu Europa-Themen, mit Schülern ins Gespräch zu kommen. Er erlebe immer wieder, dass solche Angebote in Schulen nicht erwünscht seien: „Das System ist nicht offen für Diskussionen“, sagte Douša.

Der persönliche Austausch zählt

Ein Zuhörer aus dem Publikum äußerte, dass er die Debatte hilfreich fand, sich aber auch einen stärkeren Fokus auf die Praxis wünsche. „Man muss schauen, wie man die Jugend anders gewinnt als durch formale Bildung. Ich glaube nicht, dass man sie durch Grafiken, Schautafeln und Vorträge erreicht, sondern dadurch, dass Europa für sie erlebbar wird.“

Das könnte zum Beispiel durch mehr Austausch im Dreiländereck gelingen, sagte er. Die Experten auf dem Podium stimmten dem grundsätzlich zu, auch sie waren sich einig: Es sollte nicht nur um theoretische Wissensvermittlung zu Europa gehen, wichtig seien auch Begegnungen, der persönliche Austausch zwischen Menschen aus den drei Ländern.



Prof. Astrid Lorenz (Uni Leipzig) forschte zur Bedeutung des Themas Europa für Jugendliche im ländlichen Raum und interviewte dazu junge Menschen aus Osteuropa.



Schon lange war geplant, Akteure und Akteurinnen der politischen Bildung in der Landeszentrale persönlich zusammenzubringen. Während der Corona-Pandemie fand bereits ein Online-Austausch statt. Die Konferenz am 28./29. Juni 2023 war die erste Vernetzungstagung von Europa-Akteuren und Akteurinnen aus Sachsen, Polen und Tschechien.



Die Beteiligung an Diskussionen, Workshops und Gesprächen am Rande der Tagung war lebhaft - und fanden in drei Sprachen statt. Alle Konferenzinhalte wurden simultan verdeckt.

Europäische Zukunft gemeinsam gestalten

Um Strategien für die Zukunft ging es auch in den Workshops am Donnerstag: auf der Tagung wurden neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen sechs Workshops angeboten – alle Konferenz-Formate waren dreisprachig und wurden simultan verdeckt. In einem der Workshops wurde diskutiert, wie außerschulischer Austausch besser gelingen kann: Dabei wurden Best-Practice-Beispiele aus Sachsen, Tschechien und Polen vorgestellt. In einer weiteren Runde wurde über „EU-Mythen“ und einen glaubwürdigen Umgang mit Kritik an Europa debattiert. Im Raum nebenan ging es darum, wie man

Bürger und Bürgerinnen, die bisher nicht erreicht werden konnten, besser für eine aktive Teilhabe gewinnen könnte. Europa-Referent Ivo Vacík zog nach der Tagung Bilanz: „Es war ein Vergnügen, all die angeregten Diskussionen in drei verschiedenen Sprachen zu hören – das ist gelebtes Europa! Auch neben dem Tagungsprogramm mit spannenden Debatten, Vorträgen und Workshops fand ein reger Austausch statt. Daraus können zukünftig weitere gemeinsame Projekte entstehen, die vielen neuen Kontakte, die sich hier ergeben haben, sind sehr wertvoll.“

Tschechisch-deutsche Radtour:

Wie erinnern wir uns an den 8. Mai?

Von Silke Nora Kehl

Organisiert von der Hillerschen Villa in Zittau, der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) und zahlreichen weiteren Partnern fand am 7. Mai 2023 die Tour zum Thema „Geteilte Erinnerung: Das Ende des zweiten Weltkrieges im Dreiländereck“ statt.

Erste Stationen waren das ehemalige deutsche Konzentrationslager in Chrastava und der Standort der Fabrik bei Bílý Kostel, in der zahlreiche osteuropäische Frauen Zwangsarbeit leisten mussten und durch den nationalsozialistischen Terror ums Leben kamen. Viele von ihnen starben durch Hunger, Erschöpfung, Krankheit und Ausbeutung. Ivan Rous berichtete, dass es allein in den Bezirken Liberec und Jablonec während der NS-Zeit 350 Konzentrations-, Zwangsarbeits- und Internierungslager gab. In der stark durch Textilindustrie geprägten Region wurden viele Fabriken und Betriebe für die deutsche Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie vereinnahmt.

Am Dreiländerpunkt sprachen Michaela Pavlátová vom Verein „Post Bellum“ und Felix Pankonin von

der Hillerschen Villa über die Bedeutung des 8. Mai 1945 aus tschechischer und aus deutscher Perspektive. Michaela Pavlátová berichtete, dass 1951 zunächst der 9. Mai in der damaligen Tschechoslowakei als Feiertag eingeführt wurde, da an diesem Tag in der Sowjetunion der Sieg der Roten Armee über das nationalsozialistische Deutschland gefeiert wurde. „1991 wurde der Feiertag dann auf den 8. Mai gelegt, so wie in anderen westeuropäischen Staaten.“ Seit der Samtenen Revolution 1989 werde der 8. Mai vor allem in Pilsen und Westböhmen begangen – und dies bis heute, so Michaela Pavlátová: „In Pilsen gibt es ein viertägiges Freiheitsfest – und das ist jedes Jahr wirklich ein großes Volksfest.“

Feiern in Pilsen mit Jazz, Swing und der US-amerikanischen Flagge

„Pilsen wurde 1945 durch die US-Streitkräfte befreit. Daher feiert man mit Swing- und Jazzkonzerten, die Menschen tanzen auf den Märkten der Stadt, die Häuser werden schon Tage vorher mit US-Amerikanischen Flaggen geschmückt. Es ist auch so, dass die amerikanischen und britischen Soldaten, die Westböhmen befreit haben – oder mittlerweile deren Kinder mit ihren Familien – am 8. Mai die Stadt besuchen.“ Im offiziellen Narrativ

der Tschechoslowakei sei das Land ausschließlich durch die Rote Armee befreit worden – ab 1948 wurde ignoriert, dass es die US-Armee war, die Westböhmen befreit hatte.

Heute werde der 8. Mai als Staatsfeiertag in der ganzen Tschechischen Republik begangen, mit offiziellen politischen Ansprachen, Militärparaden und Versammlungen. In ihrer Heimatstadt Liberec



Viele Familien mit Kindern machten bei der Radtour mit – und schlossen sich der Tour in Chrastava oder auf dem Weg zum Dreiländereck an. Hier ist ein Teil der Gruppe in Zittau zu sehen.

gebe es an diesem Tag jedoch keine großen Feiern auf den Straßen. Und in Prag spiele der 17. November, an dem 1989 Tausende von Studentinnen und

Studenten mit ihren Protesten gegen die kommunistische Diktatur die Samtene Revolution auslösten, für die Öffentlichkeit eine viel größere Rolle.

Erinnern an den 17. November in Prag

Auch dieses Datum ist mit den deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verknüpft: Am 17.11.1939 hatten die nationalsozialistischen Besatzer die tschechischen Hochschulen geschlossen. Von den Studenten, die gegen das NS-Regime protestiert hatten, wurden damals neun erschossen und über 1200 junge Menschen in deutsche Konzentrationslager deportiert. „Am 17. November gibt es jedes Jahr auf der Národní třída, also der Nationalstraße in Prag, einen von jungen Menschen veranstalteten großen Umzug zum Gedenken an diesen Tag, es ist sehr lebendig. Der 8. Mai wird nicht auf diese Art und Weise nicht gefeiert. Wenn man den 8. Mai feiert, dann in Pilsen“, so Pavlátová.

Felix Pankonin zeichnete nach, wie unterschiedlich dieser Tag nach 1945 in Ost- und Westdeutschland definiert und aufgeladen wurde. In der DDR wurde der Tag entsprechend des offiziellen antifaschistischen Gründungsmythos als Tag der Befreiung begangen, ohne dass es eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben hätte. In der Bundesrepublik habe der 8. Mai lange als Tag der Niederlage gegolten – bis Politiker wie Willy Brandt und Richard von Weizsäcker einen neuen Umgang mit dem Kriegsende gefordert hätten. Der Paradigmenwechsel in der Bundesrepublik war ein langer gesellschaftlicher und politischer Prozess.

„In Deutschland sollte der 8. Mai mit Demut begangen werden“

Er selbst, so schloss Pankonin, sei sich nicht so sicher, ob der 8. Mai im heutigen Deutschland offizieller Gedenk- oder Feiertag werden sollte. „Mir persönlich wäre wichtig, dass der 8. Mai, wenn er denn hier begangen wird, mit Demut begangen wird. Es

ist vor allem ein Tag, an dem wir daran erinnern sollten, wie hart dem letztlich bedingungslos kapitulierenden Deutschland dieser Sieg abgerungen werden musste – und wieviel Leid Deutschland den anderen Ländern in Europa zugefügt hat.“



Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers nahe des Bahnhofs Chrastava. Hier stehen einige der wenigen noch erhaltenen Baracken aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Sie werden heute von einer Autowerkstatt genutzt.



Petra Zahradníčková (hier im Bild) und Felix Pankonin von der Hillerschen Villa organisierten die insgesamt gut achtstündige Tour. Die SLPB und zahlreiche weitere Kooperationspartner unterstützten die Veranstaltung.



In dem am Dreiländereck aufgebauten Pavillon gab es Bücher zum Thema der Tour - und ein paar Snacks zur Stärkung nach mehrstündiger Fahrt.

„Ich kann was verändern“

Die REVOLUTIONALE in Leipzig

Von Fabian Klaproth

Rund 80 Menschenrechts-Aktivistinnen und -Aktivisten aus über 20 Ländern kamen im Oktober in Leipzig zusammen, um sich im Rahmen der REVOLUTIONALE auszutauschen. Über mehrere Tage fand im Kupfersaal der Internationale Runde Tisch mit unterschiedlichen Gesprächsrunden statt. Veranstaltet wurde die REVOLUTIONALE zum dritten Mal von der Stiftung Friedliche Revolution, Kooperationspartner waren 2023 u.a. das Europäische Solidarność-Zentrum Danzig, die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Forum Recht und die Fernuniversität Hagen.

In einem Mix aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen berichteten die knapp 80 Aktivistinnen und Aktivisten, unter ihnen auch Wissenschaftler und Journalisten, von ihrer täglichen Arbeit. Beim Internationalen Runden Tisch tauschten sie sich untereinander, im Rahmen von begleitenden Formaten dann mit dem interessierten Publikum aus. Die diesjährige REVOLUTIONALE vom 10. bis 12. Oktober stand unter dem Motto „Telling Stories“ (übersetzt: Geschichten erzählen).

„Ist unsere Arbeit wirklich effektiv?“ „Wie sollten wir umgehen mit öffentlichen Institutionen und wie können wir diese ändern?“ Über diese Fragen diskutierten 13 Teilnehmende aus Polen, Ungarn, Georgien, Rumänien und anderen Ländern. Sie versammelten sich am Tisch „Empowering marginalized groups“ (übersetzt: marginalisierte Gruppen stärken). „Fehlt es an der Willenskraft politischer Akteure, benachteiligten Gruppen zu helfen oder liegt es an der fehlenden Bildungsarbeit?“



2023 blickte die REVOLUTIONALE besonders auf die Geschichten und Erfahrungen der Teilnehmenden und würdigte so den Einsatz mutiger Menschen für eine demokratischere Gesellschaft.

Berichte aus Ungarn und Myanmar

Eine Aktivistin aus Ungarn berichtete, dass Menschen mit Behinderung dort oft vom Rest der Gesellschaft abgeschnitten seien. Sie könnten ihre Geschichten nicht erzählen, doch genau darum solle es – gemäß dem Motto der diesjährigen REVOLUTIONALE – gehen. Man solle letztlich nicht für diese Menschen sprechen, sondern Möglichkeiten schaffen, in denen sie selbst ihre Bedürfnisse äußern können. Dieser internationale Austausch über Herausforderungen und zentrale Themen zeigt: Aktivismus ist mühsam und kleinschrittig. Oft arbeitet man mit wenigen Mitteln gegen staatliche

Restriktionen an. Politische Bildungsarbeit ist ein zentrales Mittel, um zum Erfolg zu kommen.

Am Tisch „Building Alliances“ sprach ein Vertreter der „Free Rohingya Coalition“ über die Situation in Myanmar. Das Land steht seit 1962 fast ununterbrochen unter Kontrolle des Militärs. Die Organisation arbeite an Allianzen mit anderen ethnischen Minderheiten in Myanmar und wirkt auf die Rück- siedlung der vertriebenen Menschen hin. Auf der REVOLUTIONALE solle vor allem ein Bewusstsein für die Situation der Rohingya geschaffen werden.

Vorbild: Der Runde Tisch 1989

Das Prinzip des Internationalen Runden Tisches: Diskutiert wurde in vielen kleinen Tischrunden, in denen jeweils unterschiedliche Themen im Fokus standen. Die Idee geht auf den „Runden Tisch“ zurück, der im Dezember 1989 in Ost-Berlin tagte und an dem Abgeordnete der DDR-Regierung und oppositionelle Gruppen gemeinsam über demokratische Veränderungen diskutierten. Auch auf lokaler und regionaler Ebene bildeten sich zu der Zeit damals

„Runde Tische“. Sie gelten heute als zentrales Element der friedlichen Revolution. „In Leipzig als Stadt der Friedlichen Revolution knüpft die REVOLUTIONALE als Plattform zum Austausch historisch an. Sie macht Mut: als positives Beispiel für erfolgreiche demokratische Transformation“, sagte Tomke Meyer, Pressereferentin der Stiftung Friedliche Revolution.

„Vergesst Afghanistan nicht“

Die REVOLUTIONALE bot eine Bandbreite an Themen und zeigte dabei auch viele internationale Gemeinsamkeiten aktivistischer Arbeit. Einige Gäste forderten mehr öffentliches Bewusstsein für bestimmte Themen. So Marina Habibi, die für Mission Lifeline in Deutschland arbeitet und dabei afghanischen Geflüchteten hilft: „Vergesst nicht Afghanistan, besonders nicht die afghanischen Frauen, die sind marginalisiert durch die Taliban.“

Die Teilnehmenden wurden dieses Jahr aus einem zweiteiligen Verfahren rekrutiert: Einerseits konnten sich Menschen über einen Open Call bewerben, andererseits luden die Veranstalter auch gezielt Sprecherinnen ein. Einige waren bereits in der Vergangenheit bei der REVOLUTIONALE dabei, viele nahmen zum ersten Mal teil. Es sollten insgesamt verschiedene Themen und Bereiche aktivistischer Arbeit sowie unterschiedliche Regionen abgedeckt werden. „Ein Fokus der Konferenz ist, historisch

bedingt, die Zusammenarbeit mit anderen ehemaligen Ostblock Ländern“, so Tomke Meyer. „Daher war ein großer Teil der Teilnehmenden aus Zentral- und Osteuropa, vom Balkan oder aus dem Kaukasus.“

Was geschieht an der polnischen Grenze zu Belarus?

Unter dem Titel „Why we don't follow the sun“ fand am 11. Oktober ein öffentlicher Gesprächsabend statt. Zunächst berichteten vier der internationalen Aktivisten auf dem Podium über ihre Arbeit, um sich dann in kleinen Gesprächsrunden eingehend mit dem Leipziger Publikum auszutauschen. Über ihre Arbeit an der polnisch-belarussischen Grenze berichtete Marianna Wartecka. „Bis ich 30 war, hatte ich einen langweiligen Job“, sagte sie. 2015 war für sie dann ein einschneidendes Jahr. Damals

war Migration das bestimmende Thema im polnischen Wahlkampf. „Es wurde von den Rechten auf abscheuliche Weise benutzt“, so Wartecka. Sie habe sich damals entschieden, Polnisch-Kurse für Geflüchtete anzubieten. Seitdem engagiert sie sich für die Rechte von Migranten. In Leipzig berichtete sie von der langen ländlichen Grenze, die Belarus und Polen teilt, und von Pushbacks, mit denen Geflüchtete dort seit 2021 verstärkt zurückgedrängt werden.

Not in Venezuela

Francelia Ruiz Lopez war aus Venezuela angereist. Auch für sie war 2015 ein entscheidendes Jahr, in dem sie begann aktivistisch tätig zu werden. Sie erzählt vom massiv unterfinanzierten Gesundheitssystem in Venezuela und vom Tod ihres Vaters aufgrund der miserablen Konditionen. „Chávez hat mir alles genommen“, sagt sie auf der Bühne und kritisiert die Politik von Hugo Chávez, der von 1999 bis 2013 Präsident ihres Landes war. Sie arbeitet mit der Gruppe „Nosotras por Todas“ (übersetzt: Wir für alle) daran, die Rolle von Frauen in der Politik zu stärken. Als dritter Teilnehmer sprach Mauro Mondello, der seit 17 Jahren als Kriegsreporter ar-

beitet. Er sieht seine Rolle in einem Spannungsfeld zwischen Journalismus und Aktivismus. Bei einem seiner ersten Aufträge in Südamerika kam ihm die Erkenntnis: „Ich kann was verändern“. Als er zu Beginn seiner Karriere nach Kolumbien geschickt wurde, um über die dort ansässige Guerilla-Organisation FARC zu berichten, habe er nicht gewusst, was ihm bevorstand. „Damals war mir noch nicht klar, was genau die FARC ist, aber ich habe den Auftrag zugesagt“, erzählte er. Rückblickend. Mittlerweile hat er als Reporter aus diversen Kriegsgebieten berichtet, unter anderem aus Somalia, dem Jemen, Syrien und der Ukraine.

Queer sein in Georgien

Als vierte Person auf dem Podium berichtete Ana Tavadze von ihrem Einsatz für die Rechte queerer Menschen in Georgien. Sie erzählte, wie sie 2008 im Alter von elf Jahren den mehrtägigen russisch-georgischen Krieg erlebt hat: „Ich war so wütend und erfüllt von einem Gefühl der Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit“. Als sie begann, sich vermehrt mit ihrer eigenen Sexualität auseinanderzusetzen, wurde ihr klar: „Als queeres Kind oder Jugendliche hat man es in Georgien schwer“. Das Land sei tief geprägt durch konservative und queer-feindliche Einstellungen. Nach einem Studium in Amsterdam, bei dem ihr der offenere Umgang mit Frauen- und Queer-Rechten in Westeuropa deutlich wurde, kehrte sie 2019 nach Georgien zurück und arbeitet dort in Tiflis für die Organisation „Tbilisi Pride“.

Die REVOLUTIONALE bot internationalen Aktivistinnen und Aktivisten einen Raum zum Erzählen und zum Zuhören – und die Möglichkeit, Einblicke in ihre Arbeit um nach außen zu tragen. Für viele der Teilnehmenden ein wichtiger Antrieb und eine Möglichkeit, sich gegenseitig zu stärken. Stephan Stach, Projektleiter der REVOLUTIONALE, formulierte in seinem Fazit zur Konferenz: „Viele hier haben oft den Eindruck, dass sie Einzelkämpfer und Einzelkämpferinnen sind. Hier konnten sie sehen, dass sie nicht alleine sind. Und dass es viele Menschen gibt, auf der ganzen Welt, die sich für Demokratie und Menschenrechte engagieren“.



Tetiana Kriukovska bringt junge Ukrainer mit Jugendlichen aus EU-Ländern in Kontakt. Foto: Fabian Klaproth

Die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit ist herausfordernd

Tetiana Kriukovska leitet die ukrainische NGO „Tolerance in You“. Seit 2014 bringt sie junge Ukrainer mit Jugendlichen aus EU-Ländern in Kontakt: „Wir haben in den letzten Jahren viel zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs gearbeitet und setzen uns nun mit dem aktuellen Krieg, der russischen Aggression in der Ukraine, auseinander. Dabei versuchen wir, künstlerische Formate wie Filmemachen, Zeichnen oder Storytelling durch Rap mit Gesprächen über Geschichte und Politik zu verbinden.“ In Deutschland gebe es aus verschiedenen Gründen viel Toleranz Russland gegenüber, meint Kriukovska: „Daher empfinde ich die deutsch-ukrainische Zu-

sammenarbeit als herausfordernd. Es ist deutlich einfacher, mit unseren Partnern aus Polen zu arbeiten. Zum einen ist für die Menschen dort der Krieg geografisch näher, zum anderen sind die Polen in der Vergangenheit auch Opfer des sowjetischen Regimes geworden.“ Die NGO sei keine politische Institution, erklärt sie. „Wir geben den Jugendlichen nicht vor, was sie zu tun oder zu denken haben. Sondern wollen ihnen den Raum für Reflektion bieten. Außerdem ist uns der sensible Umgang mit diesen Themen sehr wichtig, auch für Teilnehmende, die nie Krieg erlebt haben.“

„Unterdrückung findet in Belarus täglich statt“

Was leistet „Viasna“ für Arbeit?

Kanstantsin Staradubets: Die Arbeit hat zwei Grundpfeiler. Einmal sammeln und verbreiten wir Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Belarus. Zum anderen bieten wir den Opfern dieser Menschenrechtsverletzungen kostenlose rechtliche Unterstützung sowie humanitäre Hilfe an.

Was ist eine der größten Herausforderungen aktuell für eure Arbeit?

Kanstantsin Staradubets: Belarus befindet sich gerade in einer Krise, also gibt es viele Herausforderungen. Wir sind besonders besorgt, wie es unseren inhaftierten Kollegen geht. Fünf von uns sind eingesperrt, darunter Ales Bialiatski. Wir haben jetzt viele Monate nur sehr wenig von ihnen gehört und wir machen uns große Sorgen über ihre Gesundheit und ihre Zukunft.

Was ist mit euren Kollegen genau passiert? Warum wurden sie inhaftiert?

Kanstantsin Staradubets: Na ja, offiziell heißt es, sie wurden verurteilt, weil sie Protestaktionen unterstützt haben. Aber es ist offensichtlich, dass der wahre Grund ihrer Inhaftierungen ist, dass sie Menschenrechtsaktivisten sind.

Wie gehst Du um mit der schwierigen Situation um?

Kanstantsin Staradubets: Wie kann man sich motivieren, wenn es so läuft, wie eben beschrieben? In Belarus herrscht seit fast 30 Jahren eine Diktatur. Das macht es natürlich schwierig, immer wieder Motivation zu finden. Für uns ist es sehr wichtig, uns gegenseitig zu stärken, Netzwerke und Allianzen aufzubauen. Wir glauben daran, dass es das Richtige ist, was wir tun! Unsere Arbeit sehen wir als eine Art Investment in unsere Zukunft und die Zukunft unseres Landes.

Bist du zum ersten Mal in Leipzig?

Kanstantsin Staradubets: Ja, ich bin das erste Mal hier. Ich bin sehr stolz, hier zu sein und diese Idee der Friedlichen Revolution zu teilen. Das ist sehr eng verbunden mit den Werten, die wir als Organisation haben. Friedlich zu kämpfen, das ist uns sehr wichtig. Wir sind hier, um diese Geschichte der friedlichen Revolution mit unseren eigenen Augen zu sehen

und die Geschichten zu hören, die Menschenrechtsaktivistinnen aus anderen Ländern erzählen.

Im Moment läuft Belarus in der deutschen Medienlandschaft und in der öffentlichen Wahrnehmung unter dem Radar. Wie können wir es in Deutschland schaffen, diese Themen nicht direkt wieder aus dem Blick zu verlieren, sobald in anderen Ländern etwas passiert?

Kanstantsin Staradubets: Ja, das stimmt. Es ist zunehmend schwer geworden, die Aufmerksamkeit von Medien und Politik zu bekommen. Die scheinen zu denken, dass in Belarus gerade nichts von Bedeutung passiert, dabei sehen wir, dass täglich Menschen aus politischen Gründen unterdrückt werden. Es ist unsere Aufgabe, den Leuten in Europa, den NGOs, den Politikerinnen und den Medien, zu zeigen, dass diese Unterdrückung wirklich jeden Tag passiert. Wir wollen die Gesichter der Opfer dokumentieren, die fürchterlichen Bedingungen, denen diese Menschen in den Gefängnissen ausgesetzt sind und diese absurden richterlichen Verurteilungen, mit denen Aktivisten bestraft werden.



Kanstantsin Staradubets kommt aus Belarus, lebt derzeit aber in Litauen und arbeitet für „Viasna“, die größte belarussische Menschenrechtsorganisation.



Warum Sachsen eine Europäische Akademie braucht

Von Roland Löffler

Dr. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), stellte am 7. Dezember 2023 auf dem Theodor-Litt-Symposium in Leipzig erstmals öffentlich das Konzept für eine Europäische Akademie in Sachsen vor. „Sie soll ein Ort sein, der Menschen zusammenbringt, vor allem aus dem Dreiländer-
eck Sachsen/Deutschland-Tschechien-Polen.“

Ach, Europa! Ach, Europa.

Mit unserem Kontinent und seinen Befindlichkeiten ist es so eine Sache. Die einen suchen seine Identität, die andere lehnen sie ab, ohne sie bereits gefunden zu haben. Am Ende der 1980er Jahre betitelte der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger seinen Reportageband mit dem Seufzer „Ach, Europa“. Er versuchte darin, unseren Kontinent nicht aus einer Zentralperspektive eines dominanten Landes wie Frankreich oder Deutschland zu beschreiben, sondern von seinen Rändern her.

Enzensbergers Buch warf einen mondänen Blick auf unseren Kontinent und kam zu einem überaus facettenreichen – mal leichfüßigen, mal melancholischen Bild – der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände Europas. Die Vielfalt, die wie Chaos erschien, sei die wichtigste Ressource Europas, lebe es doch gerade von der Differenz, so der Tenor des Buches. Das ließ sich 1989 noch fast naiv und zugleich herausfordernd sagen.

Entwicklungen seit 1989

Dreizig Jahre nach der deutschen und europäischen Wiedervereinigung, 20 Jahre nach der EU-Osterweiterung, 15 Jahre nach der Euro-Schuldenkrise, knapp zehn Jahre nach der Flüchtlingskrise und zwei Jahre nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, erscheinen uns heute vermutlich Chaos und Differenz als Belastung, mehr als trennendes Element denn als wichtige Ressource. Gerade die Flüchtlingskrise 2015/2016 hat verdeutlicht, dass die Staaten West- und Mittel-Osteuropas kein gemeinsam geteiltes Verständnis davon haben, was die Bedeutung des Nationalstaates und der europäischen Integration angeht, wie mit Einheimischen und Fremden umzugehen sei, welche Vorprägungen Religionen und Kulturen für die Deutung der Gegenwart spielen.

Europa war dem Zerreißen nahe, der Rechtspopulismus florierte seither in vielen Ländern. Der bulgarische Politologe und Publizist Ivan Krastev sprach deshalb sorgenvoll von einer „Europadämmerung“. Er verwies auf sehr unterschiedliche historische Erfahrungen: etwa, dass 1968 für Westeuropa den Durchbruch kosmopolitischer Werte symbolisiert, während in Osteuropa 1968 für die Wiedergeburt nationaler Gefühle steht – in Abgrenzung zur da-

mals den Ostblock dominierenden Sowjetunion. Während nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Politiker wie Václav Havel die europäische Integration vorantrieben oder die europäische Integration für Deutschland der gewollte und auch international eingeforderte Preis der Deutschen Einheit war, werden heute in Ost-Mittel-Europa eine verstärkte europäische Normierung oder Druck aus Brüssel eher als nationale Kränkung oder Demütigung verstanden.

Vor dem Hintergrund dieser Mentalitätsunterschiede konnte die Erwartung an eine großzügige Aufnahme von Migranten und Migrantinnen aus einem anderen Kulturreis nur scheitern. Nicht weniger strittig, wenn auch mit anderen Konfliktlinien, ist seit Februar 2022 die Auseinandersetzung um die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen den russischen Aggressor. 70 Prozent der Ostdeutschen lehnen Waffenlieferungen an die Ukraine ab, Ungarn torpediert eine einheitliche europäische Linie gegen Moskau, während die bis dato migrationsfeindlichen Polen Millionen an ukrainischen Flüchtlingen beheimaten ebenso in großem Umfang Waffen liefern wie das sehr viel kleineren Estland.

Europäische Einheit: in Vielfalt?

Nun ist die Betonung von Differenzen und Vielfalt in unseren Tagen – aus guten Gründen – durchaus en vogue. Gleichzeitig sehen wir mit Blick sowohl auf die EU als auch auf Europa als Ganzes, das ja weit über die EU hinausgeht, dass Differenz nicht

nur zur inter- oder transkultureller Bereicherung führen kann, sondern auch zu handfesten Konflikten. Mehr als drei Jahrzehnte nach Enzensbergers Buch, gut zwanzig Jahre nach der EU-Osterweiterung und fast zehn Jahre nach der Flüchtlingskrise

stehen wir an einem Punkt, den der bulgarische Intellektuelle Ivan Krastev als „Europadämmerung“ bezeichnet hat.

„Ach, Europa“, könnte man einmal mehr sagen, warum haben wir es miteinander so schwer? Gerade im Miteinander zwischen West- und Osteuropa, gerade was die großen Fragen unserer Zeit – wie Flucht und Migration, Klima und Energiepolitik, Nationalstaat und europäische Integration – angeht. Wir

erinnern uns sicherlich alle noch deutlich daran, dass die bereitwillige Aufnahme von Millionen geflüchteten Syrerinnen und Syrern in Deutschland, Schweden und Österreich auf sehr wenig Gegenliebe bis blanke Ablehnung in Ost-Mittel-Europa stieß. Damit verbanden sich bestimmte Bilder von Europa, der EU, europäischer Identität, nationalstaatlicher Eigenständigkeit, der Rolle der Religion im öffentlichen Leben.

Keine Solidarität?

Während „der Westen“ und die EU „dem Osten“ mangelnde Solidarität vorwarf und – wirft, fühlten sich Länder des Ostens von Berlin und Brüssel durch weitreichende Migrationsentscheidungen überwältigt. Die unterschiedlichen Sichtweisen beschreibt Krastev so:

„Was wir heute in Europa erleben, ist kein Mangel an Solidarität, wie es Brüssel gerne darstellt, sondern ein Solidaritätskonflikt, bei dem nationale, ethnische und religiöse Solidaritätspflichten mit

unseren Pflichten als Menschen in Konflikt geraten. Und dieser Solidaritätskonflikt findet sich nicht nur innerhalb der Gesellschaften, sondern auch im Verhältnis zwischen Nationalstaaten. Die Flüchtlingskrise hat deutlich gemacht, dass Osteuropa gerade jene kosmopolitischen Werte als Bedrohung empfindet, auf denen die Europäische Union basiert, während für viele in Westeuropa ebendiese kosmopolitischen Werte den Kern der neuen europäischen Identität ausmachen.“

Welche Rolle spielt der Nationalstaat?

Zudem verbergen sich hinter den benannten Konflikten unterschiedliche Konzepte des Nationalstaats. In Westeuropa – insbesondere in Deutschland – wurde nationalstaatliche Souveränität als Preis für die Deutsche Einheit zurückgefahren und die europäische Integration gestärkt. Dieser Schritt galt als Zeichen des Vertrauens, der Sicherheit, des Friedens und der Freiheit. In Osteuropa war das nationalstaatliche Prinzip dagegen ein Widerstandsmotiv gegen die Dominanz der Sowjetunion.

Nicht erst, aber verstärkt seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt sich deutlicher denn je, dass politische Bildung heute für eine demokratische Resilienz nach innen, aber auch nach außen gebraucht wird. Europapolitische, internationale,

sicherheits- wie friedenspolitische Bildung standen im Freistaat Sachsen lange nicht mehr auf den obersten Plätzen der Agenda. Das sollte sich gerade in einer Phase der außenpolitischen „Zeitenwende“ ändern.

Wo aber sind langfristig arbeitende Bildungsorte, die in einer gewissen Breite und Tiefe und dank nachhaltiger Finanzierung auch mit einem langen Atem all diese schwierigen Themen zur Debatte stellen? Wo ist der Ort in Sachsen, an dem auch die mentalen Dispositionen Ost-Mittel-Europas zur Sprache kommen, wo sich Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien „begegnen“ und in den Austausch treten?

Die Europäische Akademie Sachsen

Ein solcher Ort soll die Europäische Akademie Sachsen werden, die sich genau diesen Fragen widmet und zum Nukleus einer bildungspolitischen Internationalisierung werden soll. Eine derartige Einrichtung gibt es in Sachsen bisher nicht. Sie hätte das Potenzial, Europa zu dem „Megathema“ in Sachsen zu machen, das es bisher noch nicht ist.

— Die Europäische Akademie Sachsen soll ein Ort sein, an dem die Fragen nach einer europäischen Friedensordnung und einer internationalen Sicherheitsarchitektur gestellt, die Fragen zur Zukunft der Ukraine, die Sicherheitsbedürfnisse des Baltikums, der Protest gegen das diktatorische Regime in Belarus reflektiert und der langfristige Dialog mit Russland in den Blick genommen werden.

— Sie soll ein Ort sein, der eine Brücke zwischen West- und Osteuropa schlägt, ein Ort, der Verständnis vermittelt für die unterschiedlichen Befindlich-

keiten und Zugänge in Ost- und Westeuropa, was die Interpretationen eines „europäischen Hauses“ oder eines gemeinsamen Marktes angeht.

— Der Blick der Europäischen Akademie Sachsen geht dezidiert nach Osteuropa und in den Ostseeraum, umschließt den Westbalkan, ohne dabei die Wurzeln der europäischen Einigung in West- und Südeuropa und die transatlantische Partnerschaft aus den Augen zu verlieren.

— Die Europäische Akademie Sachsen soll eine Plattform der Begegnung der europäischen Zivilgesellschaften werden, besonders zwischen Deutschland, Polen und Tschechien. Sie soll zu einem besseren, wechselseitigen Verständnis zwischen Sachsen und seinen Nachbarn beitragen. Dies gilt auch für die Reflexion des historischen Erbes zweier Diktaturen.

2025 in Chemnitz

Die Europäische Akademie Sachsen soll am Ende der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 gegründet werden. Sie soll die Impulse des Kulturhauptstadtprozesses nachhaltig in der Region verankern und über die Region hinaustragen. Sie kann zum bleibenden und markanten Schlussstein der Kulturhauptstadtinitiative werden. Bewährte Träger der politischen Bildungsarbeit wie die politischen Stiftungen oder die kirchlichen Akademien sind internationalen Fragen regelmäßig nachgegangen. Ihr internationales Engagement hängt aber sehr stark von Einzelpersonen und Projektförderungen ab. Die Zahl der Träger der europapolitischen Träger ist in Sachsen überschaubar, die Finanzierung begrenzt, wie das Gutachten von Prof. Dr. Birgit Stöber, gezeigt hat. Von den verschiedenen Europähäusern in Sachsen ist nur noch eins in Leipzig aktiv.

Das Modell der Europäischen Akademien wäre für Sachsen neu, hat aber Vorbilder in anderen Teilen der Bundesrepublik. Die größte und traditionsreichste Europäische Akademie befindet sich in Otzenhausen im Saarland, deren Geschäftsführerin Stéphanie Bruel heute bei uns ist und aus ihrer Arbeit gleich berichten wird. Unter dem Motto „Europa entsteht durch Begegnung“ leistet die Europäische Akademie Otzenhausen seit 1954 einen wichtigen Beitrag zur non-formalen europapolitischen Bildung. Ihre Wurzeln hat sie in den Diskussionen um die Volksabstimmung über das Saarstatut. Seit Jahrzehnten ist sie tief verwurzelt und zugleich ein wichtiger Akteur in der Großregion „SaarLorLux“ in Reichweite von Brüssel, Straßburg und Luxemburg.

Vorbilder

Weitere Europäische Akademien gibt es beispielsweise in München, Berlin oder Waren/Müritz. In Mitteleuropa gibt es zwar in Weimar die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Begegnungs-

stätte Weimar, die 1999, also im Jahr der legendären Europäischen Kulturhauptstadtzeit in der Stadt Goethes und Schillers gegründet wurde. Was also fehlt ist ein Pendant zu Otzenhausen, das weniger

auf das alte EWG-Kerneuropa, sondern am anderen Ende der Republik nach Mittel-Osteuropa blickt. Was fehlt, ist also eine Europäische Akademie Sachsen mit Ausstrahlung auf ganz Mitteleuropa und die mittelosteuropäische Nachbarschaft, die die besondere Rolle Sachsens im Dreiländereck Deutschland-Tschechien-Polen als Chance betrachtet, lebt und zum Knotenpunkt, Treffpunkt und Plattform des Gesprächs wird.

Was 1999 in Thüringen gelang, könnte 2025 auch in Sachsen gelingen. Deshalb soll die Europäische

Akademie Sachsen Ende 2025 in Chemnitz aus der Taufe gehoben werden als nachhaltiger Schlussstein und zugleich zukunftsträchtige Einrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz. 2025 wird ein ereignisreiches, spannendes Jahr für die westsächsische Großstadt, wird viele internationale Impulse in die Stadt bringen, die nach dem Ende des intensiven Festprogramms nicht abebben sollen. Die bereits heute sich entwickelnden kommunalen oder wirtschaftlichen Netzwerke in der Region brauchen weitere europäische und europapolitische Impulse über 2025 hinaus.

Kein Elfenbeinturm!

Der Begriff der Europäischen Akademie soll nicht akademisch missverstanden werden. Eine Europäische Akademie ist kein ausgelagertes universitäres Institut, wird nicht im Elfenbeinturm forschen, um Doktorarbeiten und Habilitationen vorzulegen. Es wird auch kein professioneller oder gar kommerzieller Think Tank werden. Das alles wären Aufgaben, die besser an den Hochschulen und dem in den nächsten zehn Jahren entstehenden Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Transformation in Halle angesiedelt werden.

Die Europäische Akademie sieht sich – ganz im Sinne des Chemnitzer Kulturhauptstadtkonzepts „C see

the Unseen“ – als „makers space“, will handlungs- und lösungsorientierte Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, aus Bildung und Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Kultur zur Stärkung des europäischen Austauschs und zur Entwicklung neuer, grenzübergreifender Modelle der Zusammenarbeit zusammenbringen. Die Europäische Akademie setzt auf den Transfer von Forschung in Praxis, bildet eine lebendige Schnittstelle zwischen Politik, Diplomatie, Forschung, Bundeswehr, Zivilgesellschaft, Schule und dezidiert auch Wirtschaft und Gewerkschaften. Damit würde in Sachsen eine Einrichtung geschaffen, die weit über die Grenzen des Freistaates ausstrahlt.

Vernetzung, Expertise, Bildungsverständnis

Die Europäische Akademie Sachsen sollte vernetzt mit etablierten Partnern der europapolitischen und internationalen Bildungsarbeit zusammenarbeiten, wie etwa dem Europa-Haus Leipzig, den Universitäten und ihren europapolitischen Lehrstühlen, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig, der Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal in Ostritz, der Europa-Union, der Europäischen Bewegung, den bilateralen Freundschaftsgesellschaften den Euroregionen in Sachsen sowie den Europe-Direct-Zentren und in den Nachbarländern etwa den Universitäten Breslau, Ústí nad Labem oder der Karls-Universität Prag.

Ihre Expertise liegt in den Themenbereichen Europapolitische Bildung, Mittel- und Osteuropa, Sicherheits- und Friedensbildung, interkulturelle Kompetenz, sowie globale und nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen. Die Europäische Akademie Sachsen bedient sich der gesamten Methodik der politischen Erwachsenenbildung. Sie versteht europäische, internationale und interkulturelle Bildung als Schlüsselqualifikation für die Zukunft. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen Beziehungsaufbau und Begegnungsmöglichkeiten im internationalen Kontext.

„Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine“

Die Europäische Akademie Sachsen soll eine gemeinnützige Rechtsstruktur erhalten, die es ermöglicht, für staatliche und private Fördermittel zuwendungsfähig zu sein. Anzustreben ist eine Mischfinanzierung, also eine Art private-public-partnership. Auch dies wäre für Sachsen ein neues Terrain, das es zu erkunden und zu erproben gilt. Das im Januar 2024 zu eröffnende Projektbüro Chemnitz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung wird nicht nur ein dezidiert europapolitisches Programm im Kontext der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 entwickeln, sondern

auch an der Aufbaurbeit für die Europäische Akademie Sachsen beteiligt sein.

„Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine“, hat der große deutsche Außenpolitiker, der Hallenser Liberale Hans-Dietrich Genscher einmal gesagt. Und wenn dem so ist, tun wir gut daran, allen Unkenrufen und Fehlentwicklungen, allen Rückschritten und aller Kritik zum Trotz, an diesem Europa weiter zu bauen. Eine Europäische Akademie in Sachsen wäre also ein Beitrag zur Zukunft Europas, die unserer Zukunft ist.

Impressum

Herausgegeben von

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden
✉ info@slpb.sachsen.de
🌐 www.slpb.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Dresden, April 2024

Druckexemplare sowie eine Online-Version sind abrufbar unter:
www.slpb.de

Redaktion

Thomas Platz, Telefon: 0351 85318-21,

Fotos

Wenn nicht anders angegeben: SLPB

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der SLPB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

📞 0351 85318-0

📠 0351 85318-55

✉️ info@slpb.sachsen.de

🌐 www.slpb.de



Öffnungszeiten der Publikationsausgabe

und Bibliothek:

Montag 09:00–11:30 Uhr

Dienstag 09:00–11:30 und 13:00–16:00 Uhr

Mittwoch 13:00–16:00 Uhr

Donnerstag 14:00–18:00 Uhr

Gesprächszeiten nach Vereinbarung.